Morgenausgabe

Nr. 579 / A 294 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 8. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Gegen die Kapitalsmonarchen!

Die Lehre von Essen.

Von Paul Löbe.

Die Kriegserklärung der Eisenkönige hat über ihre aktuelle Wirkung über die Bedrohung hunderttausender deutscher Arbeiter, über die Gefährdung des ganzen deutschen Wirtschaftslebens hinaus eine allgemeine dauernde, volkswirtschaftliche Bedeutung, eine Bedeutung für den Kampf: hier Privateigentum — hier Volkseigentum!

Zwölf oder fünfzehn Herrscher des Eisens und der Kohle kündigen kaltblütig an, daß sie am 1. Januar zweihundert- bis dreihunderttausend deutscher Arbeiter auf die Straße setzen, ihre Familien dem Hunger ausliefern, den Mittelstand und die Handwerkerschaft einer neuen Krise aussetzen werden, — wenn der Arbeitsminister, wenn der Staat auf der Befolgung der von ihm erlassenen Gesetze über die Arbeitszeit besteht und die daraus sich ergebenden Lohnfolgerungen gezogen werden.

Mag die Aussperrung am 1. Januar zur Tat werden oder nicht, mag über die Höhe der Lohnzulagen ein Streit möglich sein oder nicht — die Tatsache bleibt, daß zwölf oder fünfzehn Herrscher der Produktionsmittel in der Lage sind, eine solche Katastrophe über unser Wirtschaftsleben heraufzuführen, zeigt auch dem Kurzsichtigsten, wohin die wachsende Kapitalkonzentration, die Vertrustung unserer Industrie geführt hat, zeigt aber auch den einzigen Ausweg aus der unerträglich gewordenen Kräfteverteilung: die Enteignung dieser Könige, die Ueberführung dieser Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit.

Oder hält es jemand für möglich, daß das deutsche Volk sich durch einige wenige Industrieherren, ohne zu murren und zu mucken, in eine solche Krise hineinstoßen läßt? Ohne daß die Unhaltbarkeit solcher Zustände auch dem zurückgebliebensten Kopf zweifelhaft bleiben könnte? Die Eisenkönige erteilen ihnen eine derbe aber nützliche Lektion.

Zehn oder fünfzehn Herren in Düsseldorf oder Bochum beschließen: Vom 1. Januar ab legen sie die Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft still. Zweihunderttausend eigene Arbeiter und Angestellte, dann die Hunderttausende der weiterverarbeitenden Industrie, dann die Geschäftswelt, die mit ihnen verflochten ist, dann der Staat, der keine Steuern bekommt — alle werden einer Krise überantwortet, einer Krise, die an der Lebenshaltung, der Lebenslage der Eisenkönige nichts ändert, aber Hunderttausenden, vielleicht Millionen die karge Existenz noch raubt, die sie im normalen Arbeitsprozeß haben.

Christliche Arbeiter! Diese fünfzehn Herren sind nicht nach Konfession und Religion, nach Glauben oder Unglauben geschieden, sie machen gemeinsame Sache gegen christliche, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, sie sind Besitzer der Hütten und Hochöfen und diktieren ihre Befehle auf Grund dieses kapitalistischen Eigentums.

Geschäftsleute und Handwerksmeister! Diese fünfzehn Herren rauben euch die Kundschaft, schmälern euer Einkommen, rufen das Gespenst des Bankrotts herbei, auch für euch, wenn eine solche Aussperrung bis zum Weißbluten durchgeführt wird. Aber sie sind die Besitzer der Fabriken und Werke, sie haben einen Kampffonds von vielen Millionen Mark für sich gesammelt. Nach eurem Schicksal wird dann nicht gefragt!

Bauern und Landwirte! Diese fünfzehn Herren verhindern den Arbeiter, den Angestellten, den Beamten, den Geschäftsmann Eier, Butter, Fleisch, Gemüse zu kaufen, setzen ihre Ration noch tiefer herab, helfen mit ihrem Riesenagentum das Eigentum der Kleinen noch weiter verkürzen und zerschlagen, weil die kapitalistische Gesellschaft ihnen die Macht über Hunderttausende in die Hände gab!

Millionen stehen gegen ein Dutzend Herrscher oder zwei — liegt nicht die Erwägung nahe, daß diese Entwicklung so nicht weitergehen kann, daß die schaffenden Glieder des Volkes wenigen Herrschern des Kapitalismus auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein sollen, die ihren Profit bedroht fühlen — daß sich kein Volk gefallen lassen kann, sein Schicksal so von einer Hand von Kapitalisten diktieren zu lassen?

Wir hoffen, daß es zu der angedrohten Aussperrung nicht kommt, daß die Not, das Elend, die Wirrnisse, die daraus folgen müssen, uns erspart bleiben. Aber schon die Bedrohung genügt, um allen Nichtbesitzenden im Volke die Augen aufzumachen. In diesem Stadium kapitalistischer Entwicklung gibt es nur einen Ausweg: die Produktionsmittel gehören in die Hand der Allgemeinheit! Die Millionen, die in ihnen arbeiten, von ihnen abhängig sind, der Staat als ihr Vertreter, muß die Herrschaft haben über die Naturschätze und über die Anlagen, die von Arbeitern der vergangenen Generation geschaffen worden sind.

Gleichzeitig entfesselte man einen Sturm gegen die öffentlichen Betriebe. Einst geschah es, weil sie angeblich nicht reüssierten, jetzt geschieht es, weil sie flott gehen und Ertrag abwerfen, der Privatindustrie erfolgreich Konkurrenz machen. Die Betriebe im Besitz der Allgemeinheit haben die Kinderkrankheiten überwunden und sind in den Händen der Städte, der Länder und des Reiches zu ertragreichen Unternehmungen geworden. Vorurteile, die früher bestanden, sind überwunden, die Gemeinwirtschaft kann ohne Verlust fortgeführt werden. Sie ist noch keine sozialistische Wirtschaft, die ja nicht nur Gemeineigentum, sondern auch Produktion im sozialistischen Sinne erfordert, aber sie ist die Grundlage für das weitere.

Je schärfer sich Konflikte wie der in der Eisenindustrie zuspitzen, um so nachdrücklicher wird ihre unausweichliche Lehre jedem Auge klar: die Eisenkönige wollen Lehrmeister des Sozialismus werden, sie sorgen dafür, daß die Forderung unabwendbar wird: Die kapitalistischen Produktiosmittel gehören dem ganzen Volke!

Die Schwerindustrie als Erpresser.

Wortbruch an den Arbeitern. — Erpressung am Staate.

Der Staat hat seine Pflicht, in gesundheitsschädlichen Betrieben die Arbeitszeit zu schützen, lange vor der Revolution erkannt. Neben der allgemeinen Zehnstundentagsvorschrift für Frauen und Jugendliche bestand für eine Reihe von gesundheitsgefährlichen Industrien das Prinzip des „sanitären" Maximalarbeitstages. Die Revolution brachte nun die „Demobilmachungsverordnungen" über den allgemeinen Achtstundentag. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung in allen Ländern brachte das Washingtoner Abkommen. Damals schrieb man 1919.

Schon damals drückten arbeiterfeindliche Kräfte auf die Reichsregierungen: die Ratifizierung des Abkommens, die Verwandlung der provisorischen „Demobilmachungsverordnungen" in ein endgültiges Gesetz wurde immer wieder verschoben. Bis zum Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes, bis zum Ausbruch der Luther-schen sozialen Reaktion im Spätherbst 1923 waren wenigstens die Demobilmachungsverordnungen in Kraft geblieben. Die

Luthersche Notoerordnung hob den gesetzlichen Achtstundentag faktisch auf.

Sie schraubte die Arbeitsbedingungen auf das Vorkriegsniveau zurück. Sie stellte aber für die gesundheitsschädlichen Betriebe die Einführung des „sanitären" Achtstundentages in Aussicht.

Das erste Stabilisierungsjahr verging, ohne daß man von diesem Versprechen Gebrauch gemacht hätte. Erst Anfang 1925 (die 1923 geschlagene Arbeiterschaft hatte inzwischen ihre Reihen wieder geschlossen!) besann man sich wieder darauf. Zuerst kamen einige (nicht alle!) Kategorien der Arbeiter an Hochöfen und Kokereien dran. Zwei Jahre später die Arbeiter in Gaswerken und Metallhütten (nicht Eisenhütten, sondern Zink-, Kupfer-, Bleierzeugung usw.). Und erst im Juli 1927 löste die Regierung ihr Versprechen auch hinsichtlich der Stahl- und Walzwerke ein.

Seit der Juliverordnung sind fünf Monate vergangen. Sie soll am 1. Januar in Kraft treten. Zeit genug, um sich umzustellen, um die neu einzustellenden Arbeiter anzulernen (es handelt sich ja ausschließlich um angelernte, nicht um gelernte Berufe), um die nötigen kalkulatorischen und technischen Dispositionen zu treffen. Nichts von alledem geschah

Von allen Paragraphen der Julioverordnung haben die Unternehmer nur einen einzigen auswendig gelernt.

Er lautet:

„Soweit zu diesem Zeitpunkt (1. Januar 1928) die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten in einem Teil des Reichsgebiets oder in einzelnen Betrieben ohne schwere Gefährdung der Industrie oder des Betriebes infolge besonderer Umstände nicht gestattet, kann der Reichsarbeitsminister das Inkrafttreten nach Anhörung der obersten Landesbehörde auf bestimmte Zeit hinausschieben."

Nun galt es, „besondere Umstände" nachzuweisen. Die Tinte der schwerindustriellen Journalisten floß in Strömen, die Generaldirektoren konnten in Versammlungen ihrer Aktionäre Tränen nur mit Mühe unterdrücken. Und die Vereinigten Stahlwerke A.-G., Führerin und Vorbild der gesamten Großeisenindustrie, wußte sich die Bemerkung eines bürgerlichen Blattes gefallen lassen, daß ihre Geschäftsberichte offensichtlich nicht die objektive Information der Aktionäre, sondern eine

Abwehr der sozialpolitischen Gesetzgebung durch absichtliche Schwarzmalerei

zum Ziele hätten. Denn man kann doch wirklich nicht gut von „besonderen Umständen" reden, wenn man die Entwicklung der Rohstahl- und Walzwerkproduktion seit der Ueberwindung der Inflationskrise betrachtet: Die Rohstahlproduktion betrug im Januar 1924 **490 000 Tonnen**, im Januar 1925 **1 181 000 Tonnen**, im Januar 1927 **1 309 000 Tonnen**, im Oktober 1927 **1 414 000 Tonnen**. In Walzwerken wurden erzeugt im Januar 1924 **410 000 Tonnen**, im Januar 1925 **982 000 Tonnen**, im Januar 1927 **1 043 000 Tonnen**, im Oktober 1927 **1 113 000 Tonnen**.

Man hat ein Wörtchen erfunden, um diesen Zahlen ihren wirklichen Sinn zu nehmen. Das Wörtchen heißt: „Mengenkonjunktur". „Jawohl, wir haben Hochkonjunktur, aber was nützt es uns: nur die Mengen, nicht die Preise sind gestiegen!" sagt der spitzfindige Syndikus. Wie steht es in Wirklichkeit? Die Hoffnung, durch internationale Produktionsdrosselung den Weltmarktpreis bedeutend zu steigern, hat sich vorerst nicht erfüllt, teils infolge der Konkurrenz des britischen Außenseiters, teils infolge der Nachwirkungen der übermäßigen Erweiterungen der europäischen Anlagen, die zuerst durch die deutsche, dann durch die belgische und französische Inflation begünstigt waren. Diese Nachwirkungen flauen allmählich ab, von einem Inflationsdumping der Frankenländer kann heute nur ein Böswilliger ernst reden.

Doch zugegeben, daß die Nachwirkungen der Inflationen den Weltmarkt noch beunruhigen.

Wie steht es mit dem Inlandspreis?

Die Eisenzölle sind durch Luther für einige Gießerei- und Walzwerkprodukte (Feinblech, Edelstahl) bedeutend erhöht worden; sie sind bis heute, auch nach Abschluß der Handelsverträge mit den wichtigsten Konkurrenzländern in Kraft geblieben. Die Eisenzölle wirken sich heute noch stärker aus, als vor dem Kriege: denn zu den zahlreichen früheren Eisenkartellen der Vorkriegszeit ist als neues Kartell der Stabeisenverband hinzugekommen; und die Eiseneinfuhr aus dem Westen gelangt heute, in genau abgemessenen Kontingenten nur durch die Vermittlung des deutschen schwerindustriellen Handelsapparates, nur unter der

Preiskontrolle des mächtigen Monopolisten

in die Hände des Verbrauchers. Ganz mit Unrecht weist dabei die Schwerindustrie auf die von ihr an die eisenverarbeitende Industrie gezahlte Zollrückvergütung für die Exportware als eine besondere Erleichterung hin: denn diese Erleichterung betrifft höchstens nur ¼ bis ⅓ des deutschen Eisenverbrauchs; und der deutsche Endkonsument bekommt von dieser Erleichterung überhaupt nichts zu spüren.

Doch beruhen die „besonderen Umstände" der Eisenindustrie (wie wir sie verstehen) nicht allein auf dem durch Zölle und Kartelle geschützten Markt. **Worauf es ankommt, sind ja nicht die Preise, sondern der Gewinn**, d. h. die Differenz zwischen Preisen

und Kosten. Und man wird schwer an eine Steigerung der Kosten glauben, wenn man erfährt, daß allein in der Periode vom Juli 1926 bis März 1927

die monatliche Kopfleistung eines Arbeiters bei Thyssen (Hamborn) in den Martinwerken von 70 auf 91 Tonnen, in seinen Thomasstahlwerken von 228 auf 285 Tonnen, in den Blockwalzwerken von 300 auf 400 Tonnen gestiegen ist,

und daß auch in anderen Betrieben die Entwicklung nicht wesentlich anders verläuft. Die Thomasbirnen haben heute eine Fassung von 25 Tonnen, statt 10 bis 15 Tonnen vor dem Kriege, die Fassung mancher Martinöfen beträgt heute 80 bis 100 Tonnen, statt der früheren 20 bis 30 Tonnen. Rationalisierung! Und eine Irreführung ist es, zu behaupten (wie heute die Schwerindustrie und die ihr nahestehende Presse tut), daß den Unternehmern die Opfer, den Arbeitern die Früchte der Rationalisierung zugefallen seien. Man bleibe bei richtigen Größenvorstellungen! Nach eigener Angabe der Eisen- und Stahlindustriellen betrug

der Lohnanteil

am Stabeisenpreis vor dem Kriege weniger als 8 Proz. Die Rationalisierung hat die Kopfleistung gesteigert, und den Unternehmern ist es noch nicht gelungen, nachzuweisen, daß etwa der Lohn mit dieser Leistungssteigerung auch im Entfernten Schritt gehalten hätte. Die Unternehmer haben das „Opfer" einer Lohnerhöhung, die erst wirklich die Grundlage einer billigen Massenproduktion sein könnte, nicht gebracht. Wohl hat aber die Arbeiterschaft ihr Rationalisierungsopfer gebracht: Arbeitslosigkeit, die noch heute nicht überwunden ist. In den letzten Monaten erreichte die deutsche Eisenerzeugung den Vorkriegsstand mit einer weit geringeren Belegschaft als vor dem Kriege!

Ueberredungskünste, Tintenströme, Tränenflüsse — das sind nur die harmloseren, leichteren Waffen der Schwerindustrie. Erst gut zureden! Dann die Pistole vor die Brust setzen!

Am 4. Dezember schritt man von Denkschriften und Generalversammlungsreden zur Erpressung.

Durch die Kastrierung der früheren Stillegungsverordnung der Revolutionszeit hatte die Luthersche reaktionäre Gesetzgebung solche Erpressungsakte möglich gemacht. Heute verlangt das Gesetz lediglich die Einhaltung einer Anzeigefrist bei Stillegungen. Durch eine rechtzeitig verkündete Stillegungsdrohung entreißt der Unternehmer der Regierung die Möglichkeit, einen verbindlichen Schiedsspruch zu verwirklichen. Schon bald nach Beginn der Lutherschen Aera hatten die Unternehmer begonnen, mit dem Gedanken einer „sozialpolitischen Stillegung" zu spielen. So im Sommer 1925, als die Kohlenkrise ausbrach, und man unter diesem Schild sozialreaktionäre Drohungen lancierte. Aber erst jetzt hat man dieses schwere Geschütz, das bisher in den Rüstungswerkstätten der schwerindustriellen Juristen ruhte, abgefeuert.

Dieses Geschütz soll nicht nur die Arbeiterschaft der Eisenindustrie, nicht nur den Arbeitsminister, nicht nur das Prinzip des Achtstundentages treffen.

Die staatliche Schlichtung, die rechtliche Regelung der Arbeitskonflikte soll tödlich getroffen werden. Es soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, der jede Einmischung des Staates in das herrliche freie Spiel der Kräfte unmöglich macht.

Die Arbeiter haben ein ähnliches Geschütz nicht zur Verfügung. Sie können nichts machen, was einer Stillegungsdrohung oder einer Einstellung der Erzbezüge ähnlich wäre und doch nicht als Streikankündigung aufzufassen wäre. Sie sind gegen die Entfesselung des „freien Spiels der Kräfte", das sich auf dem Rücken der gesamten Volkswirtschaft „abspielen" würde. Sollte es aber zu diesem Spiel kommen — dann ist die Frage noch ganz ungewiß, ob die Kräfte, die die Unternehmer heraufbeschworen haben, sich nicht gegen sie selbst richten werden.

Selbst Christen drohen mit Sozialisierung.

Der „Deutsche", das Blatt der christlichen Gewerkschaften, nimmt in einer ungewöhnlich scharfen Form gegen die schwerindustriellen Unternehmer Stellung. Er erklärt, daß bei einer Anzahl schwerindustrieller Führer ein „an Fanatismus grenzender Machtwille zum Kampfe treibt" und fährt fort:

Das gebieterische Halt muß von einer geschlossenen Oeffentlichkeit kommen, wenn eine Katastrophe verhütet werden soll, die das gesamte gesunde deutsche Leben wieder ins graue Elend zurückwirft.

Die Auswirkungen einer Stillegung sind selbst so grenzenlos und chaotisch, daß auch der Widerstand gegen diese Arbeitgebermaßnahmen seitens der Arbeiter grenzenlos werden wird und ins Chaos führen muß. Die Arbeiterschaft ist heute so explosiv, daß, wenn die Schwerindustriellen den gelegten Zünder anbrennen, die gesamte Schwerindustrie Deutschlands auffliegen wird; unter ihren Trümmern aber wird Deutschlands Wiederaufstiegsmöglichkeit für Jahrzehnte begraben werden. Und deshalb muß sich alles, was den Aufstieg Deutschlands will, gegen das Vorgehen der Unternehmer wenden...

Die vielseitig und lange geprüfte Regierungsverordnung ist durchführbar, und ebenso werden die Großindustriellen einen gewissen Lohnausgleich tragen können. Weigern sie sich aber beharrlich, diese Forderungen anzuerkennen, dann wird ihnen die Zukunft noch andere Lasten aufbürden, oder

es wird ihnen die Sorge um die Schwerindustrie völlig abgenommen.

Aus der sozialistischen Front kommt jetzt schon der Ruf nach der Beseitigung der „Willkürherrschaft einiger Herrenmenschen" und Uebernahme der gesamten Großindustrie „in die Hände des Volkes". Jetzt brauchen diese Rufe noch nicht so ernst genommen werden, kommt es aber zum vollen Kampfausbruch, dann wird die „Sozialisierung" die Kampfparole der sozialistischen Arbeiterschaft werden. **Und diese Parole der Sozialisierungsfanatiker wird, weil alles von dem Vorgehen der schwerindustriellen Machthaber empört ist, zünden wie nie zuvor.** Man täusche sich nicht über den Ernst der Lage. Das Spiel mit dem Feuer kann zu einem verzehrenden Brand werden.

Wir haben dem wenig hinzuzufügen. Wenn die Industrie durchaus den Beweis dafür liefern will, daß die Privatwirtschaft eine Gefahr für den Bestand des Staates und Volkes ist — uns kann es recht sein. Denn eine solche Beweisführung würde alle noch ruhenden Kräfte zum Kampf für den Sozialismus wecken.

Als russischer Spion verhaftet wurde der schwedische Reserveoffizier Gösta Norberg.

Reichsregierung und Besoldungsreform.

An Post und Reichsbahn gebunden. — Eine Erklärung der Sozialdemokraten.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags ergriff der Abg. Dr. **Quaatz** (Dnat.) die Flucht in die Oeffentlichkeit. Er erklärte, daß der Reichsfinanzminister persönlich erscheinen möge, um zu verschiedenen Dingen Stellung zu nehmen, in denen die Regierungsparteien in der interfraktionellen Besprechung mit den Vertretern der Reichsregierung nicht zu Rande kämen. Als der Reichsfinanzminister erschienen war, führte Herr Dr. Quaatz eine Reihe von Forderungen an, in denen er Entgegenkommen der Reichsregierung wünschte.

Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** sagte, daß das Reichskabinett sich in seiner Gesamtheit die Auffassung zu eigen gemacht habe, **grundsätzlich an der Regierungsvorlage festzuhalten. Gegenüber Post und Reichsbahn liegen absolut bindende Festlegungen vor, die die Reichsregierung verpflichten, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß über die Vorlage im ganzen nicht hinausgegangen wird.** Die Durchführung der Vorschläge des Herrn Dr. Quaatz kostet zusammen 35,9 Millionen, von denen auf die Post 11 Millionen, die Reichsbahn 21,5 Millionen und das Reich 3,4 Millionen entfielen.

Abg. **Steinkopf** (Soz.) weist gegenüber den Ausführungen des Abg. Dr. Quaatz darauf hin, **daß es sich bei seinen Forderungen fast durchweg um Dinge handele, die die Regierungsparteien erst vor wenigen Tagen abgelehnt hätten.** Es mute eigentümlich an, daß dieselben Parteien diese Forderungen nun ihrerseits aufgreifen. Die bessere Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Versorgungsanwärter sei gerade durch die Regierungsparteien verhindert worden. Den Reichsfinanzminister frage er, wie die von ihm mitgeteilte Stellung des Reichskabinetts sich mit der Absicht der Reichsregierung und der Regierungsparteien vertrage, neuerdings das Endgehalt der höheren Beamten von 8400 M. auf 8700 M. heraufzusetzen und die Ministerialzulage entgegen dem einstimmigen Beschluß des Haushaltsausschusses um 50 Proz. zu erhöhen. Die Zwiespältigkeit des Zentrums zeige sich darin, daß bestimmte Abgeordnete versuchen, die Besoldungsvorlage zum Scheitern zu bringen, während andere Zentrumsabgeordnete Anträge auf weitere Heraufsetzung der Gehälter der höheren Beamten stellen und geneigt sind, die Erhöhung der Ministerialzulagen mitzumachen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe bisher trotz aller Bedenken sachlich an der Vorlage mitgearbeitet. **Die Grenze des Erträglichen werde aber durch diese neuen Absichten überschritten, und die Fraktion werde entscheiden müssen, ob sie noch weiter mitmachen könne.** Wegen der Erhöhung der Ministerialzulagen wolle er abwarten, ob das Reichskabinett glaube, einem einstimmigen Beschluß des Haushaltsausschusses widerstehen zu können.

Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** wollte zunächst von diesen neuen Absichten nichts kennen. Als ihn aber ein Zuruf eines deutschnationalen Abgeordneten darauf aufmerksam machte, daß der Antrag bereits vorliege, bequemte er sich, zu erklären, daß das Kabinett nur zustimmen werde, wenn sich keine Folgerungen ergeben. Wegen der Ministerialzulage verweise er auf die preußische Regierung, die mit einer 50prozentigen Erhöhung vorausgegangen sei.

Weiterhin haben die Regierungsparteien eine Entschließung vorgelegt, nach der die Wartestandsbeamten zwar wie die aktiven Beamten eingestuft, aber dann zwangsweise pensioniert werden sollen. Bezüglich der Pensionäre haben die Regierungsparteien ihren Antrag auf Einstufung in die neue Besoldungsordnung fallengelassen. Auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben sich dazu bekannt. Pensionen über 12000 M. nicht zu erhöhen. Zu einer Begrenzung der Höchstpensionen, die von den Sozialdemokraten gefordert wird, haben sich die Regierungsparteien nicht aufschwingen können, trotzdem das Zentrum eine Höchstgrenze seinerzeit selbst verlangt hat.

Elsässische Tragikomödie.

Zorn von Bulach unterwirft sich.

In der elsässischen Autonomiebewegung hat eine Zeitlang der Baron Klaus Zorn von Bulach eine überlaute Rolle gespielt, der er jetzt selbst durch einen Brief an den Präfekten des Unterrheins ein wenig rühmliches Ende bereitet hat. In In diesem Briefe heißt es:

Seit der Verhaftung von Baumann und Kohler und angesichts der Gründe, die diese Verhaftung veranlaßt haben, sehe ich mich der peinlichen Verpflichtung gegenüber, jede gemeinschaftliche Verantwortung für meine früheren Mitarbeiter abzulehnen. Ich habe mich getäuscht, und ich war das Opfer von gewissenlosen Leuten, deren Treibereien ich öffentlich verurteile und mißbillige. Ich bedauere, was ich getan habe. Ich verzichte formell auf jede politische Aktion, und ich werde mich künftig als loyaler französischer Bürger betragen.

Empfangen Sie, Herr Präfekt, mit meinem tiefen Bedauern den Ausdruck meiner Hochachtung.

Zorn von Bulach hatte noch kurz zuvor denselben Präfekten nach der Manier des „Miesbacher Anzeigers" bekämpft und ihm großmäulig die „Ausweisung aus dem Elsaß im Namen des elsässischen Volkes" angedroht. Die Anklagen, die er jetzt gegen seine früheren Mitarbeiter erhebt und durch die er sie preisgibt, sind wohl nicht ernster zu bewerten als seine sonstigen Verlautbarungen.

Für einen gewissen Teil der deutschen Presse, der schon nahe daran war, um den verrückten Baron und jetzigen „loyalen französischen Bürger" einen Glorienschein zu weben, sollte dieser Fall eine Lehre sein. Im Elsaß geschieht manches, was wir nicht verstehen und was uns nicht gefällt. Aber jeder Versuch, diese Dinge nationalistisch auszuwerten, wird mit derselben Enttäuschung enden wie der Fall Zorn von Bulach. Leute solcher Art sind es wirklich nicht wert, daß die im Interesse beider Völker und ganz Europas notwendige deutsch-französische Verständigung eine Störung erleidet.

Reichsverweisung im neuen Strafgesetz.

Sozialdemokratische Sicherungsanträge abgelehnt.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Bestimmungen über die Reichsverweisung. Nach § 64 soll das Gericht, wenn ein Ausländer zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten verurteilt wird, die Reichsverweisung für zulässig erklären, wenn das Verbleiben des Ausländers im Inland eine Gefahr für andere oder für die allgemeine Sicherheit bedeuten würde. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte die Streichung dieses Paragraphen.

Zur Begründung dieses Antrages führten die Genossen **Landsberg** und **Rosenfeld** aus, daß es dieser Bestimmung im Strafgesetz nicht bedürfe, um einen Ausländer ausweisen zu können. Jeder Ausländer, der sich irgendwie lästig mache, könne sowieso jederzeit ausgewiesen werden. Die neue Bestimmung berge die Gefahr in sich, daß aus Ausländerfeindschaft überflüssige Ausweisungen erfolgen würden. § 64 unterscheide nicht zwischen einem Ausländer, der jahrzehntelang in Deutschland gelebt habe, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten und einem Ausländer, der eben nach Deutschland gekommen, straffällig werde. Auch eine deutsche Frau, die niemals Deutschland verlassen habe, aber durch Eheschließung mit einem Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit verloren habe, solle nach § 64 wie jeder Ausländer ausgewiesen werden können. Wenn man durchaus eine neue Ausweisungsmöglichkeit haben wolle, so müsse mindestens gefordert werden, daß erst eine Freiheitsstrafe von einem Jahr verwirkt sei, bevor eine Ausweisung erfolgen dürfe.

Abg. **Barth** (Dnat.) und **Zapf** (D. Vp.) traten für den Regierungsentwurf ein, indem sie behaupteten, § 64 sei notwendig, um Deutschland vor dem Abschaum der Menschheit zu schützen und um Deutschland nicht zum Tummelplatz ausländischen Gesindels werden zu lassen. Abg. **Haas** (Dem.) schloß sich den sozialdemokratischen Bedenken insoweit an, als auch er eine einjährige Freiheitsstrafe als Voraussetzung für eine Reichsverweisung forderte. Ministerialdirektor **Bumke** trat für den Regierungsentwurf ein.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Streichung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Auch die übereinstimmenden sozialdemokratischen und demokratischen Anträge auf Einführung der Voraussetzung einer einjährigen Freiheitsstrafe wurde gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Alsdann wurde die Regierungsvorlage mit unwesentlichen Aenderungen von allen Regierungsparteien gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Der nichtfaschistische italienische General Bencivenga ist zum Zwangsaufenthalt auf die Insel Ustica transportiert worden!

Weihnachtsvorschüsse für Staatsbeamte

Beschluß des Hauptausschusses des Landtags.

Der Hauptausschuß des Landtages beschloß, dem Landtage folgende Entschließung zu unterbreiten:

Um einen möglichst großen Teil der Beamten usw. noch vor Weihnachten in den Besitz der Nachzahlungen gelangen zu lassen, wird das Staatsministerium ermächtigt, bereits vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes über die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten vorbehaltlich der endgültigen Regelung vorläufige Zahlungen nach Maßgabe der Regierungsvorlage und des Stellenplanes unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Hauptausschusses leisten zu lassen.

Zum Tode Silberschmidts.

Beileid des Bundes Deutscher Mietervereine.

Anläßlich des Ablebens des Genossen Silberschmidt hat der Bund Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das folgende Beileidsschreiben gerichtet:

„Schmerzlich bewegt durch das plötzliche Hinscheiden des Reichstagsabgeordneten Silberschmidt drängt es uns, der Fraktion unser herzliches Beileid auszusprechen. In vieljähriger gemeinsamer Arbeit um Mietrecht und Mieterschutz, wie überhaupt auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge haben wir uns jederzeit auf seine reichen Kenntnisse und auf seine Hilfe verlassen können. **Was er auf diesem Gebiete für uns und sein Volk tat, wird bei uns unvergessen bleiben."**

Abkehr vom Landbund.

Konflikt mit dem Bauernbund in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 7. Dezember.

Der vor kurzem erfolgte Ausschluß des langjährigen Vorsitzenden des Mecklenburg-Strelitzer Bauernbundes, Dr. Warncke, der zugleich im Landesvorstand des Mecklenburg-Strelitzer Landbundes war, aus dem Landbund hat, nachdem sich der Bauernbund in einer Generalversammlung hinter seinen Führer gestellt hat, zu einem ernsten Konflikt zwischen beiden Bünden geführt. Bisher war der Bauernbund dem Landbund korperativ angeschlossen, und die Mitglieder zahlten ihre Beiträge an den Landbund. In der Landeszeitung für beide Mecklenburg wird jetzt die Aufforderung des Vorstandes des Bauernbundes an seine Mitglieder veröffentlicht, vom 1. Januar an keine Beiträge mehr an den Landbund zu zahlen.

Ludendorff-Spektakel in Berlin.

Ludendorff hielt gestern vor seinen Gläubigen vom Tannenbergbund im Kriegervereinshaus einen Vortrag über seinen Austritt aus der protestantischen Kirche. Bibelstudium habe ihm gelehrt, daß das Christentum nicht mehr in unsere Zeit passe, und da es für ihn nichts Halbes geben könne, sei er ausgetreten. Erleichtert habe seinen Entschluß die Haltung der evangelischen Geistlichkeit in der Konkordatsfrage.

Weiter erklärte Ludendorff, Juden, Jesuiten und Freimaurer hätten Deutschland zum Krieg und in den Zusammenbruch getrieben, während er durch seine Arbeit im Generalstab Deutschland den Frieden bewahren wollte!

Frau Ludendorff übernahm mit einem Vortrag über die Freimaurerei den zweiten Teil des Abends und es soll Leute geben, die sich dabei unterhalten haben.

Wir bessern Menschen.

In Bukarest kam es zu nationalistischen Exzessen: die rumänischen Studenten verprügelten Ungarn und Juden.

Auch in Budapest kommt es bisweilen zu Exzessen: die ungarischen Studenten verprügeln alsdann Rumänen und Juden.

An der Wiener Universität sind Raufereien an der Tagesordnung: die deutschvölkischen Studenten verprügeln alsdann Tschechen und Juden.

Wofür man an der Prager Universität sinnige Vergeltung übt: die tschechischen Studenten verprügeln Deutsche und Juden.

Nur an deutschen Universitäten geht es gesittet zu: man verprügelt allein Juden.

Kaiserlich-republikanische Marine.

Prinz Heinrich auf dem Kreuzer „Berlin".

Vor einigen Tagen berichtete die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung", daß der Kreuzer „Berlin" eigens von Kiel nach Eckernförde gefahren sei, um den Bruder des Exkaisers, den ehemaligen Prinzen Heinrich von Preußen abzuholen. Dieser habe vor versammelter Mannschaft an Bord eine Ansprache gehalten, wahrscheinlich, um ihre Treue zur Republik zu festigen.

Hierzu erläßt das Reichswehrministerium eine Erklärung, die in allen wesentlichen Punkten eine Bestätigung der Meldung ist. Bestritten wird nur, daß der prinzliche Besuch der Zweck der Fahrt nach Eckernförde gewesen sei, es habe sich vielmehr zunächst um eine Ausbildungsfahrt im Torpedoschießen gehandelt. (Dienstliche Vorwände für eine solche Fahrt lassen sich natürlich immer finden.) Im weiteren aber gibt die Erklärung Geßlers zu, daß in Eckernförde Prinz Heinrich auf Einladung des Kapitäns Hans Kolbe an Bord gekommen ist und an einem Frühstück teilgenommen hat. Ob er auch eine Ansprache gehalten hat, vermag das wohlinformierte Reichswehrministerium weder zu bestätigen noch zu verneinen, denn der Kreuzer „Berlin" ist — o weh — am 1. Dezember zu einer Weltreise ausgelaufen! (Zur Beruhigung: ohne den Prinzen.) Jedoch hat das Reichswehrministerium einen sofortigen Bericht über diesen Punkt eingefordert.

Die Antwort des Herrn Reichswehrministers verdeckt den Skandal nicht, sondern legt ihn um so mehr bloß, als sie keinerlei disziplinarische Maßnahmen gegen den Kapitän Kolbe ankündigt, der zunächst einmal die Welt umschiffen wird mit der Hoffnung, bei seiner glücklichen Rückkehr die Sache als vergessen wiederzufinden. Erst vor wenigen Tagen hat Geßler in einer Ansprache erklärt, daß er die Reichswehr zu einer „zuverlässigen Stütze der Verfassung" gemacht habe, woran „einige Ungeschicklichkeiten weniger Führer" nichts ändern könnten. Wir finden, daß sich die „Ungeschicklichkeiten" stark häufen. Nach dem Fall des bei der Reichswehr übenden Kaiserenkels durfte eine zweite ähnliche Affäre unter keinen Umständen mehr vorkommen. Man weiß nicht, über wessen Taktlosigkeit man sich mehr wundern soll: über die des Kapitän Kolbe, oder über die des Prinzen Heinrich, der im November 1918 so brav vor der Anhänglichkeit seiner Marine ausgerissen ist, wobei er noch einen Matrosen über den Haufen schoß, der aber jetzt — ein Völkischer würde sagen „mit jüdischer Aufdringlichkeit" — sich wieder bei der Marine anzubiedern sucht.

Südslawienvertrag und Maiszoll.

Opposition der Sozialdemokratie gegen Maiszollerhöhung.

Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages kam es am Mittwoch vormittag zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die neueste deutsche Handelspolitik. Zur Beratung stand der Handelsvertrag mit Südslawien.

Genosse Hilferding erhob sofort schwerste Bedenken dagegen, daß in dem Mantelgesetz zu diesem Vertrag der Zoll für Fabrikmais besonders herausgehoben und gegenüber der Festsetzung im Zolltarif verändert worden war. Er erklärte, daß damit ein Druck auf diejenigen Parteien ausgeübt würde, die den Handelsverträgen zwar zustimmen, aber eine Verschlechterung des Zolltarifes nicht zulassen wollten. Die sozialdemokratischen Vertreter hätten deshalb auch große Bedenken, dem vorliegenden Vertrag zuzustimmen.

Der Vertreter des Auswärtigen Amts und der Ernährungsminister Schiele versuchten gemeinsam mit dem Ministerialdirektor Ernst vom Finanzministerium diese unterschiedliche Behandlung der Maiszölle als eine rein formelle Aenderung hinzustellen, vorgenommen aus rein praktischen Gründen. Genosse Hilferding wies jedoch darauf hin, daß diese Erklärungen nicht genügen könnten und beleuchtete die Konsequenzen, die solche Aenderungen des Zolltarifes in der Form von Handelsverträgen haben würden. Die Kommunisten hätten bereits aus diesem Grunde den Antrag gestellt, die Lebensmittelzölle zu beseitigen. Er für seinen Teil erkläre dazu, daß man dabei eigentlich nicht halt machen dürfe aus Gründen der Konsequenz, daß vor allen Dingen infolgedessen auch die Zollfreiheit für Industrieartikel verlangt werden müßte. Wohin man aber mit einer solchen Politik komme, das sollten sich die Regierungsparteien auch für die Zeit überlegen, wenn sie wieder einmal in Opposition zur Regierung stehen würden.

Der Ernährungsminister erwiderte, daß er nicht glauben könne, die Sozialdemokratie würde den Handelsvertrag nur wegen solcher formaler Bedenken ablehnen. Die Genossin Sender führte in der folgenden Diskussion aus, daß es wahrscheinlich innerhalb der Regierungsparteien zu Zwistigkeiten über den vorliegenden Handelsvertrag gekommen wäre. Man habe infolgedessen diese Differenzierung des Handelsvertrages vorgenommen. Sie bedeute im Grunde genommen nichts anderes, als daß man der Landwirtschaft so etwas wie eine Konzession mache, die ihr nichts nutze, vom Volk jedoch bezahlt werden müsse, in der Form erhöhter Verwaltungskosten für die Durchführung dieser Differenzierung.

Selbst die Regierungsparteien waren über diese Aenderungen im vorliegenden Vertrage wenig erbaut. Besonders war es der Zentrumsabgeordnete Dessauer, der erklärte, daß es sich dabei um mehr als nur einen Schönheitsfehler handele. Die Gründe, die die Regierung dafür angegeben hätte, seien auch ihm noch nicht klar und durchschlagend genug. Jedenfalls müsse auch er dringend bitten, daß solche Differenzierungen bei zukünftigen Handelsverträgen nicht wiederholt würden.

Das Ende der ganzen Beratungen war, nachdem auch noch die Demokraten der sozialdemokratischen Haltung zugestimmt hatten, daß der Ministerialdirektor Ernst im Namen des Ernährungsministers die Erklärung abgab, bei allen zukünftigen Handelsverträgen würde eine solche Form des Mantelvertrages nicht wieder gewählt. Die sozialdemokratischen Vertreter stimmten hiernach gegen den Handelsvertrag mit Südslawien, ließen jedoch erklären, daß sie nach dieser Erklärung der Regierung ihrer Fraktion die letzte Entscheidung belassen würden, darüber, wie sie sich im Plenum zu dem Handelsvertrag stellen will.

Noch immer „Hochverrat". Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts fand am Mittwoch ein Hochverratsprozeß gegen den Bergmann Anton Kurzeja aus Gladbeck statt. Der Angeklagte soll als Funktionär der Kommunistischen Partei in Gladbeck mehrere Zeitschriften, die zur Zersetzung aufforderten, an Polizeibeamte verteilt haben. Das Gericht sühnte diesen „Hochverrat" mit einem Jahr Festung und 100 Mark Geldstrafe.

Weihnachten der Schwerindustrie.

„Halt, hier kommen Se nicht rein, Männeken, hier ist Aussperrung!"

Woldemaras kämpft um seinen Kopf

Zwangseinigung zwischen Litauen und Polen in Aussicht.

V. Sch. Genf, 7. Dezember.

Wer von der heutigen Ratssitzung Sensationsreden oder gar Zwischenfälle erwartet hatte, kam nicht auf seine Rechnung. Woldemaras Rede war gemäßigter und kürzer, als man allgemein erwartet hatte. Er versuchte polnische Angriffsabsichten zu beweisen; dabei spielten die Aussagen zweier Teilnehmer an dem sozialistischen Emigrantenkongreß in Riga, denen angeblich Unterstützung vom dortigen polnischen Geschäftsträger angeboten worden sein soll, die Hauptrolle. Sonst brachte er nur allgemeine Andeutungen und Zeitungszitate. Ueberraschend war lediglich am Schluß seiner eintönig vorgetragenen Rede sein Vorschlag, der Völkerbund möge eine Kontrollkommission einsetzen, um die Verhältnisse an der litauisch-polnischen Grenze zu prüfen und dadurch Litauens Unabhängigkeit vor dem drohenden polnischen Ueberfall zu schützen.

Zaleskis Antwort war im Ton wesentlich schärfer. Er wies die Anschuldigungen Woldemaras als „Provinzblättertratsch" zurück. Er berief sich auf das Dementi des polnischen Geschäftsträgers in Riga, bekannte sich jedoch zu der Pflicht Polens, politischen Flüchtlingen, gleichviel welchen Staates, jenes Asylrecht zu gewähren, das zu den heiligsten Aufgaben moderner Kulturstaaten gehöre. Diese indirekte Antwort auch auf die Angriffe der Sowjetregierung nach der Ermordung des Gesandten Wojkoff, löste bezeichnenderweise bei Scialoja sichtbare Nervosität aus. Im übrigen habe es sich Woldemaras selbst zuzuschreiben, wenn infolge dieser politischen Methoden die litauischen politischen Flüchtlinge zu Hunderten nach Polen, Lettland und Deutschland auswanderten.

Von besonderem Interesse für Deutschland war Zaleskis unerwartete Anspielung auf den wirtschaftlichen Niedergang von Memel, das durch den litauisch-polnischen Kriegszustand von seinem natürlichen Hinterland, dem Wilna-Gebiet abgeschnitten sei. Litauen habe das ihm einst von der Botschafterkonferenz geschenkte Vertrauen schnöde mißbraucht. Diese Anspielung, die durch einen Hinweis auf den wirtschaftlichen Niedergang auch des litauischen Hafens Libau ergänzt wurde, erregte starkes Aufsehen. Im weiteren Verlaufe der Debatte konnte man beobachten, wie plötzlich

Stresemann hell auflachte

und Zaleski einen Zettel reicht, der bei diesem Heiterkeit auslöst. Ein amerikanischer Journalist hatte Stresemann einen Zettel überreichen lassen, mit der Frage, ob er die Worte Zaleskis über Memel wie eine Aufforderung an den Rat zur Rückgabe Memels an Deutschland auffasse. Stresemanns Antwort lautete, daß das eigentlich die Konsequenz aus den Aeußerungen Zaleskis sein müßte, daß aber in der Politik die Konsequenzen oft nicht gezogen würden.

Das wichtigste Argument Zaleskis gegen Woldemaras war, daß der von Litauen einseitig aufrechterhaltene Kriegszustand gegen Polen unhaltbar sei. Er lasse sich auf keinen Fall mit der Eigenschaft Litauens und Polens als Völkerbundsstaaten vereinbaren. Dieser Kriegszustand sei zwar rein fiktiv, aber dennoch höchst gefährlich, denn der geringste Zwischenfall könne die schlimmsten Folgen auslösen.

Woldemaras Antwort war vor allem juristischer Natur. Sie begründete das litauische Mißtrauen gegenüber den polnischen Freundschaftsangeboten mit einer Erinnerung: Im September 1920 habe am Schlusse einer Debatte im Völkerbundsrat der damalige Vertreter Polens, Paderewski, sich an den litauischen Vertreter mit dem Gelöbnis gewandt,

künftig treue Freundschaft

zwischen den beiden Ländern zu halten. Drei Wochen später habe aber General Zeligowski Wilna besetzt, und die polnische Regierung habe nichts getan, um das zu verhindern oder gar rückgängig zu machen.

Im Schlußwort Zaleskis gab es einen heiteren Augenblick, als er auf die Angelegenheit der Holzflöße einging. Die Sache liege so, daß zwar Litauen die Holzflöße durch die Grenze durchlasse, sie aber dann mit der Begründung beschlagnahme, das Wilnagebiet gehöre in Wirklichkeit Litauen, folglich sei auch das von jenseits der Grenze heranschwimmende Holz Eigentum Litauens.

Wenn der Rat den polnisch-litauischen Konflikt mit mehr Humor als Ernst zur Kenntnis nimmt, so liegt das daran, daß man schon jetzt überzeugt ist, daß eine Einigung erfolgen wird. Der Holländer van Blokland nahm mit sauersüßer Miene das Amt eines Berichterstatters an, er behielt sich allerdings vor, im Notfalle Verstärkung aus den Reihen der übrigen Ratsmitglieder heranzuholen. Chamberlain dankte ihm für seine Bereitwilligkeit und fügte unter Heiterkeit hinzu, daß er als Berichterstatter in einer anderen schwierigen Angelegenheit — dem ungarisch-rumänischen Optantenkonflikt — für seinen Kollegen Gefühle tiefster Sympathie empfinde.

Die Einigung wird auch darauf beruhen, daß Polen nicht daran denkt, die litauische Unabhängigkeit anzutasten.

Litauen wird den Kriegszustand mit Polen für beendet erklären.

Einstweilen kommt es jedoch noch nicht zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Diese Lösung soll in keiner Weise die prinzipielle Stellungnahme Litauens gegenüber Wilna berühren. Im Rat besteht Neigung, dem Vorschlag Woldemaras auf Einsetzung einer Kommission stattzugeben, doch weiß man noch nicht, ob Polen darauf eingehen wird. Die deutsche Delegation begrüßt eine solche Kontrolle als Vorbeugungsmittel und Uebergangsmaßnahme.

Daß die Einigung kommt, gilt als sicher, aber es wird möglicherweise noch mehrere Tage dauern, bis man so weit ist.

Woldemaras kämpft

mit dem Mut eines Löwen und der Schlauheit eines Fuchses gegen den ganzen Rat und weicht nur Schritt für Schritt zurück. Verträte er nicht ein so abscheuliches Blutregiment, man könnte sich eines Gefühls der Achtung vor diesem verzweifelten Widerstand eines einzelnen nicht erwehren, der allein mit seiner Frau und einem Sekretär in Genf weilt, und ohne jeden Freund und Berater einen hoffnungslosen Standpunkt verficht. Ueberdies geht es um seine Stellung, wenn nicht gar um seinen Kopf.

Baldwin antwortet sanft.

Er entschuldigt sich vor der Arbeiter-Opposition.

London, 7. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch fand im Unterhaus die Aussprache über das von der Arbeiterpartei gegen die Regierung eingebrachte Mißtrauensvotum statt. In diesem Votum wird festgestellt, daß die Regierung hinsichtlich der ernsten Lage im Bergbau völlig versagt habe, und dann erklärt, daß diese Krise weit über den Wirkungskreis eines einzelnen Ministeriums hinausgreife. Deshalb müsse eine offizielle Erklärung des Ministerpräsidenten über die Pläne der Regierung verlangt werden.

Im Verlauf der Begründung des Mißtrauensvotums erklärte Macdonald, daß der anfängliche Verzicht des Ministerpräsidenten der Arbeiterpartei persönlich Rede und Antwort zu stehen, einer Mißachtung des parlamentarischen Anstands gleich komme. Diese Mißachtung sei auf die Unfähigkeit der Regierung, den Argumenten der Opposition eine positive Antwort entgegenzustellen, zurückzuführen. Ministerpräsident Baldwin antwortete in äußerst sanftem Tone. Im Verlauf seiner Ausführungen wies er u. a. auf die ihm in den letzten Jahren erwachsenen Aufgaben hin und stellte fest, daß er in Anbetracht seiner Arbeitsüberlastung seine parlamentarischen Pflichten unmöglich voll erfüllen könne.

Anschließend suchte der Handelsminister nachzuweisen, daß die Lage im Bergbau nicht so katastrophal ist, wie es in dem Mißtrauensvotum der Arbeiterpartei zum Ausdruck kommt.

Um die Achtstundenschicht.

Der Verlauf der Essener Verhandlungen.

Bochum, 7. Dezember. (Eigenbericht.)

Bei den Essener Verhandlungen über die Arbeitszeit- und Lohnfrage in der Großeisenindustrie haben die Arbeitgeber geglaubt, den Vorwurf, daß es sich bei der Stillegungsanzeige um eine starke Provokation der gesamten Arbeiterschaft handle, mit der Behauptung zurückweisen zu können, diese Androhung stelle nur einen Akt der Wirtschaftsnotwendigkeit dar. Mit dieser fadenscheinigen Begründung lehnten sie Verhandlungen über die angekündigten Stillegungsmaßnahmen im Rahmen der Tarifverhandlungen ab. Demgegenüber betonten die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie, getragen von der Verantwortung gegenüber der Gesamtwirtschaft, bereit seien, die Parteiverhandlungen zu führen. Die Gewerkschaften müßten jedoch ihre gesondert gestellten

Forderungen in vollem Umfange aufrecht

erhalten. Bezirksleiter Wolf vom Deutschen Metallarbeiterverband begründete eingehend die Vorschläge seines Verbandes. Er erklärte, daß die Stillegungsmaßnahmen der Arbeitgeber in der Linie früherer Zwangsmaßnahmen liege. Als im Juli 1925 ein Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von 5 Proz. festgelegt habe, sei der bekannte Beschluß gefaßt worden, als Gegenmaßnahme 5 Proz. der Belegschaften zu entlassen, um damit die Lohnerhöhung illusorisch zu machen.

Im Herbst 1925 und im ersten Halbjahr 1926 hätten die Arbeitgeber unerhörte Akkordabzüge, und zwar bis zu 40 Proz. gemacht. Sie hätten mit Entlassungen gedroht für den Fall, daß sich die Arbeiter diesen Abzügen widersetzen würden. Die Stillegungsankündigung bedeutet **eine direkte Herausforderung.** Die eingereichten Forderungen seien dieselben, die der Metallarbeiterverband seit vier Jahren mit Nachdruck vertrete. Die Metallarbeiter forderten **den Achtstundentag,** einmal aus gesundheitlichen und sozialen Rücksichten, denn

die hohen Unfall- und Krankenziffern

redeten eine ernste Sprache, ferner deshalb, weil er in allen Nachbarländern verankert und durchgeführt sei, und weil die längere Arbeitszeit nach den Erklärungen der Arbeitgeber im Jahre 1923 nur eine vorübergehende sein sollte. Vier Jahre habe sich die Arbeiterschaft die lange Arbeitszeit gefallen lassen, jetzt endlich müsse Schluß mit dieser Regel gemacht werden. Im übrigen halte der Deutsche Metallarbeiterverband die allgemeine Durchführung des Achtstundentages für wirtschaftlich durchaus tragbar.

In diesem Zusammenhang behandelte Wolf die letzten Geschäftsabschlüsse und die außerordentliche Produktionssteigerung der einzelnen Werke, die eine ständige Verringerung der Gestehungskosten mit sich bringe. Wolf führte u. a. Ziffern

aus dem Abschluß der Friedrich Krupp A.-G.

an. So teilte er mit, daß für das am 30. September 1927 abgeschlossene Geschäftsjahr sich ein Reingewinn von 13 Millionen Mark ergebe. Die Friedrich Krupp A.-G. habe zwar keine Dividende verteilt, dafür aber 9 Millionen Mark für Neubauten, 3 Millionen Mark für die Pensionskasse und 1 Million Mark für andere Zwecke verwendet. Das Bankguthaben der Firma Friedrich Krupp A.-G. sei von 14 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 42 Millionen Mark im Jahre 1927 gestiegen, der Rohgewinn von 33 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 42,7 Millionen Mark im Jahre 1927. Die Mitteilung dieser Ziffern rief großes Aufsehen hervor.

In bezug auf den Lohnausgleich erklärte Wolf, daß er für die Arbeiter eine unumgängliche Notwendigkeit darstelle. Die Lohnerhöhung sei notwendig, weil die Löhne viel zu gering seien und nicht bestritten werden könne, daß seit der letzten Lohnerhöhung im Februar 1927 eine wesentliche Verteuerung der Lebensmittel sowie der Wohnungsmieten eingetreten sei. Die Ursache der Verteuerung des Lebensunterhalts sei die Politik des jetzigen Reichskabinetts. Wolf bestritt die Richtigkeit der von Unternehmerseite angegebenen hohen Verdienste einer gewissen Arbeiterkategorie an Hand genauer Feststellungen über die Löhne einer Reihe von Betrieben.

Abschließend erklärte Wolf nochmals, daß von ihm eine Diskussion über die Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 zur Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Stahl- und Walzwerkarbeiter entschieden abgelehnt werde. Es sei Aufgabe derjenigen Stelle, die die Verordnung erlassen habe, nämlich des Reichsarbeitsministers, jetzt klare Verhältnisse zu schaffen, zumal der Erlaß mit Zustimmung der Arbeitgeber erfolgt sei.

Verhandlungen über die „Stillegungen".

Am 9. Dezember werden — wie uns aus Bochum gemeldet wird — unter Vorsitz des Demobilmachungskommissars die ersten Verhandlungen für die in Durchführung der angekündigten Maßnahmen der Großindustriellen zur Stillegung angemeldeten Betriebe vor sich gehen.

Die Stimmung der Streikenden ist zuversichtlich, ihre Haltung diszipliniert. Die Oeffentlichkeit steht geschlossen hinter den Streikenden. Die Auswirkung der Streikbewegung ist bereits empfindlich fühlbar. So kam es auf dem Güterbahnhof Saarbrücken zu Zusammenstößen und Störungen. Der Personenverkehr erleidet Verzögerungen um eine Stunde und mehr.

Die Bergarbeiter im Waldenburger Revier.

In Waldenburg i. Schl. tagt am kommenden Sonntag eine Funktionärkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die zu dem bisherigen Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Waldenburger Bergrevier Stellung nehmen wird. Die Verhandlungen brachten bis jetzt nur eine Milderung der sehr großen Spanne zwischen den Tarif- und Effektivlöhnen, aber mit dieser Milderung allein sind die Waldenburger Bergarbeiter noch nicht zu frieden.

Schiedsspruch in der nordböhmischen Textilindustrie.

In den letzten Tagen wurden die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Arbeitnehmerorganisation der nordböhmischen Textilindustrie über die vor einigen Wochen überreichten Lohnforderungen zum Abschluß gebracht. Es wurde ein Abkommen getroffen, das von beiden Gruppen angenommen werden dürfte. Die Richtlöhne werden um einige Prozent erhöht. Die Arbeiterschaft erhält außerdem eine einmalige Beihilfe in der Höhe von etwa 100 Mark.

Aufgehobene Sperre. Die Differenzen in dem Betrieb „Münzglocke", Inh. Ernst Doebler, Münzstraße 22, sind beigelegt. Der Inhaber erkennt den Tarifvertrag an und hat die Benutzung des städtischen paritätischen Arbeitsnachweises zugesagt. Der Streik ist somit beendet und die Sperre aufgehoben.

Werkeisenbahner der Groß-Berliner Metallbetriebe.

Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24–25, Aufgang B, Zimmer 4, Versammlung aller Industriewerkeisenbahner (technisches, Bangier- und Bahnunterhaltungspersonal). Aussprache über die Lohnregelung. Pünktliches Erscheinen aller Werkeisenbahner erforderlich.

Betriebsräte und Vertrauensleute, macht die Werkeisenbahner eures Betriebes auf diese Versammlung aufmerksam!

Deutscher Verkehrsbund, Sektion V.

Achtung, AGB.-Transformatorenfabrik! Am Freitag, 9. Dezember, 4 Uhr, findet bei Zinberg, Oderschönweide, Wilhelminenhofstr. 31, eine Sitzung aller SPD.-Genossen statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Parteigenossen, zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand.

SPD.-Sattler, -Tapezierer und Portefeuiller. Freitag, 9. Dezember, 19 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, Versammlung aller auf dem Boden der SPD. und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Kollegen. Vortrag des Genossen M. Abramowitsch über „10 Jahre Sowjetrußland und Rußlandbeziehungen." Die Genossen werden gebeten, sympathisierende Kollegen zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen.

Achtung, Bezirksamt Pankow! Am Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr, im Türkischen Zelt, Pankow, Breite Str. 14, Versammlung aller sozialdemokratischen Beamten, Lehrkräfte, Angestellten und Arbeiter im 19. Verwaltungsbezirk. Genosse Dr. Schüttinger spricht über „Unser Wille zur Macht." Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht. Gäste willkommen.

Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Frankfurter Allee: Städtisches Jugendheim Litauer Str. 18, Zimmer 3. Lustiger Abend. — **Landsberger Platz:** Jugendheim des Ostens, Große Frankfurter Str. 16, Quergebäude parterre, Zimmer 2. Vortrag: „Das Berufsausbildungsgesetz." — **Süden-Südwesten:** Städtisches Jugendheim Parkstr. 11, Fabrikgebäude. Schachabend. — **Tempelhof:** Gruppenheim Luxemburg Germanstr. 4–6. Vortrag: „Nikotin und Alkohol." — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Der Jugendliche im Strafrecht." — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Straße 5. Vortrag: „Arbeiterschutz und Gewerkschaften." — **Humboldt:** Jugendheim Grauer-, Ecke Lortzingstraße. Opten-Einschalt-Abend. — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Rote Schule, Gotzkowsky Straße. Fortsetzung des Vortrages „Die Stellung des Lehrlings und jugendlichen Arbeiters im Produktionsprozeß." — **Moabit:** Städtisches Jugendheim Lehrter Str. 18–19. Fortsetzung der volkswirtschaftlichen Vortragsreihe. — **Charlottenburg:** Jugendheim Sophie-Str. 30. Vortrag: „Das Reichsschulgesetz." — **Weißensee:** Jugendheim Pankstraße 56. Chorgesang. — **Nordkreis-Kursus** II: Beginn des 2. Kursusabschnittes im Jugendheim Gerichtstraße, Ecke Turiner Straße. „Gewerkschaftliche Jugendarbeit — gewerkschaftliche Jugendbewegung." — **Sprechchorteilnehmer:** Probe am Sonntag, 11. Dezember, nur 16 Uhr im Jugendheim des Deutschen Beamtenbundes, Engelufer 24–25, Aufgang B, parterre links.

Achtung! Der Bunte Abend findet nicht wie irrtümlich bekanntgegeben am Sonnabend, dem 10., sondern Sonntag, dem 11. Dezember, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, findet folgende Veranstaltung statt: **Bezirk Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Eingebäude 1. Tr., Thüringenzimmer). Die Dezemberveranstaltungen werden besonders verabredet. Wir beteiligen uns an den Gesamtveranstaltungen der Jugendgruppe.

Konferenz der Versicherungsangestellten.

Vor der Kündigung des Reichstarifs.

Die Berufsgewerkschaft der Versicherungsangestellten, der Zentralverband der Angestellten, veranstaltet am 8. und 9. Dezember in Würzburg die 6. Reichskonferenz der Versicherungsangestellten. Die Konferenz wird in der Hauptsache Stellung nehmen zu dem Reichstarifvertrag. Die Versicherungsangestellten fordern einen gerechten Anteil am Arbeitsertrage. Nach Aeußerungen der in Orts-Fachgruppen im ZdA. zusammengeschlossenen Versicherungsangestellten wird damit zu rechnen sein, daß eine Kündigung des Reichstarifvertrages durch den Zentralverband der Angestellten erfolgt. Die Entscheidung hierüber liegt bei den Delegierten der Reichskonferenz. Die Tagung wird im weiteren sich noch mit diversen anderen Berufsfragen, insbesondere auch mit der immer stärker auftretenden Konzernbildung der Versicherungs-Unternehmungen beschäftigen.

Die Zwangsorganisation im Handwerk.

Obschon die Handwerksmeister heute noch teilweise das Koalitionsrecht ihrer Gesellen mißachten, wo sie nur können und die Innungen eifrig bemüht sind, die Lehrlinge von dem Anschluß an die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen fernzuhalten, machen sie selber von dem ihnen besonders verliehenen Recht der Zwangsorganisation ausgiebigen Gebrauch.

In den Bezirken der preußischen Handwerkskammern bestanden am 1. September 1927 3561 freie Innungen, 6911 Zwangsinnungen und 411 Innungsausschüsse. Die Zahl der freien Innungen ist seit dem Jahre 1907 fortgesetzt zurückgegangen, die Zahl der Zwangsinnungen dagegen hat sich dauernd erhöht. Trotz dem § 1009 der Gewerbeordnung, der den Zwangsinnungen verbietet, ihre Mitglieder in der Festsetzung ihrer Preise zu beschränken. Die Preise aber sind trotz der Zunahme der Zwangsinnungen gestiegen.

Heute sind es vielfach nur noch die rückständigsten Handwerkergruppen, die an der Form der „freien" Innung festhalten. Eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen der „freien" und der Zwangsinnungen würde die zahlenmäßige Ueberlegenheit und damit auch die Bedeutung der Zwangsinnungen überhaupt recht deutlich erkennen lassen.

Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 7. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Saargebiet sind bis jetzt zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks noch immer keine Verhandlungen eingeleitet worden. Die Regierungskommission hat alle Vermittlungsversuche abgelehnt. Die Streikkage ist unverändert. Es stehen, wie sich jetzt genauer feststellen läßt, 8300 Eisenbahnarbeiter, d. h. die gesamte Eisenbahnarbeiterschaft des Saargebiets, im Streik; an ihm beteiligen sich nicht rund 5000 Beamte, wohl aber trotz aller Einschüchterungsversuche die Beamtenanwärter.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlern; Feuilleton: R. H. Tölcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen: „Unterhaltung und Wissen" und „Frauenstimme".

N. ISRAEL
GROSSER WEIHNACHTS VERKAUF
BERLIN C2 · SPANDAUER STRASSE – KÖNIG STRASSE · GEGRÜNDET 1815

DAMENWÄSCHE
Taghemd m. Stickerei-Einsatz oder -Ansatz 1.90
Nachthemd mit Stickerei oder rumpfgestickt 3.90
Hemdhose mit Stickerei-Ansatz 2.75

HERRENWÄSCHE
Oberhemd gestreift Zephir, m. gefütt. Faltenbr. u. Klappmanch. 4.90
Oberhemd weiß, mit Pikee-Falteneinsatz und Manschetten 6.90
Nachthemd m. farb. Besatz, Geishaform u. mit Krag., lang geschnitt. 3.50

TRIKOTAGEN
Damenstrümpfe Seidenflor, farbig, oder Herrensocken Baumwolle mit K'seide, gemustert 1.25
Prinzeßröcke od. Hemdhosen für Damen, k'seid. Trikot 2.75
Kragenschoner K'seide, kleine Karos 1.65

TISCH- UND HAUSWÄSCHE
Tischtuch gebleicht Jacquard 130/225 5.95 133/160 4.25
Servietten passend, 55/55 0.65
Kaffeedecke bunt durchgewebt, 110/110 1.45
Stubenhandtuch halbleinen Gerstenkorn m. Jacquard-Kante, 48/100 0.95
Küchenhandtuch weiß Gerstenkorn, 48/100 0.60
Frottier-Laken farbig, Jacquard-Gewebe, 140–150 cm 8.25

BETTWÄSCHE
Deckbettbezug starkfädig. Linon, 130/200 6.75
Kissenbezug starkfädig. Linon, 80/80 1.95
Laken Damast, 146/225 5.25

IM NEUEN LICHTHOF
Satin-Grenadine reine Seide, schwarz u. farbig, ca. 100 7.80
Crêpe-Georgette, modern bestickte Bordüren, ca. 100 cm 11.80
Japonseide für Lampenschirme und Dekorationen, 90 cm 3.60
Crêpe de Chine reine Seide, schwarz, weiß und viele Farben, ca. 100 cm 4.75
Charmeuse eleg. hochglänz. Gewebe, K'seide m. B'mwolle, 90 cm 6.90
Köper-Velvet schwarz u. moderne Farben, ca. 70 cm 4.80

KLEIDERSTOFFE
Wollmusselin aparte Druckmuster 1.75
Eolienne Wolle mit Seide, ca. 100 cm 3.85
Schattenrips vorzügl. Kammgarn-Qualität, reine Wolle, großes Farbensortiment, ca. 100 cm 4.25

FLANELLE
Bedr Velours gute Qualitäten, moderne Muster 0.65
Blusenflanelle ½ Wolle, moderne Streifen, dunkl. u. hellbeiger Grund 1.65
Morgenrockstoff rat. Eiderflanell, buntfarb. Jacquardmuster 1.85

DAMENKLEIDUNG
Kleid k'seidener Taft, in kl. Größen in hellen Farben 9.75
Kleid Satin Riche, Kunstseide in hellen Farben 29.00
Mantel aus reinwoll. Ottomane mit Pelzbesatz 39.00

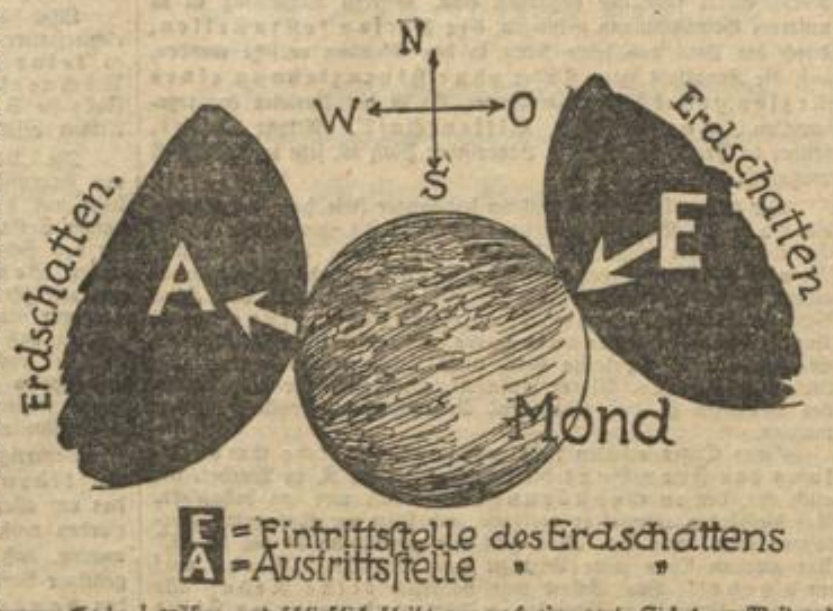
HANDSCHUHE
FÜR DAMEN
Leder-Nachahmung kunstseidenes Halbfutter 0.95
Leder-Nachahmung m. Mansch., Trik.-Halbfutt. 2.25
FÜR HERREN
Reinwolle gestrickt, einfarbig 1.90

NEUARTIGE GESCHENKARTIKEL IN DER PHANTASIE-ABTEILUNG
Besuchstasche farb. Led. m. Schlangenlederbesatz und Spiegel 3.65
Crêpe de Chine-Schal bunte moderne Druckmuster 4.25
Nachttischlampe mit Seidenschirm, Kunstguß 4.95
Bettvorleger Axminster, mit Franse, 70/140 cm 10.50
Taschentücher gewaschen je 2 Damentücher, Hohls oder 1 Herrentücher 0.95
Herren-Gamasche zum Knöpfen, grau oder mode Filztuch 3.90
Beutel aus farbig. weich. Leder mit Spiegel 7.50
Ansteckblume Rose 0.95
Mopheseen zum Reinigen von Fußböden und Möbeln 2.45
Fußtasche Dingo, Ziege, Antilope, Schaffellfutt. 35/40 cm 4.90 40/55 cm 6.25
Herrenhut aus Haarfilz, in modern. Farben 5.90
Krawatte in vielen modernen Farben 0.90

SONNTAG, DEN 11. UND 18. DEZEMBER, IST DAS KAUFHAUS VON 2–6 UHR GEÖFFNET

Totale Mondfinsternis am 8. Dezember.

Am 8. Dezember können wir eine totale Mondfinsternis beobachten, die, wie in ganz Deutschland, auch in Berlin recht gut sichtbar sein wird. Das ist ja der Unterschied zwischen einer Mond- und einer Sonnenfinsternis, daß die der Sonne nur in wenig Gebieten der Erde und auch da nicht zu gleicher Zeit beobachtet werden kann, weil ja nicht die Sonne selbst verfinstert ist, sondern der Schatten des zwischen Sonne und Erde getretenen Mondes über einzelne Teile der Erde hinstreicht. Es wird erzählt, daß der große athenische Feldherr und Staatsmann Perikles einst, als bei Eintritt einer Sonnenfinsternis viele seiner Soldaten von Angst ergriffen wurden, einem besonders furchtsamen seinen Mantel über den Kopf warf, ihm so andeutend, daß er eine Sonnenfinsternis sich zu jeder Zeit selbst verursachen könne. Bei einer Mondfinsternis dagegen bedeckt der Erdschatten die Mondscheibe, es handelt sich hier also um eine wirkliche Verfinsterung des Mondes, die daher auf der ganzen Erdhälfte, die den Mond zu dieser Zeit zu Gesicht bekommt, gleichzeitig wahrgenommen wird.



Dies ist der Grund, weshalb eine Mondfinsternis öfter eintreten scheint als eine Sonnenfinsternis, während in Wirklichkeit die letzteren die häufigeren Ereignisse sind; im allgemeinen ereignen sich 41 im Verlaufe von 19 Jahren, und nur 29 Mondfinsternisse, aber für denselben Ort auf der Erde kommt schon mindestens alle zwei Jahre eine Mondfinsternis vor, jedoch nur alle fünf bis sechs Jahre eine Sonnenfinsternis, eine totale gar nur alle 150 bis 200 Jahre. Eine Mondverfinsterung kann nur dann eintreten, wenn von der Erde aus gesehen Sonne und Mond sich gerade gegenüberstehen, die Erde sich zwischen beiden Weltkörpern befindet, also die vollbeleuchtete Mondscheibe zu sehen ist, mithin Vollmond herrscht, während eine Sonnenfinsternis nur bei Neumond eintreten kann, wenn also Sonne und Mond von der Erde aus gesehen sich auf derselben Seite befinden, die beleuchtete Mondscheibe von der Erde abgekehrt, die im Schatten liegende ihr zugekehrt ist.

Am 8. Dezember herrscht Vollmond, am 24. Neumond, und in der Tat tritt an diesem Tage auch eine Sonnenfinsternis ein, jedoch nur eine partielle (teilweise), die übrigens bei uns nicht sichtbar sein wird, sondern nur in den südlichen Teilen der Weltmeere und im südlichen Eismeer beobachtet werden kann. Dagegen ist die Mondfinsternis, die am 8. Dezember beim Vollmond eintritt, eine totale und, wie schon anfangs gesagt, in ihrem ganzen Verlaufe bei uns zu verfolgen. Die nächste Gelegenheit dazu werden wir erst wieder in 3½ Jahren, am 2. April 1931 haben. **Genau um 8 Minuten vor 17 Uhr, nachdem der Mond schon über eine Stunde lang aufgegangen ist, wird sich am 8. Dezember am östlichen Rand, ein wenig nach Norden zu, der Erdschatten in die Mondscheibe einschieben,** auf ihr eine kleine zuerst kaum wahrnehmbare Einkerbung bildend, sie wird aber bald größer und größer, und schließlich bleibt nur noch eine zarte Sichel am Westrand der Scheibe übrig. Nach Verlauf einer Stunde, genau um 5½ Minuten vor 18 Uhr ist auch diese verschwunden, die Finsternis ist total geworden, und über eine Stunde lang, genau eine Stunde und 20 Minuten, bleibt der Mond nun völlig in Dunkelheit gehüllt. Er ist aber doch wahrzunehmen. Nur sehr selten entschwindet er dem Blick vollständig, so soll er bei einigen Finsternissen im 17. Jahrhundert (9. Dezember 1601, 15. Juni 1620, 25. April 1642) vollständig dem Auge entschwunden sein. Für gewöhnlich zeigt sich die verfinsterte Scheibe von einem mehr oder weniger intensiven roten Schimmer umgeben. Die Strahlen der Sonne, welche die Erdatmosphäre durchdringen, werden hier in den Erdschatten hineingebrochen und färben ihn dabei rosig, denn bei der Brechung tritt auch eine Zerlegung des Lichtes in Farben ein, und die blauen Farbtöne werden von der Luft absorbiert (verschluckt), so daß die Luft rötlich gefärbt erscheint wie beim Morgen- und Abendrot. Die Intensität der Röte und des rosigen Schimmers um die verdunkelte Mondscheibe hängt von der mehr oder minder großen Reinheit der Luft ab.

Um 19 Uhr 15 Minuten ist die Totalität der Finsternis beendet, der rosige Schimmer verschwindet, am Ostrand wird das erste Mondlicht wieder sichtbar, das sich schnell zu einer zarten Sichel erweitert. Sie wird größer und größer, und nach einer Stunde, um 20 Uhr 18 Minuten verläßt der letzte Teil des Schattens am Westrand die Mondscheibe; der Vollmond lächelt wieder auf uns herab, und nichts erinnert mehr an das Ereignis, das in früheren Jahrhunderten die Menschen so oft in Angst und Schrecken versetzt hat.

Wegen einer Waschwanne.

Vom Unfug der Meineidsprozesse.

Der Wäschereibesitzer Blumenstein hatte mit dem Hotelpächter Töricht im Jahre 1922 einen Teilhabervertrag geschlossen. Wie es öfter der Fall zu sein pflegt, entstanden zwischen den beiden Teilhabern Streitigkeiten, die selbstverständlich vor dem Zivilgericht ausgetragen werden mußten. Und wie es schon bei solchen Gelegenheiten der Fall ist, wurde ein Eid geleistet, von dem später behauptet wurde, daß er ein Meineid sei.

Das Kernstück dieses Meineidsprozesses war eine Waschwanne. Diese Waschwanne forderte der Kläger Blumenstein, der für den Hotelbesitzer Töricht zu der Zeit, als zwischen beiden Parteien noch Frieden herrschte, Wäsche zu waschen hatte, von letzterem zurück. Nur unter der Bedingung der Rückgabe der Wanne wollte er den Töricht zukommenden Betrag für 100 Briketts zahlen. Nun behauptete aber Töricht, daß er die Wanne überhaupt nicht entliehen habe, sondern daß Blumenstein in ihr Wäsche, die er für das Hotel gewaschen hatte, zurückgeschafft habe. Er habe selbst die Weisung gegeben, sie mit Wasser zu füllen und sie auf dem Hof stehen zu lassen. Die Wanne sei hinterher in den Keller gestellt worden, und von dort habe sie der ausziehende Hauseigentümer Feilgenfeld mitgenommen. Um dieser Badewanne willen sollte nun der Portier des Herrn Töricht, namens Plumpe, einen Meineid geleistet haben. Er beging nämlich die Unvorsichtigkeit, am 7. März 1923, also vor 4½ Jahren, die Bekundungen seines Brotgebers Töricht vor dem Zivilgericht vollinhaltlich unter seinem Eide zu bestätigen. Da Herr Blumenstein den Prozeß verloren hatte, so hatte Plumpe selbstverständlich einen Meineid geschworen. Und nun kam der alten Badewanne wegen, die unterdessen bereits in Stücke gegangen war, der ganze Justizapparat in Bewegung. Ja, nicht allein gegen Plumpe, sondern auch gegen Töricht nebst Frau Gemahlin — gegen die letzteren beiden wegen Anstiftung zum Meineid — wurde das Verfahren eingeleitet. Allerdings konnte das Ehepaar Töricht noch von Glück sprechen; es gelang ihm, seine Unschuld noch vor der Eröffnung der Hauptverhandlung nachzuweisen.

Plumpe aber erschien gestern vor dem Landgericht I und hatte sich wegen Meineids zu verantworten. Der Zeuge Töricht beschwor seine Aussagen und wurde nicht vereidigt. Blumenstein beschwor seine Aussagen und wurde vereidigt. Der ganze Prozeß drehte sich um die Waschwanne: ob der Zeuge so wie so von einer Waschwanne etwas wisse; ob er sie gesehen habe; wo er sie gesehen habe; wann und bei wem er sie gesehen habe; in welchem Zustand sie gewesen sei. Blumenstein behauptete, Plumpe selbst habe auf seinen Auftrag hin die Waschwanne zu Töricht gebracht. Plumpe bestritt das. Und das Gericht? Das Gericht verurteilte Plumpe zu einem Jahr Zuchthaus. — Es schenkte nicht dem Verteidiger Dr. Lewek Gehör, der die Unparteilichkeit der Belastungszeugen anzweifelte und sich auf die unzulängliche Art berief, in der die Eide vor dem Zivilgericht Berlin-Mitte abgenommen werden. Das Gericht sagte sich, der Meineid ist erwiesen. Plumpe hat ihn geleistet, weil Töricht, sein Arbeitgeber, ihn dazu veranlaßt hat; dafür spricht der juristisch ausgeklügelte Text seiner Aussagen. So habe das Gericht zur einer Verurteilung kommen müssen. Ein Jahr Zuchthaus war aber die Mindeststrafe. — Plumpe wurde aber auf freiem Fuß gelassen. — Es kann noch lange dauern, bis das neue Strafgesetzbuch das Licht der Welt erblickt. Es sollte bei Meineiden, die, wie auch in diesem Falle, wegen geringfügiger Dinge geleistet wurden, mildernde Umstände bewilligt werden können.

Die „Einschachtelung" Berlins.

Der Ankauf des Gutes Lichtenberg-Biesdorf.

Die eben im Haushaltsausschuß der Stadt Berlin abgeschlossenen Verhandlungen über den Ankauf des Gutes Biesdorf im Bereich des Bezirks Lichtenberg zeigen wie in einem Brennspiegel die Nöte Berlins im Zeichen der Schachtschen Anleihesperre. Der Bezirk braucht das Terrain dringend für die in allernächster Zeit zu errichtenden Bauten, der Ankauf ist auch zu relativ günstigen Bedingungen noch möglich, obgleich sich bereits jetzt die Spekulation in die Verhandlungen eingeschoben hat. Vor zwei Jahren hätte die Stadt noch um Hunderttausende billiger kaufen können — in weiteren zwei Jahren würden wieder Hunderttausende verloren gehen. Vor zwei Jahren hatte die Stadt kein Geld — und heute?

Wieder kein Geld! „Luxusausgaben!" sagt Herr Dr. Schacht. Jeder weiß, daß die Stadt das Gut einmal kaufen muß, einmal kaufen wird, daß jedes Jahr des Abwartens die Stadt, die Allgemeinheit Hunderttausende kostet, daß Privatspekulanten sich unterdessen auf Rechnung der Allgemeinheit bereichern. Aber das flüssige Geld der Stadt wird für dringende laufende Ausgaben gebraucht, Schnellbahnbauten können nicht unterbrochen, Wohlfahrtsausgaben nicht eingestellt werden. Die anderthalb Millionen, die der Verkäufer für das Gut Biesdorf als bare Anzahlung verlangt, würden die Aufnahme eines kurzfristigen Kredits notwendig machen — das kann nicht verantwortet werden. In dieser Notlage hat die sozialdemokratische Fraktion im Haushaltsausschuß beantragt, dem Ankauf von Biesdorf grundsätzlich zuzustimmen unter der Bedingung, daß der Verkäufer zwei Jahre lang keine baren Kaufsummen beansprucht. So weit ist es also glücklich dank der „Schachtpolitik" gekommen! Aber es blieb kein anderer Ausweg. Die unentwegten Katastrophenpolitiker von rechts, die ihre parteipolitische Agitation auf dem Rücken des Reichsbankpräsidenten treiben möchten, plädierten freilich für Ablehnung des Ankaufs überhaupt. Was kümmert sie der Osten Berlins! Was kümmert sie ein Millionenverlust der Stadt! Sie treiben ihre Parteipolitik, unbekümmert um die Interessen der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung.

Wie wir soeben erfahren, ist der Verkäufer des Gutes Biesdorf erfreulicherweise unter Berücksichtigung der Notlage der Stadt auf die immerhin ungewöhnliche Bedingung des sozialdemokra-

---

58]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Der Hauptmann hob die Hand und lächelte spöttisch.

„Nun gut. . . . Es wird dir nichts geschehen . . . wenn du die Wahrheit sagen wirst . . . komm her und erzähle."

„Was soll ich Ihnen erzählen, wenn ich nichts weiß . . . und was wollt Ihr von mir? . . . Wie, schämt Ihr euch nicht. . . . Ihr seid doch jung . . ."

Der Hauptmann lehnte sich zurück und zwinkerte vielsagend mit den Augen.

Beide Offiziere packten sie unter den Achseln und schleppten sie ins andere Zimmer. Sie warfen sie auf den Boden, entblößten sie in schamlosester Weise und vergewaltigten sie.

. . . Bis zur Mitternacht lag sie mit nackten Beinen und Brüsten halbtot im Keller. Wie man sie hingeworfen hatte, so war sie liegen geblieben. Fimka kam zu ihr gekrochen, stöhnte wortlos, stieß mit ihrem Kopf an Daschas Brust und kroch wieder weg. Zweimal schien es ihr, als sehe sie Njurka: sie kommt mit den Füßchen angestampft und tanzt einen wilden Hopak.*) Und Dascha streckte ihr die Hände entgegen und schrie vor Angst und Widerwillen.

„Laß das, laß das, Njurotschka! . . . Laß das! . . ."

Sie kroch zu ihr, wie Fimka, und bat verzweifelt um etwas, ohne zu wissen, worum. Und dann, bis zu den letzten Stunden, dachte sie nicht mehr an Njurka und sah sie nicht: als ob Njurka nicht leben würde, als ob Njurka ein erloschenes Bild eines Traumes war.

Nach Mitternacht, sie erinnerte sich wie im Schlaf daran — brachte das Dröhnen eines Lastautos sie zur Besinnung. Sie sah auf dem Holzboden, und mit ihr saßen und lagen noch andere. Sie erkannte sofort: Fimka, deren Brüderchen Petro und der schnurrbärtige Jefim. Und rund um sie standen Offiziere und Kosaken, die Gewehre in der Hand. Alle schwiegen und wurden herumgeschleudert wie Leichen.

Und nur eines blieb grell in ihrer Erinnerung — bunte Funken der Sterne, und die Sterne waren ganz nah, zum Greifen nah.

Und es war keine Angst in ihr. Sie wußte — jetzt kommt der Tod: das Automobil wird stehen bleiben, man wird sie aus dem hölzernen Kasten hinauswerfen, sie an das Meeresufer führen — und sie wird nicht mehr sein. Sie wußte es, und ihr Herz war kein Herz — sondern ein Eisklumpen. Und es war kein Grauen in ihr. Es war nur eine unerträgliche Kälte in ihrem Herzen. Und es war so ruhig, so einfach in ihrer Seele, als ob es nicht Wirklichkeit wäre, sondern ein gewohnter Traum, arm an Ereignissen, an dem man nicht glaubt, wenn man ihn träumt, und von dem man weiß, daß die Bilder bald erlöschen werden. Und Njurka war bald ganz vergessen, als ob sie nie dagewesen wäre — bald flog sie wie eine Welle durch sie, mit ausgestreckten Händchen und kurzem Aufschrei — Ei! Und diese Welle erschütterte sie wie der Schlag der Nagaika im Keller. Und wieder verschwand Njurka, war vergessen, wie ein längst erloschener Traum.

Die neben ihr liegenden Genossen, der schnurrbärtige Jefim (er wurde in das Auto wie ein Leichnam hineingeschmissen) und Fimka und Petro wurden wie Leichen hin und her geschleudert. Und niemand tat ihr leid, sie fühlte nur ihr Herz — und das Herz war ein nichtschmelzender Eisklumpen.

Und als das Lastauto stehen blieb, war Dascha wie tot, als ob sie zugleich mit dem Motor aufgehört hätte zu leben. Man riß sie auf die Erde hinunter — sie blieb stehen und stand genau so regungslos, wie sie gelegen hatte. Auch Fimka stand neben ihr, zitterte wie im Schüttelfrost, packte sie am Kleid und preßte sich an sie, wie ein Kind. Petro stampfte wie ein Tölpel auf einer Stelle herum, entstellt durch die Prügel, drehte er seinen Schädel (sein Gesicht war schwarz von Blut), heulte, hustete und spuckte unaufhörlich. Und nur eines flüsterte jemand rasch und streng in Fimkas Ohr, und es schien ihr, als ob nicht sie, sondern ein anderer flüsterte: „Schweig und schweig . . . schweig und schweig . . . blind, stumm . . . schweig. . . ."

Es schien ihr: eine große Menschenmenge stürze sich auf sie und werfe sie zur Seite.

Das waren vier Kosaken, die Fimka und Petro mit den Gewehren stießen.

Sie trippelten schweigend, ergeben, ohne sich umzusehen. Und nur, als sie sich etwas entfernt hatten, schrie Fimka und schlug wie ein Vogel um sich. Riß sich zurück und winkte mit den Händen.

„Dascha — meine liebste Dascha! . . . Was machen sie mit mir, Dascha! . . ."

Man stieß sie und schrie sie ohrenbetäubend an. Sie kreischte auf, schlug um sich und fiel auf den Sand. Man riß sie an den Händen und hob sie wieder auf. Schweigend gingen sie noch einige Schritte. Sie blieb stehen und rief besorgt:

„Dascha . . . was habe ich gemacht? . . . Ich habe mein Tuch auf dem Auto vergessen. . . ."

Und wiederum ertönte wieherndes Geschrei und wiederum wurde sie nach vorne gestoßen.

Und dort, vorne, auf dem sandigen Ufer, das ins Meer im dunklen Glühen hineinschmolz, dort, wo das Meer glanzlos wie ein singender, schwarzer Acker in die Finsternis hineinwuchs — sah Dascha nur trübe Schatten, und diese Schatten schienen wie trunken auf einer Stelle zu tanzen.

Und wieder ertönte der kreischende Schrei Fimkas: „Ich will nicht, ich will nicht! . . . Mit meinen eigenen Augen will ich meinen jungen Tod sehen. . . ."

Und bis zum ersten Schuß hörte sie nicht zu schreien auf: „Geht weg, geht weg! . . . Ich will! . . . Mit meinen Augen will ich . . ."

Und als die Schüsse ertönten, schien es Dascha, als ob das Meer mit Fimkas Schreien sang und schrie.

Ein Schatten kam ganz nah an Dascha heran.

„Zum letzten Male: sag, wer arbeitet zusammen mit den Grünen? Ich gebe dir mein Wort, dich sofort nach Hause zu lassen. Oder sonst — du siehst — wirst du sofort dort sein."

Und wie früher antwortete Dascha, wie ein kleines, dummes Mädchen: „Ich bin doch eine Frau, wie kann ich wissen, wer ein Grüner ist und wer nicht. Ich habe eine Tochter Njurotschka und ich arbeite . . . ich muß mich doch ernähren."

Und fing zu weinen an. Sie weinte wirklich, aber nicht sie weinte, sondern ihr kleines Töchterchen, es schlug wie ein Vögelchen in ihrem Herzen um sich.

„Gut . . . schafft diesen Gänserich dort weg. Schleppt ihn an Händen und Beinen dorthin, zu den anderen."

Man schleppte den schnurrbärtigen Jefim, und Dascha hörte nur einen Schuß.

Und wieder trat ein Offizier nahe an sie heran.

„Ich gebe dir eine halbe Minute Zeit. . . ."

„Was kann ich ihnen sagen? . . . Schießen Sie, schießen Sie nur!"

Und sie fühlte, es wird noch ein Augenblick vergehen, und sie wird auf den Sand fallen wie Fimka und um sich schlagen — das Herz schmolz und zersprang — und sie wird laut in die Welt hineinschreien.

Und plötzlich fiel sie um und stieß mit dem Kopf an ein Eisen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Kleinrussischer Tanz.

tischen Antrags eingegangen. Die Schachtpolitik hat damit ein Novum auf dem Gebiete des Grundstückskaufes zuwege gebracht: eine Stadt mit einem Milliardenetat kauft ein 5-Millionengrundstück ohne Geld bis zum 1. Januar 1930! Herr Dr. Schacht wird seine Freude haben.

Wir aber dürfen hoffen, daß es der Stadt Berlin wie den deutschen Kommunen überhaupt nach dem Tage der Abrechnung mit der Bürgerblockpolitik möglich sein wird, wieder eine vernünftigere, von dem Interesse der Allgemeinheit diktierte Finanz- und Grundstückspolitik zu treiben. Allzu scharf macht schartig, Herr Reichsbankpräsident!

U-Bahn Kottbusser Tor Ende Januar.

Verzögerung der Bauarbeiten durch den Frost.

Die Bauleitung der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln, die bisher nur auf den drei Stationen Boddinstraße, Hermannplatz, Schönleinstraße in Betrieb ist, hoffte bekanntlich, die im Bau befindliche Strecke bis Kottbusser Tor am 20. Dezember eröffnen zu können. Infolge des in den letzten Wochen eingetretenen Frostes haben die Betonierungsarbeiten aber nicht in gleichem Tempo wie bisher durchgeführt werden können, so daß die Eröffnung dieser Strecke, durch die der Anschluß an die Hochbahn Gleisdreieck—Warschauer Brücke und darüber hinaus nach dem Westen erreicht wird, erst Ende Januar stattfinden wird. Dadurch verzögert sich auch die Inbetriebnahme der nächsten Teilstrecke bis Moritzplatz, die nach den bisherigen Dispositionen bereits im Februar zu erwarten war. Dieser Teil der G-N-Bahn wird voraussichtlich erst im März nächsten Jahres fertig werden.

Die neuen Bahneingänge am Zoo.

Seit Monaten wird in der Hardenbergstraße an dem neuen Ausgang des Untergrundbahnhofs Zoologischer Garten gebaut, der in unmittelbarer Nähe der Gedächtniskirche angelegt wird, weil die dort befindlichen großen Lichtspieltheater und Geschäfte bisher fast völlig vom Untergrundbahnverkehr abgeschnitten waren, weil sich der einzige Zugang zum Untergrundbahnhof fast direkt unter der Stadtbahnunterführung befindet. Die Arbeiten dort gestalten sich langwierig, da ein unterirdischer Tunnel von beträchtlicher Länge gebaut werden muß. Auch die Bauzäune, die zum Teil mitten im Bürgersteig errichtet sind, machen sich als Verkehrshindernis sehr unangenehm bemerkbar. Wie wir hören, ist jedoch mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme dieses neuen Ausganges erst im April nächsten Jahres zu rechnen. Auch der Untergrundbahnhof Knie erhält nach der Musikhochschule zu in der Hardenbergstraße einen neuen Zugang, der ebenfalls erst im Mai nächsten Jahres fertiggestellt sein wird.

Rundfunk im Waisenhaus.

Dem Rummelsburger Waisenhaus der Stadt Berlin ist eine sehr schätzenswerte Bereicherung seiner Unterhaltungs- und Belehrungsmittel zuteil geworden. Der funktechnische Experimentierklub Lichtenberg, der eine Reihe fleißiger Radiobastler zu seinen Mitgliedern zählt, hat der Anstalt einen selbstgebauten großen Radioapparat geschenkt. Am Sonntag wurde der Apparat in der Turnhalle, die dem Waisenhaus als Raum für Festlichkeiten dienen muß, feierlich eingeweiht. Die Kinder saßen erwartungsvoll vor der zur Turnhalle gehörenden kleinen Schauspielbühne, auf der sie den neuen Apparat aufgebaut sahen. Erzieher und Erzieherinnen, an ihrer Spitze Direktor Seyer, nahmen an der Feier teil. Das der Anstalt sehr willkommene Geschenk wurde von dem Vorsitzenden des Klubs mit freundlichen Wünschen übergeben. Dem Waisenhaus diese Freude bereiten zu können, ist den Radiobastlern selber eine herzliche Freude gewesen. Direktor Seyer, der im Namen des Waisenhauses herzlich dankte, wies darauf hin, wie in neuerer Zeit das Waisenhaus die frühere Abgeschlossenheit mehr und mehr abgestreift hat. Die Kinder haben auf dem ausgedehnten Anstaltsgelände alles beisammen, die gemütlichen Wohnungen, in denen sie zu „Familien" von je 20 Köpfen vereinigt sind, ihre eigene Schule nach dem Gemeindeschullehrplan Berlins, eigene Spielplätze. Aber mit Absicht werden die Anstaltskinder, damit sie auch die Welt draußen kennenlernen und sie verstehen, oft hinausgeführt, sogar in gemeinschaftlichen Sommerreisen. Der Rundfunk hat für das Waisenhaus wie für so viele andere Anstalten eine neue Beziehung zur Außenwelt geschaffen. Die Feier endete mit einer ersten Probe des Apparates, einer gut gelungenen Konzertübertragung, die den Beifall der Zuhörer fand.

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der kriegsbeschädigten Beamten, Beamtenscheininhaber und Angestellten, die im „Palais des Zentrum" auf Veranlassung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten stattfand, befaßte sich in einem Referat des zweiten Vorsitzenden Pfändner mit der Besoldungsneuordnung. Es kam zum Ausdruck, daß die schwerkriegsbeschädigten Beamten, Beamtenscheininhaber und Angestellten eine Erfüllung ihrer besonderen Wünsche, soweit sie sich in ihrem Dienstverhältnis in der Frage der Einberufung usw. aus der Kriegsdienstbeschädigung ergeben, von der Reichsregierung und vom Reichstage erwarten. In einer Entschließung wurde insbesondere die Anrechnung der gesamten Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter aller Kriegsbeschädigten, die Anrechnung der Angestelltendienstzeit, die vor der planmäßigen Anstellung im öffentlichen Dienst zurückgelegt worden ist, die Sicherung der bisherigen Gehaltsbezüge bei Uebernahme eines Versorgungsanwärters aus dem Angestellten- in das Beamtenverhältnis, dauernde Gewährung des vollen Wohnungsgeldes an ledige Schwerbeschädigte gefordert. Außerdem wurden Prüfungserleichterungen, die in der Beschädigung begründet seien, umgehende Uebernahme der Angestellten in Dauerstellen in das Beamtenverhältnis und Gewährung einer Abfindung von 3000 Mark an alle Beamtenscheininhaber, die ihn nicht verwerten können, verlangt.

Kein Wiederaufnahmeverfahren Spanier.

Der Wiederaufnahmeantrag der Frau Spanier, die vom Schwurgericht des Landgerichts II Anfang 1923 wegen Beteiligung an der Ermordung des Teppichhändlers Reißer zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist durch Beschluß des Landgerichts II abgewiesen worden. Frau Spanier, die immer ihre Schuld bestritten hatte, und auf Grund eines Indizienbeweises verurteilt worden war, wollte während ihres Aufenthalts im Zuchthaus Sagan von einer Mitgefangenen erfahren haben, daß eine „blonde Erna", eine Frau Erna Bornemann, sich durch Gespräche verraten habe, daß sie die Frau gewesen sei, die die beiden Mörder bei dem vorgeblichen Teppicheinkauf bei Reißer begleitet habe. Die Beweisaufnahme hat diese Behauptungen der Frau Spanier nicht bestätigt. Frau Spanier hat ihre Strafe noch nicht voll verbüßt, da sie wegen Hauftunfähigkeit infolge ihres Lungenleidens wieder aus dem Zuchthaus entlassen worden ist.

Im Rahmen eines Unterhaltungsabends der 45./46. Lebensgemeinschaftsschule Neukölln lief im Städtischen Lichtspielhaus Neukölln der Film: Freizeit ist Not, der bereits hier besprochen worden ist. Der Regierungs-Bezirksjugendpfleger Maximilian Riedzielski-Potsdam hat ihn hergestellt. Dieser Regisseur und Operateur in einer Person hat es verstanden, in packender lebendiger Form zu zeigen, wie die deutsche Jugend sich die Freizeit gestaltet, die sie in den Landheimen und Jugendherbergen verlebt. Der Film hat in gleicher Weise für die Schulen wie auch für die Jugendpflege, insbesondere für die Elternabende eine stark anschauliche, werbende Kraft.

Der Kurpfuscher von Werder festgestellt.

Die widerlegten Dementis.

Gestern morgen hat man von Potsdam aus unter Benutzung des offiziösen Wolffschen Telegraphenbureaus ein Dementi in die Welt geschickt, nach dem die beiden an Diphtherie gestorbenen Kinder des Steuersekretärs Fritz Paul in Werder nicht durch Kurpfuscherei zugrunde gegangen sind. Gestern nachmittag ist es unserem Gewährsmann gelungen, die Person festzustellen, durch die Paul und seine Frau in den Glauben versetzt wurden, daß die Krankheit ihrer Kinder ohne Hinzuziehung eines Arztes geheilt werden könne: Es ist der Vorleser der sogenannten „Christlichen Wissenschaft", Arthur Lißzt, früher in Berlin-Schöneberg, Bayerischer Platz 10, jetzt in Karlshorst wohnhaft.

Die Aerzte in Werder wußten seit langer Zeit, daß dort irgendein Laie sich Krankenbehandlung anmaßte, die ihm nicht zukam. Es war weiter allgemein bekannt, daß gerade Frau Charlotte Paul, die Mutter der verstorbenen Kinder, Anhängerin irgendeiner geheimnisvollen Lehre war. Jetzt ist festgestellt, daß Frau Paul bei Lißzt in sogenannter „Fernbehandlung" stand. Auch der Schwiegervater des Steuersekretärs Paul, ein Strommeister a. D., sollte durch diese Lehre gesund werden. Er litt an Diabetes. Als er einen Arzt aufsuchte, war der Zustand des Patienten so, daß **Ober- und Unterschenkel amputiert** werden mußten.

Eines Tages erschien Lißzt auf ausdrückliche Empfehlung der Frau Paul bei dem Postsekretär K. in Werder, um auch ihn, der an Gehstörungen erkrankt war, zu behandeln. Auf die Frage, wieviel er verlange, gab Lißzt zur Antwort: „Verlangen kann ich nichts. **Man gibt mir gewöhnlich 10 bis 20 M.**" Am zweiten Tage sagte Lißzt zu dem Sekretär: „Stehe auf und gehe!" Von Gehen war natürlich keine Rede! Als der grobe Unfug dem Beamten zu bunt wurde, wies er Lißzt die Tür und begab sich in die Behandlung eines Berliner Arztes. Als Frau Paul jetzt bei der Diphtherieerkrankung von ihren Bekannten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ihr Sohn ja schon ersticke, gab sie zur Antwort: „Ich mache meine Kinder allein gesund."

Lißzt schreibt außerdem Briefe nach Werder, die unserem Berichterstatter gestern vorgelegt worden sind. Darin heißt es u. a., daß es keine Krankheit gibt. Weiterhin steht L. mit einer Wöchnerin, die in diesem Monat niederkommt, in Verbindung. Falls sie Schmerzen bei der Geburt empfinden sollte, sei Arthur Lißzt umgehend telephonisch zu benachrichtigen.

Die „Christliche Wissenschaft" (Christian Science") ist aus England 1903 nach Deutschland importiert worden und steht auf derselben mittelalterlichen Kulturstufe wie die Weißenberger Sekte, über die wir uns gestern morgen ausführlich äußerten. In den Schriften der „Christian Science" liest man folgende grotesken „Beweisführungen": „Der liebe Gott ist unser Vater, und wir Menschen sind seine Kinder. Der liebe Gott ist vollkommen, und wir als seine Kinder sind auch vollkommen. Wenn wir also meinen, daß wir eine Krankheit haben, so sind wir im Irrtum, denn Gott hat auch keine Krankheit. Wenn wir also fest daran glauben, daß wir Gottes vollkommene Kinder sind und deshalb keine Krankheit haben können — ist die Krankheit weg!" Einen tolleren Widersinn vermag ein vernünftiger Mensch sich kaum auszumalen!

Derartigen Narreteien wird man natürlich nur durch ständige Aufklärung, namentlich auch des heranwachsenden Geschlechtes, das vor allem von törichtem, überkommenem Aberglauben bewahrt werden muß, begegnen können. Darüber hinaus aber ist es notwendig, daß solchen Pfuschern, mögen sie nun dolos oder aus geistiger Verbohrtheit heraus handeln, seitens der Gesundheitspolizei das Handwerk gelegt wird!

Der Ueberfall auf den „Klausner."

Verständnisvolle Richter.

Das Gericht verurteilte wegen des Raubüberfalls auf den „Klausner" den Angeklagten Peter Sch. zu ein Jahr vier Monaten Gefängnis, seinen Bruder Willi wegen Beihilfe und schweren Diebstahls zu sechs Monaten und zur gleichen Strafe wegen derselben Delikte auch den Alfred H. Die Entscheidung über eine Bewährungsfrist wurde zurückgestellt, der Haftbefehl gegen die beiden ersten Angeklagten aufgehoben. Alfred H. befand sich auf freiem Fuße. Sowohl der Staatsanwalt als die Verurteilten verzichteten auf Berufung.

*

Das große Aufsehen, das die Tat der Angeklagten verursacht hat, und die Gerichtssensation, die der Prozeß bedeutete, stehen im Widerspruch zu dem milden Urteil, das das Gericht fällte. Das Urteil findet aber sowohl in der Persönlichkeit der Angeklagten wie auch in den Einzelheiten der Tat seine Begründung. Die Brüder Sch. hatten früh ihre Mutter verloren und mußten früh ihr Brot selbst verdienen. Arbeitslosigkeit brachte sie auf Abwege. Bei einem Diebstahl erbeuteten sie Geld und auch einen Revolver. Das Geld war bald ausgegeben, der Revolver reizte die Jungen zu neuen Taten. Dabei kamen sie auf den Gedanken, im „Klausner", in dem Willi früher gearbeitet hatte, einzubrechen, und Peter führte ihn mit ungewöhnlicher Kaltblütigkeit aus. Die Fürsorgerin des Jugendamtes konnte nichts nachteiliges über die jungen Leute berichten. Der Staatsanwalt fand für ihre Jugend und für ihren Leichtsinn trotz der Gefährlichkeit der Tat Verständnis. Die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Fuchs und Dr. Themal hatten es unter solchen Umständen nicht schwer, auf auf ein mildes Urteil zu plädieren. Das Gericht glaubte aber in diesem Falle im höheren Maße der Persönlichkeit der Angeklagten als ihrer Tat Rechnung tragen zu müssen. Die Mutter des H., die im Gerichtssaal anwesend war, erklärte, daß für ihren Jungen bereits eine Stellung in der Nähe von Plauen bereitstehe. Die Brüder Sch. sollen zu ihrem Onkel, in der Nähe von Köln. So wollte es scheinen, als sei für die jungen Leute gesorgt und als bedeuteten sie für die Oeffentlichkeit keine Gefahr mehr. Was bei dieser eindeutigen Lage der Dinge noch ein graphologischer Sachverständiger im Gerichtssaal sollte, schien nicht ganz verständlich. Die Graphologie, als einen Teil der angewandten Psychologie in allen Ehren, doch soll man sie zur richtigen Zeit und an der richtigen Stelle verwenden.

Gegen unvernünftige Arbeitsrationalisierung!

Erst in neuerer Zeit ist man dazu gekommen, neben der rationellen Oekonomie von Sachen und Organisationen auch Menschenökonomie zu treiben. Ueber diesen Problemkreis sprach vor kurzem Prof. Briefs von der Technischen Hochschule im Rahmen der Vortragsreihe der Industrie- und Handelskammer. Zur Erklärung des Begriffs „Arbeit" gehört ihre Zweckmäßigkeit. Dem Unternehmer erscheint die Arbeit als ein Kostenfaktor, der so weit als möglich herabgedrückt werden muß. Deshalb ist reibungslose, maximale Arbeitsleistung das unternehmerische und technische Arbeitsideal, das seine Grenzen in physiologischen und psychologischen Bedingtheiten der menschlichen Arbeit findet, sowie in der sozialen Einstellung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die dem Kostendruck den Lohndruck entgegenstellt. Mit rationellen Mitteln sucht man diesen Kostenfaktor, „menschliche Arbeit", zu formen. Arbeitsphysiologie und -psychologie aller Störungen, die innerhalb und außerhalb der Arbeit liegen. Leider hat Briefs recht, wenn er feststellt, daß die Hoffnungen, die Erkenntnisse der arbeitsphysiologischen Forschungen könnten sozialpolitisch vor allem in der Gestaltung der Länge des Arbeitstages sich auswirken, Hoffnungen geblieben sind, wie er auch der Psychotechnik gegenüber, die zu theoretisch sei, starken Zweifel an den Tag legte. Im Kampfe um die „Seele des Arbeiters", reichen diese Methoden nicht aus. Bestimmt gewinnt man sie nicht „durch kurzsichtige und brutale Betriebsrationalisierung", die Briefs entschieden betonte und an einem typischen Falle brandmarkte. Das Problem der Arbeitsfreude — Grundlage aller Arbeitsrationalisierung — ist keine rein wirtschaftliche Frage, sondern eine sozialpolitisch-weltanschauliche.

„Sie sind ja tot!"

Die Doppelehe des Totgesagten.

Unter der Anklage der Bigamie hatte sich der Versicherungsinspektor Albert vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte sich zum zweiten Male verheiratet, ohne daß die erste Ehe geschieden worden war. Im Gegenteil, seine Ehescheidungsklage war kurz vor einer zweiten Eheschließung in allen Instanzen bis zum Reichsgericht abgewiesen worden.

Der Angeklagte hatte im Jahre 1914 in seiner ostpreußischen Garnison ein Mädchen getroffen, das nachts vom Bahnhof mit dem Koffer in der Hand kam und ein Unterkommen suchte. Er hatte sie für diese Nacht in seine Wohnung mitgenommen. Dieses Beisammensein hatte Folgen. Als A. im Felde war, bekam er die Aufforderung, die Vaterschaft anzuerkennen. Unter dem Druck der Verhältnisse ging er 1917 eine Kriegstrauung ein. Das ganze Eheglück dauerte mit Unterbrechungen nur vier Wochen. Dann bekam A. Zweifel, ob er wirklich der Vater sei und betrieb ohne Erfolg die Ehescheidung. Der Prozeß zog sich vier Jahre hin. A. war in der Zwischenzeit einmal wegen eines Zusammenbruchs von seinem Truppenteil entlassen worden. Als er sich im Jahre 1921 bei der Polizei neue Papiere ausstellen lassen wollte, bekam er dort den Bescheid: „Sie sind ja tot." Auf dem Standesamt bekam er dieselbe Antwort. Er mußte sich nun neue Ausweispapiere beschaffen. Als der Polizeibeamte dabei fragte, die Personalien seien wohl die alten, sagte A. kurzerhand „Ja". Auf diese Weise kam in die neuen Ausweispapiere der Vermerk „ledig". Um Frau und Kind hatte A. sich seit vier Jahren nicht gekümmert. Als „Neugeborener" glaubte A., sich über die gesetzlichen Vorschriften einfach hinwegsetzen zu dürfen. Er heiratete nochmals. Auf die Strafanzeige seiner rechtmäßigen Frau, die ihre Versorgungsansprüche vergeblich geltend gemacht hatte, wurde A. nunmehr angeklagt und erhielt wegen Doppelehe 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht hat sein Vergehen auch als so schwer aufgefaßt, daß es ihm die Bewährungsfrist versagte.

Dachstuhlbrand in Südende.

In einer Mansardenwohnung des Hauses Parkstraße 9 in Südende entstand gestern gegen 19 Uhr aus noch unbekannter Ursache Feuer, das sehr schnell um sich griff. Als die Wehren von Tempelhof, Marienfelde und Südende an der Brandstelle eintrafen, waren die Flammen bereits auf den Dachstuhl übergesprungen. Durch starkes Wassergeben aus mehreren Schlauchleitungen gelang es, den Brand nach etwa einstündiger Tätigkeit zu lokalisieren. Eine starke Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten außerordentlich. Unter Zurücklassung einer Brandwache konnten die Wehren gegen 20 Uhr wieder abrücken.

Selbstmord einer 17jährigen Hausangestellten.

In der Wohnung ihres Arbeitgebers im Hause Liezenburger Straße 11 in Charlottenburg wurde heute früh gegen 8 Uhr die 17jährige Hausangestellte Therese Ausgruber durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt der nächsten Rettungsstelle konnte nur noch den Tod feststellen. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt ist noch unbekannt.

Der Zirkus der 100 Löwen ist auf seiner Rundreise durch Berlin seit einigen Tagen in der Köpenicker Straße gelandet. Kapitän Alfred Schneider, der selbst die größte Löwengruppe der Welt vorführt, versteht es zudem, als echter Zirkusmensch, sich für sein Programm erstklassige Artisten zu engagieren. So führt jetzt der Meister der Freiheitsdressur Angelo, einst selbst Besitzer eines weltberühmten Zirkus, Freiheitspferde vor. Unerwähnt darf auch die Leo-Tard-Truppe nicht bleiben, eine ganz famose Luftnummer, die Tollkühnheit mit Groteske verbindet. Krinke und Barlow arbeiten sehr gute Clown-Entrees heraus, während die Reifenroll-Jongleure, zwei Wilano, ihre Darbietung auch in recht ansprechender Form bringen. Aus der großen Anzahl der Nummern sei dann noch Billy Jenkins hervorgehoben, der die Berufsarbeit des Cowboy als große Manegenummer aufzieht und überdies noch Kunstschütze ist.

Funkwinkel.

Adele Schreiber, die ihre Vortragsreihe „Bahnbrechende Frauen" wieder aufgenommen hat, sprach über Olympe de Gouges, die in der Geschichte der französischen Revolution eine wesentliche Rolle spielte. Daß diese Frau ihr wechselvolles Leben, das sie immerhin eine beachtenswerte Rolle in der Gesellschaft spielen ließ, in die Bahnen der französischen Revolution lenkte, ist weniger verwunderlich, als die bewußte Form, in der sie es tat. Die Forderung des gleichen Rechtes auch für die Frau wurde von ihr in leidenschaftlichster, scharfsinniger Weise begründet und verfochten. Sie war nicht Mitläuferin einer Idee, sondern sie war einer ihrer Träger. Weil sie das Recht vor die Gewalt stellt, weil sie sich zum Sinn der Revolution, nicht zu einer Gruppe zufälliger Machthaber bekannte, mußte sie auf der Guillotine sterben. — „Hinter die Kulissen der Reklame", und zwar der modernsten Reklame, führte Fritz Schröder in einem Vortrag, leider in sehr unmoderner, sehr langweiliger Form, die von dem Wesen moderner Reklametechnik im Grunde nur wenig spiegelte. — Michael v. Sadoras glänzende Klaviertechnik, besonders aber auch sein prachtvoll sauberer, ausgeglichener Anschlag, machten seinen Vortrag von Beethovenschen und Lißztschen Virtuosenstücken zu einem hohen Genuß. Cornelie Bronsgeest sang Balladen von Karl Löwe, von Seidler-Winkler zurückhaltend und doch mit entzückender musikalischer Lebendigkeit begleitet. Bronsgeest war bei diesen wirkungsvollen, volkstümlichen Melodien ganz in seinem Element.

Tes.

Die gestohlenen Sauerstofflaschen.

Zum Bankraubversuch am Savignyplatz.

Zu dem mißlungenen Anschlag auf den Banktresor am Savignyplatz erfahren wir, daß es der Kriminalpolizei gelungen ist, die Herkunft der 6 Sauerstofflaschen zu ermitteln. Die Verbrecher haben sie in der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember aus einer Spezialfabrik in der Marstr. 17 zu Schöneberg gestohlen. Hier wird jeden Abend der Bestand in den Lagerräumen aufgenommen und mit Kreide auf eine Tafel notiert. Morgens wird dann der Vorrat mit der Notiz verglichen. Am 30. November waren von den kleineren Flaschen, wie die Verbrecher am Savignyplatz sie benutzt haben, 10 Stück vorhanden und verzeichnet. Am anderen Morgen waren nur noch 4 notiert. Der Lagerverwalter, der seinen Kollegen vom Tage vorher abgelöst hatte, zählte den Bestand durch und fand, der Notiz entsprechend, nur vier kleinere Flaschen. So schien alles in Ordnung zu sein. Erst später kam ans Licht, daß Einbrecher mit Nachschlüsseln geöffnet, 6 Flaschen weggeschafft, die ursprüngliche Kreidenotiz gelöscht und durch eine neue ersetzt hatten. Die Knacker müssen diese 6 Flaschen mit einem Auto oder sonst einem Wagen weggeschafft und drei Tage lang verborgen gehalten haben. Vielleicht hat jemand den Transport nach dem Versteck oder von dort nach dem Savignyplatz beobachtet und kann so auf die Spur der Verbrecher führen. Wer irgendwie zur Aufklärung beitragen kann, wird unter Hinweis auf die Belohnung von 2000 Mark gebeten, sich an Kriminalkommissar Bünger, Dienststelle B. 6 im Polizeipräsidium zu wenden.

Eine Jugendbühne für den Bezirk Friedrichshain.

Das Bezirksamt Friedrichshain hat jetzt beschlossen, eine Jugendbühne einzurichten und für diese Zwecke 10 000 M. bewilligt, um durch Veranstaltung von Theatervorstellungen „auf die Jugendlichen nachhaltig einwirken und ihnen eine von Schmutz und Schund freie Jugendkultur vermitteln zu können".

Zu der Winterwanderung in das Riesengebirge, die das Reisebureau des Touristenvereins „Die Naturfreunde" an den Weihnachtstagen bzw. bis Neujahr veranstaltet, können sich noch einige Teilnehmer melden. Das Reisebureau, Berlin N., Johannisstraße 15, ist jeden Dienstag und Freitag von 18 bis 20 Uhr geöffnet. Auskunft und Anmeldung daselbst.

Ein schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Wie aus Oviedo in Spanien gemeldet wird, fand ein Zusammenstoß zwischen einem Güter- und einem Personenzug an der Grenze der Provinz Asturien statt. Bis jetzt wurden zwei Tote und zahlreiche Verletzte unter den Trümmern geborgen. Man befürchtet, daß noch weitere Tote unter dem Zuge begraben sind.

London, 7. Dezember.

Bei der Station Peterborough-Nord in Mittelengland fuhr heute vormittag während dichten Nebels ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Der Gepäckwagen des Personenzuges wurde schwer beschädigt, der anschließende Personenwagen in zwei Teile geschnitten. Ein Reisender wurde schwer verletzt. Aus verschiedenen anderen Bezirken werden Störungen im Eisenbahnverkehr wegen starken Nebels gemeldet, doch sind größere Unglücksfälle nirgends zu verzeichnen.

Kinder als Eltern.

Eine 13 Jahre alte, die Schule besuchende Häuslerstochter in Blowitz unterhielt seit längerer Zeit mit einem 16jährigen Lehrling ein Liebesverhältnis. Nun kam die Mutter des Mädchens darauf, daß ihr Kind bereits schwanger ist. Der 16jährige Vater wurde dem Pilsener Kreisgericht gegenübergestellt.

SOZIALISTISCHE ARBEITERJUGEND GROSS-BERLIN

Auf unserer Weihnachtsausstellung

vom Sonntag, den 11. bis Freitag, den 23. Dezember 1927
im Jugendheim, Berlin SW68, Lindenstraße 3, II. Hof 3 Tr.

besorgt jeder seine Weihnachtseinkäufe

Aluminium- und Wanderartikel. / Schöngeistige und wissenschaftliche Literatur. / Bilderbücher und Spiele. Modernes Antiquariat. / Musikinstrumente

zu den niedrigsten Preisen

Geöffnet: Werktags 16–20 Uhr, Sonntags 10–20 Uhr

muß jeder gewesen sein

Gleiwitz—Kattowitz.

Ein Kampf auf Aetherwellen!

Im schlesischen Grenzgebiet ist ein Kampf auf Aetherwellen entstanden. Seit längerer Zeit arbeitete dort auf deutschem Gebiet der Sender in Gleiwitz, der natürlich auch in Polen gut zu hören ist. Nun hat aber Polen den Sender in Kattowitz mit verhältnismäßig starker Sendeenergie in Betrieb genommen. Und seitdem sind dort unten unerträgliche Funkverhältnisse entstanden. Die Störungen des Gleiwitzer Senders durch den neuen Kattowitzer Sender sind nun von zwei Funksachverständigen des Reichspostministeriums in Oberschlesien an Ort und Stelle untersucht worden, dabei wurde festgestellt, daß in Beuthen und Hindenburg ein Empfang des Gleiwitzer Senders bei gleichzeitigen Sendungen des Kattowitzer Senders fast unmöglich ist, während in Ratibor der Gleiwitzer und Kattowitzer Sender nebeneinander tönen. Da sich die Störungen vorläufig nur durch eine Drosselung der Kattowitzer Senderenergie erreichen lassen, wird das Reichspostministerium mit Polen in Verhandlungen treten. Die Reichsfunkvereinigung hat sich bereits an den Internationalen Telegraphenverein in Bern gewandt, dem sowohl Deutschland wie Polen als Mitglieder angehören, um im Interesse einer Funkverständigung auf Polen einwirken zu lassen.

400 Fischerboote im Eis. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben in Astrachan aufgestiegene Flugzeuge festgestellt, daß im Asowschen Meer, das 17 Kilometer weit zugefroren ist, über 400 Fischerboote eingefroren sind. Hunger und Verzweiflung herrschen unter den Bootsbemannungen.

Keine 24-Stunden-Zählung bei den sächsischen Behörden. Das Gesamtministerium hat beschlossen, von der Einführung der Vierundzwanzigstundenzählung bei den sächsischen Behörden bis auf weiteres Abstand zu nehmen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Der Kreis Berlin-Osten veranstaltet am Sonntag, 11. Dezember, im Bezirk des Ortsvereins Berlin-Mitte einen Werbeumzug. Alle übrigen Berliner Ortsvereine werden gebeten, sich hieran möglichst zahlreich zu beteiligen. Antreten 13 Uhr Arkonaplatz. Irgendwelche Kosten entstehen nicht. — **Donnerstag, 8. Dezember. Tiergarten**, Kameradschaft Stephan: 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Bodgasch, Lübecker Straße 5. Bericht von der Gaugeneralversammlung. **Weißensee:** 19 Uhr Vorstandssitzung, 20 Uhr Kameradschaftssitzung im „Grünen Baum", Spielmannszug mit Instrumenten. **Treptower Berg:** Versammlungen um 20 Uhr: Kameradschaft Falke bei Zeuge, Miläkstr. 5; Kameradschaft Balkan bei Vogel, Schönfließer Straße 8. — **Freitag, 9. Dezember. Friedrichshain, Kameradschaft Vorwärts:** 19½ Uhr Versammlung bei Schmidt, Kopernikusstr. 20. „Zur kleinen Hütte". Wichtige Tagesordnung. **Kreuzberg**, Abt. 10: Versammlung um 20 Uhr bei Mendler, Diefenbachstr. 34. **Köpenick:** 19—20 Uhr Uebung des Schutzsports (Sportabt.) Turnhalle 1, Gemeindeschule, Müggelheimer Straße. **Rauldorf:** Versammlung bei Hübner, Bahnhofstraße. **Tegel:** 20 Uhr Versammlung im „Alten Krug", Hauptstraße. **Oranienburg:** 20 Uhr Vollversammlung im Schützenhaus. **Berlin-Mitte:** 20 Uhr Versammlung sämtlicher Radfahrer bei Granich, Brunnenstr. 1. — **Ortsgruppe Eichwalde:** In einer öffentlichen Versammlung spricht am Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, im Restaurant Romanus-Quelle, am Bahnhof Eichwalde, Ministerialdirektor Dr. Falk über das Thema „Der Weg zum deutschen Einheitsstaat."

Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, sprechen im Restaurant Wahlhalla, Belle-Alliance-Str. 89, Amtsgerichtsrat Morawitz: „Reisebericht aus der früheren Provinz Posen" und H. v. Gerlach: „Deutsch-polnische Beziehungen." Freie Aussprache. Zutritt für jedermann.

Deutsche graphologische Studiengesellschaft. Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, Vortragssaal des Lyceums Beßmann, Genthinerstr. 38, Sitzung. 1. Dr. Wittlich: „Der Rhythmus in der Handschrift." 2. Aussprache und Fragenbeantwortung. Gäste Eintritt frei.

Ortsverein Berlin im Verband Volksgesundheit. Donnerstag, 8. Dezember, 19½ Uhr, Afflandstr. 9—11, Vortrag mit Diskussion: „Frauenkrankheiten." — **Jugendgruppe Osten:** Freitag, 9. Dezember, 19½ Uhr, Gohlerstr. 61, Diskussionsabend über „Sinn des Lebens." — **Jugendgruppe Süden:** Freitag, 9. Dezember, 19½ Uhr, Neukölln, Schierkestr. 14, Diskussionsabend über „Die Kunst als Lebensnotwendigkeit." Gäste zu allen Veranstaltungen willkommen.

Arbeiter-Turnerbund, Bezirk Norden. Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, Weltliche Schule, Wiesen-, Ecke Pankstraße, Zimmer 11, Vortrag: „Die soziale und pazifistische Bedeutung Foleggers."

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Treptow. Zeichensaal Gemeindeschule Bildhauerstr. 33. Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr: „Aus der Arbeit des Oskar-Helene-Heimes." Freitag, 16. Dezember, 20 Uhr: „Jugendliche Ideale und Berufserfüllung."

Deutscher Esperanto-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 9. Dezember, 20 Uhr, Konditorei Fabrin, Hackescher Markt. Uebungsabend. Gäste willkommen.

Vereinigung ehemaliger Patienten des Genesungsheims AOK. Berlin in Ober-Schreiberhau an Berlin. Zusammenkunft Sonnabend, 10. Dezember, 20½ Uhr, im Restaurant Hülle, Berlin N., Sprengelstr. 19.

Verein für die Geschichte Berlins. Sonnabend, 10. Dezember, 20 Uhr, Vortragsabend im Bürgersaal des Rathauses, Königstraße. Stadtarchivdirektor Dr. Ernst Kaeber spricht über „Aus sieben Jahrhunderten", „Handel und Gewerbe Berlins bis zur Gründung des Deutschen Reiches." Gäste willkommen. Eintritt frei.

Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege, e. V. Sitzung Dienstag, 13. Dezember, 20 Uhr, im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstr. 24. „Demonstration zur Hygiene der Kleidung." „Zur Frage der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit Nervenkranker." Gäste willkommen.

B. M. W., Nürnberg. Die bekannte Neuschöpfung auf dem Gebiete der Margarineherstellung, die unter dem Namen „frische Welle" schnell populär geworden ist, lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Nürnberger Werke, die unter ihrer Firma „B. M. W." dieses Qualitätserzeugnis in Deutschland vertreiben. Der neue Name der Firma lautet: Vereinigte Margarine-Werke, vorm. Sch. Lang u. Söhne, vorm. Gold u. Wohl, Nürnberg. Unter diesem Namen sind die Werke, die seit mehr als einem halben Jahrhundert beste bayerische Ware liefern, vielen Hausfrauen schon aus Vorkriegszeiten wohlvertraut. Die Abkürzung B. M. W. aber wird eine willkommene Gedächtnishilfe sein, wenn man beim Einkauf von Margarine sicher sein will, eine wirklich bewährte Marke zu erhalten. Nachahmungen weise man zurück.

Jetzt können Sie noch in Ruhe kaufen
Jetzt werden Sie noch in der gewohnt sachlichen Art beraten
Jetzt finden Sie noch die größte Auswahl!

Grünfeld

Bettbezüge aus mittelfeinem, dichtem weichen Wäschestoff, 1 Oberbettbezug 130 × 200 cm, 2 Kissenbezüge 80 × 80 cm, mit Knopfschluß Satz M. **15.50**

Bettlaken aus mittelstarkem, dichten Wäschestoff, Größe 160 × 240 cm, Stück M. **7.–**

Berlin W 8, Leipziger Strasse 20–22

Preissteigerung für Zigarettentabak

Monatelang ist in den Tabakzentren des Orients kein Tropfen Regen gefallen. Die Ernte ist sehr gering. Ein Anziehen der Tabakpreise wird unausbleiblich sein. Aller Voraussicht nach wird auch ein Mangel an gewissen Sorten eintreten, die für das Aroma einer guten Zigarette von besonderer Bedeutung sind. Wir haben jedoch rechtzeitig vorgesorgt und uns auf lange Zeit hinaus eingedeckt. Unsere von allen Qualitätsrauchern gepriesenen Mischungen erleiden keine Veränderung.

GREILING-AUSLESE zu 5 Pf.

diese ideale Zigarette aller Anspruchsvollen, wird auch weiterhin an Güte unübertroffen bleiben

Praktische Kleider	2.50
Popelin-Kleider	4.75
Servier-Kleider	4.75
Samt-Kleider	5.75
Taft-Kleider	6.75
Rips-Kleider	9.75
Cr. de Chine-Kleider	10.50
Strick-Kleider	11.50
Veloutine-Kleider	19.75
Gesellschafts-Kleider z. T. Crêpe-Georgette, Crêpe de Chine, Taft u. Samt	22.50

29.00

Dieses elegante Wollkleid besitzt eine hoch-sparte Modeform mit vorderer Plisseebahn und mod. seitlichen Tüten. Es ist ein guter Papillon-Ripsstoff verarbeitet. Das Kleid, das Sie in vielen herrlichen Farben bekommen können, ist durch eine zartfarbige Crêpe-de-Chine-Uebergarnitur mit gestickter Spachtelspitze verziert

C&A
BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bhf.

Königstraße 33
Am Bhf. Alexanderplatz

Nachdruck verboten!

Am Sonntag, den 11. Dezember, von 2–6 Uhr geöffnet!

Meiner Kundschaft nur das Beste!

Feinster herber Apfelwein, zur Bowle	Ltr. 0.50
Feinster süßer Apfelwein, ca. 13%	Ltr. 0.75
Feinster süßer Dessert-Obstwein, ca. 14%	Ltr. 0.95
Feinster süßer Johannisbeerwein, ca. 13%	Ltr. 1.05
Prima Erdbeer- und Kirschwein, süß	Ltr. 1.45
Echter Tarragona, süß	Ltr. 1.35
Echter griech. Dessertwein, süß	Ltr. 1.40
Echter feiner Malaga, süß	Ltr. 1.60
Prima Wermuthwein	Ltr. 1.85
Echter Samoto- und Insel-Samos	Ltr. 1.90
Echter Douro-Portwein, süß	Ltr. 2.00
Echter Pepsinwein, für Kranke	½ Ltr. 1.30

Liköre·Weinbrand·Jamaika-Rum·Punsche

Feinster Tafel-Aquavit	Ltr. 2.95
Feinster Weinbrand Verschnitt *** Stern	Ltr. 3.20
Feinster echter Weinbrand *** Stern	Ltr. 4.20
Alle Sorten Edel-Liköre bis 38%	Ltr. 4.45
Jamaika-Rum Verschnitt, 38%	Ltr. 3.95
Jamaika-Rum Verschnitt, 45%	Ltr. 4.45
Jamaika-Rum Verschnitt, 55% (Teerum)	Ltr. 5.20
Feinste Punsche 32%	Ltr. 4.45

Weißweine, beste Qualitäten, pro Flasche ohne Glas von **1.15** an

Rot- und Bordeaux-Weine, pro Flasche ohne Glas von **0.95** an

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland.
Verkauf direkt vom Faß. Kostproben kostenlos!

Eduard Süsskind

Likörfabrik und Weingroßhandlung

Hauptgeschäft: Brunnenstrasse 42.

Berlin, Müllerstr. 144 | Steglitz, Schloßstr. 121
Berlin, Chausseestr. 76 | Spandau, Potsdamer Str. 23
Berlin, Potsdamer Str. 80 | Pankow, Wollankstr. 50
Berlin, Koppenstr. 67 | Neukölln, Berliner Str. 13
Berlin, Grünauer Str. 15 | Moabit, Wilsnacker Str. 76
Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Ecke Feurigstraße.
Charlbg., Wilmersdorf, Str. 157 | Oschw., Wilhelminenhofst. 40

Krakau, Flaschen usw. werden geliehen!

Herr Maier dacht' wie viele Leute:
Ich kauf ein Los — 's ist eine Pleite!
Ne Pleite?... ja, mein Sohn, von wegen —
Ein Losgewinn bracht' reichen Segen!!

Auch dir winkt das Glück — kauf' ein
Los der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie!

Auch bei alten Gallensteinen

Leberkrankheit, Gallenblasenentzündg., Gelbsucht, Herz-, Darm-, Magen-Erkrankungen, Krämpfe, Appetitlosigkeit, Blasensteine, Blasenkatarrhe, Blasenblähungen, Nierensteine, Nierenentzünd., Stauung, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus, Skrofulose, Drüsen-Erkrankg., Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, zur Blutreinig., bei Kopfschmerz, Schwindel, Schlaflosigk., Abgeschlagenheit, zur Körperentsäuerung.

Stern-Engel-Tee, gibt frei erst. Harnausscheidungs- und Ausscheidungsmittel. Auf die der Krankheit entsprechende Mischung wird aufmerksam gemacht. Ärztlich erprobt und empfohlen. Nur in Apotheken erhältlich, wo nicht, dann durch unsere Versandapotheke. Beweismaterial durch „Stern-Engel-Tee"-Großvertrieb, Bad Schandau (Elbe), gratis.

FRANZ RAMANN FABRIK FÜR MODERNE BELEUCHTUNG
BERLIN O.17 WARSCHAUERSTR. 41-42 · INDUSTRIE-PALÄSTE
FERNSPRECHER: KÖNIGSTADT 3643

10% Weihnachts-Rabatt bis 15. Dezember!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Feilenhauer

Karl Buchwalter

am 4. Dezember gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 9. Dezember, 19 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Unerwartet verschied am Sonnabend, dem 3. Dezember, infolge Herzschlages unser lieber Kollege und langjähriger treuer Mitarbeiter

Friedrich Tietz

Wir werden ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Angestellten der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Verkehrsbundes

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 9. Dezember, vorm. 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Danksagung

Für die herzliche Teilnahme anläßlich der Einäscherung meines lieben Mannes und Vaters

Karl Siewert

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere der Deutschen Bauhütte, dem Reichsbanner und der Partei, unseren aufrichtigen Dank.

Berlin O 112, Weberstr. 36.
Ww. Martha Siewert und Tochter.

L. JUERGENS
ALEXANDER PLATZ

Eisu-Metall-Betten,
Kinderbetten, Stahlmatr., günst. an Priv. Kat. 2049 fr. Eisenmöbelfab. Suhl (Thür.)

Verkäufe

Achtung! Nähmaschinen ohne Anzahlung, 3 Mark Wochenrate. Postkarte erbeten. Oranstein, Lutherstraße 30.

Werkzeuge für Rohrleger, Bauanschläger. Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstraße 17.

Werkzeuge für Elektrotechniker, Installateure. Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstraße 17.

Werkzeuge für Fliesenleger, Ofensetzer. Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstraße 17.

Laubsägeartikel, Werkzeugkästen, Werkzeugschränke. Paul Friedrich, Charlottenburg 2, Leibnizstraße 17.

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenrate. Wlofk, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118

Puppenwagen, Sportwagen, Kinderbetten, Klappsportwagen, spottbillige Gelegenheitskäufe ab Fabriklager, Teilzahlung ohne Aufschlag. Besuch lohnt. Schönhauser Allee 9 (Bahnhof Schönhauser Allee).

Teppiche mit Farbfehlern, 2×3, 24.—, Farbfehler, 2½×3½, 39.—, Farbfehler, 2½×3½, 48.—, Farbfehler, 3×4, 55.—, Farbfehler, 3×4, 69.—, Farbfehler, 3×4, 85.—, Körner, Potsdamerstraße Nr. 26a.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2. Beste Adresse-Platz. Keine Lombardware.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Jackettanzüge, Grunewaldstraße 72.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Armbanduhren.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Herrenpaletots, Grunewaldstraße 72.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbilliger Wäscheverkauf.

Weltbekanntes Leihhaus, spottbillige Festgeschenke, Grunewaldstraße 72.

Bettenverkauf! Neue! 9.75! 15.—, 19.50! Prachtvolle 27.50! Bauernbetten 32.—! Daunige 37.50! Kinderbetten 6.75! Bettwäsche! Inlets! spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Möbel

Patentmatratzen, „Primitiva"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Büfetts, Anrichten, Bücherschränke, Schreibtische, runde Tische, Standuhren, Anlegeschränke aller Größen, Sofas, Ruhebetten, Kulante Zahlungsweise. Besichtigung erbeten. Möbel-Boebel, Moritzplatz, Fabrikgebäude.

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen, Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft, Schönhauser Allee 5, Schönhausertor.

Zweiundfünfzig Anrichteküchen, Besenschränke, Abwaschtische. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Möbel-Rosenberg, Oderbaumstraße 1, an der Oderbaumbrücke, Äußerst preiswerte Weihnachtsangebote in Schlafzimmern, Speisezimmern, Küchen, Anlegeschränken, Eiche, Nußbaum, Bettstellen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbeln. Große Auswahl. Zahlungserleichterung ohne Preisaufschlag.

Totalausverkauf. Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufen wir Speisezimmer, 3 Meter breit, komplett 1150 Mark; Herrenzimmer, 3 Meter breit, komplett 625 Mark; Schlafzimmer, 1,30 Meter breit, 750 Mark, auch Einzelmöbel zu Spottpreisen. Möbelhaus Oppen, 30 Andreasstraße 30.

Musikinstrumente

Steinbergpianos. Verkauf nur Hauptfabrik, Frankfurter Allee 12.

Steinbergpianos, günstige Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Steinbergpianos, viele Anerkennungen, langjährige Fabrikgarantie.

Steinbergpianos, ausgezeichnete Qualität, bequemste Zahlweise. Neue 900.— an.

Linkpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 95.

30.— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Rollendorfplatz 7 (Piano-Adam).

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle. Langjähriger Garantieschein, kleine Ratenzahlung. Herz, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Verkaufe Piano, gebraucht, 180.—, Pianohaus, Alt-Moabit 86c.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christianat, Köpenickerstr. 39 (nahe Adalbertstraße).

Unterricht

Privatzirkel, Einzelunterricht, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchführung, Bücherrevisor Aulich, Sendelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Auskunft, vertrauensvolle, Hebamme Witwe Heidesheim, Wilowstraße 62.

Sonnabend und Sonntag, auch Silvester noch Säle für Vereine frei. Gesellschaftshaus, Inhaber Ewert, Fruchtstraße 56a.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Für die Heilstätten Beelitz werden zwei jüngere, gesunde, ledige Verwaltungsgehilfinnen bei sofortigem Dienstantritt gesucht. Bedingung: Gute Schulbildung, Schreibmaschinen- und Stenographiekenntnis. Bewerberinnen mit Lyzealbildung und praktischen Erfahrungen im Bureaudienst werden bevorzugt. Vergütung erfolgt nach Gruppe 4, Ortsklasse C der Besoldungsordnung. Wohnung und Verpflegung werden unter Abzug des üblichen Betrages gewährt. Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind zu richten an die Betriebsverwaltung der Heilstätten Beelitz.

Schützt die Arbeitskraft!

Sozialpolitische Vorlagen im Reichstag!

Im Reichstag erfolgte gestern zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Krankenversicherung der Seeleute.

Abg. **Schumann**-Frankfurt (Soz.) erstattete den Ausschußbericht. Durch das neue Gesetz werden die Seeleute den anderen Arbeitnehmern gleichgestellt. Der Entwurf weist neue Wege, indem die Krankenversicherung der Seeleute nicht den allgemeinen Ortskrankenkassen eingegliedert, sondern in seemännischen Krankenkassen zusammengefaßt wird, indem eine organische Verbindung mit der seemännischen Invaliden- und Unfallversicherung geschaffen wird. Die Fürsorge für die erkrankten Seeleute wird im Auftrag von den Orts- bzw. Landkrankenkassen übernommen. In der Einzelberatung erfolgte in einer Reihe von wesentlichen Punkten die Abänderung des Regierungsentwurfs durch den Ausschuß. Bezüglich des Einflusses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgte die Verständigung auf der Grundlage, daß die Reedervertreter zwei Fünftel und die Versicherungsvertreter drei Fünftel der Stimmen haben. Damit ist der Grundsatz auch bei der Krankenversicherung durchgeführt, der sich schon bei der Knappschaftsversicherung durchgesetzt hat, wenn auch nicht hier die gleichen Konsequenzen wie beim Knappschaftsgesetz gezogen wurden. Hier bleiben die übrigen Versicherungszweige wie sie sind. Infolge dieser Regelung tragen jetzt auch die versicherungspflichtigen Seeleute drei Fünftel und ihre Reeder zwei Fünftel. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, Kapitäne von der Versicherungspflicht auszunehmen, der im Ausschuß abgelehnt wurde, ist im Plenum wieder eingebracht worden. Die Unterstützung für Angehörige erkrankter oder verletzter Seeleute ist von einem Viertel auf ein Drittel heraufgesetzt worden. Von besonderer Bedeutung ist noch die Uebergangsregel, wonach bei der Beschlußfassung über die Satzung der Seekrankenkasse ein weiterer Vertreter der versicherten seemännischen Arbeiter hinzutritt.

Abg. **Hoch** (Soz.):

Die Ortskrankenkassen haben nach dem neuen Gesetz den erkrankten Seeleuten und ihren Angehörigen auch ohne Auftrag Krankenhilfe zu gewähren. Es ist aber bedauerlich, daß die Seeleute nicht den allgemeinen Ortskrankenkassen zugewiesen werden, sondern eine neue Berufskrankenkasse gegründet werden soll. Insofern sind die Ausschußbeschlüsse nicht in allem befriedigend. Durch die Bildung neuer Berufskrankenkassen schädigt man das Streben der Arbeiterschaft nach einer allgemein gleichen Krankenversicherung. Der Entwurf führte etwas ganz Neues in unsere Krankenversicherung ein, indem jetzt die Seekrankenkasse in allen Fällen alle ihre Mitglieder an die Ortskrankenkasse überweisen soll. Leider ist unser Antrag, daß die Seekrankenkasse nur mit Zustimmung der Beteiligten Verträge über die Leistungen der Krankenhilfe durch die Ortskrankenkasse schließen kann, abgelehnt worden. Uns kommt es darauf an, daß die Seekrankenkasse sich ihren Aufgaben gemäß aufbauen kann. Gerade in diesem Gesetz ist die denkbar höchste Vertrauenskundgebung für die Ortskrankenkasse zu erblicken, denn sonst könnte man den Ortskrankenkassen nicht die Ausführung der Krankenfürsorge übertragen. Infolge der Einflüsse der Rechtsparteien sind unsere Anträge leider nicht in vollem Umfange durchgesetzt worden. Wie sie sozialpolitische Gesetzgebungen schaffen wollen und wie sie die Sozialpolitik auffassen, das zeigten die Rechtsparteien im Ausschuß und durch die hier im Plenum wieder eingebrachten Anträge. Sie wollen, daß die Besserbezahlten, die Kapitäne und Schiffsoffiziere, von der Versicherung ausgenommen werden; für sie ist die Krankenversicherung auch heute noch eine Art Armenpflege für die Arbeiterschaft. Wir sind aber auch heute noch der Ansicht, daß die Krankenversicherungen heute mehr leisten als die Bessergestellten sich jemals leisten können. Immerhin können wir feststellen, daß im Ausschuß die sachlichen Gründe sich durchgesetzt haben. Wir haben auch das Vertrauen, daß der künftige Reichstag, bei einer anderen Zusammensetzung, eine Fortführung der Sozialpolitik in anderem Geiste und zum größeren Vorteil der Arbeiter ermöglicht. Dann werden die Herren der Rechten nicht mehr die Weiterführung der sozialpolitischen Gesetzgebung zum Schaden der Arbeiter verhindern können. Weil wir aber auch in diesem Gesetz den Boden für Fortschritte erblicken, auf dem eine bessere Gesetzgebung erfolgreich durchgeführt werden kann, deshalb stimmen wir auch für diese Vorlage. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Haedenkamp** (Dnat.) kritisiert die Ausschußänderung als wenig erfreulich. Die Deutschnationalen sind für die Festlegung einer oberen Versicherungsgrenze bei 3600 M.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.) begrüßt besonders an dem Gesetz die Förderung des Gedankens der Berufskrankenkassen.

Abg. Frau **Teusch** (Z.) lehnt erneut für das Zentrum die Forderung der Befreiung der höher bezahlten Offiziere von der Unfallversicherung der Seeleute ab. Ihre Zugehörigkeit zur Versicherung stärke das Solidaritätsgefühl in diesem Berufe und werde von den Offizieren selbst gefordert.

Abg. **Ziegler** (Dem.): Wir begrüßen das Gesetz und sind auch mit der Stärkung des Einflusses der Versicherten in der Verwaltung einverstanden.

Abg. **Neddermeyer** (Komm.) fordert die Zuweisung der Seeleute an die Ortskrankenkasse oder eine noch stärkere Vertretung der Seeleute in der Verwaltung der Seekrankenkassen.

Bei den Abstimmungen wird der deutschvolksparteiliche Antrag, **die Kapitäne von der Versicherungspflicht zu befreien**, angenommen. Die übrigen grundsätzlichen Anträge werden abgelehnt und das Gesetz mit einigen kleinen Aenderungen im allgemeinen nach der Ausschußfassung in zweiter Beratung angenommen.

Gegen die dritte Beratung erhebt der Abg. **Schulz**-Bromberg (Dnat.) unter Hinweis auf die vorgenommenen Abänderungen Einspruch.

Abkommen über internationalen Arbeiterschutz.

Es folgt die Beratung der Genfer Uebereinkommen und Vorschläge zur Unfallversicherung.

Abg. **Schwarzer** (Bay. Vp.) beantragt als Berichterstatter Ratifizierung der Genfer Uebereinkommen und Vorschläge über die Entschädigung aus Anlaß von Berufskrankheiten und über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung anläßlich von Betriebsunfällen zu beschließen. Die sozialdemokratischen Anträge betreffs Erweiterung des Kreises der Unfallversicherten sollen durch einen Beschluß auf Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs erledigt werden. Ferner verlangt der Ausschuß Prüfung über die Möglichkeit der Einbeziehung der noch nicht Versicherten ohne Schaffung neuer Versicherungsträger. Bis zur Erledigung dieser Punkte soll das Genfer Uebereinkommen über die Entschädigung von Betriebsunfällen noch nicht ratifiziert werden.

Abg. Frau **Schröder**-Schleswig-Holstein (Soz.):

Die Ratifizierung dieser Genfer Abkommen bedeutet wiederum einen Schritt vorwärts auf dem Gebiet internationaler sozialer Maßnahmen. Wir haben an die Regierung die dringende Bitte, daß die vom Ausschuß verlangten Gesetzentwürfe so rasch wie möglich vorgelegt werden, so daß wir Anfang nächsten Jahres den Gesetzentwurf noch vor diesem Reichstag erledigen lassen können. Es ist daran zu erinnern, daß bereits im Juli 1925 vom Reichsarbeitsministerium von dieser Stelle aus eine derartige Vorlage noch vor dem Herbst versprochen worden ist. Genau vor einem Jahr wurde erklärt, daß eine entsprechende Denkschrift noch im Dezember vorgelegt würde. Wir haben sie erst im Juli erhalten. Wertvolle Jahre sind verloren gegangen, in denen der Kreis der Unfallversicherten hätte erweitert werden können. Hoffen wir wirklich, daß der geforderte Gesetzentwurf noch in diesem Reichstag verabschiedet werde. Bei der Erweiterung der Unfallversicherung auf Feuerwehren, Krankenanstalten, Bühnenbetriebe und Laboratorien, die von uns gefordert wird, handelte es sich zu einem guten Teil um solche Arbeitnehmer, die im Interesse der Gesundheit und der Gesundung des deutschen Volkes tätig sind. Es ist unverantwortlich, diese berechtigten Forderungen noch länger auf Erfüllung warten zu lassen. Außer dem Krankenpflegepersonal müssen aber auch unbedingt die Wohlfahrtspfleger und -pflegerinnen einbezogen werden; hier handelt es sich um einen Personenkreis von rund 15 000 Menschen. Ein ganz unhaltbarer Zustand ist es auch, daß das Personal der Gast- und Schankwirtschaften einschließlich des gesamten Bedienungspersonals der Großbetriebe von den Unfallversicherung ausgeschlossen ist.

Wir vertreten nach wie vor unseren prinzipiellen Standpunkt, daß alle Arbeitnehmer das Recht auf Sicherung und Schutz vor Unfällen haben.

Besonders diejenigen müssen geschützt werden, die in ihrer Tätigkeit Arbeitskraft und Gesundheit zerstört bekommen, und diejenigen, die in jungen Jahren ihre Gesundheit verloren haben. Es ist besonders schlimm, wenn junge Menschen in ihrer Arbeitskraft beschränkt sind. Ein geradezu furchtbarer Zustand ist es weiterhin, daß die häufig zu schwer gefährdeten Hausangestellten keinerlei Schutz durch Unfallversicherung genießen. Wir werden weiter arbeiten wie in den letzten Jahren, um das Ziel zu erreichen, das wir für unbedingt notwendig halten, daß jeder arbeitnehmende Mensch vor den Gefahren seiner Arbeit Sicherung und genügenden Schutz erhält.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.) lehnt namens der Regierungsparteien diese Erweiterung ab. Die Ausschußbeschlüsse seien wohlüberlegt. Eine Einbeziehung des Personals der Gastwirtschaften sei ohne Schwierigkeiten nicht möglich.

Abg. **Ziegler** (Dem.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag und begrüßt die Ratifizierung des Uebereinkommens.

Abg. Frau **Arendsee** (Komm.) fordert Unfallversicherungspflicht auch für Haus- und Pflegepersonal im Privathaushalt.

Abg. **Moltath** (Wirtsch. Vgg.) bekämpft die Versicherungspflicht der Gastwirtsgehilfen.

In der Abstimmung werden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge abgelehnt und die Ausschußanträge angenommen.

Schluß der Sitzung 19¼ Uhr. Fortsetzung Freitag, 16 Uhr: Seekrankenkasse, Ruhrentschädigungen, Spiritusmonopol, Kleine Vorlagen.

Der arbeitsunfähige Steuerausschuß.

Verhandlungen mit der Sozialdemokratie.

Der in der Dienstagssitzung des Steuerausschusses des Reichstags entstandene Konflikt zwischen der Sozialdemokratie und den Regierungsparteien ist bisher noch nicht endgültig beigelegt worden. Die Sitzung des Steuerausschusses begann daher, da man mit dem Erscheinen der Sozialdemokraten rechnete, mit großer Verspätung. Sie beschäftigte sich jedoch nur mit der steuerlichen Begünstigung einiger Auslandsanleihen, trat aber nicht in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Kraftfahrzeugsteuer ein.

Außerhalb des Ausschusses bemühte sich der Reichsfinanzminister Dr. Köhler um die Beilegung des Konflikts, wobei Köhler sein Bedauern über seine Zuspitzung aussprach. Es ist anzunehmen, daß auch die Regierungsparteien inzwischen eingesehen haben, daß die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf Herbeirufung des Ministers Köhler ein taktischer Fehler war. Sie dürften daher bereit sein, bei Beginn der Freitagsitzung des Steuerausschusses eine Erklärung abzugeben, daß ihnen jede Brüskierung und Mißachtung der Opposition ferngelegen hat. Wird das geschehen, so werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses wieder an seinen Verhandlungen teilnehmen.

Abschluß der Studentendebatte.

Das Zentrum gegen die deutschnationalen Hetzer.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Landtagsdebatte über das Studentenrecht hielt Abg. **Steuer** (Dnat.) eine wilde Rede über die Korruption in der Republik, über den Fall Barmat, die Tätigkeit Scheidemanns in Kassel und Leinerts in Hannover. Wegen der wenigen technischen Versehen in der Kassenführung der Studentenschaft könne man unmöglich die ganze Organisation auflösen. Die deutsche Demokratie habe sich mit dem Kampf gegen die Studenten unsterblich lächerlich gemacht. Die deutsche Studentenschaft bejahe den Staat als Vaterland, aber sie verneine den parteipolitischen Interessenkonzern, der sich deutsche Republik nennt. (Unruhe links, lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Lauscher** (Z.): Ich werde es mir strikt versagen, dem Vorredner auf seinem Niveau zu folgen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.) Wenn der Vorredner im Anschluß an einen Zwischenruf, der an das Telegramm des Reichsinnenministers an die Studenten im Zirkus Busch erinnerte, gemeint hat, es gäbe Redner, die jede Versammlung in einen Zirkus verwandeln, hat er leider nicht daran gedacht, wie sehr das schon vorher Wirklichkeit geworden war. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wir bedauern, daß eine neue, tiefe Zerklüftung unseren Volkskörper durchzieht. Aber in der Studentenschaft ist leider der hochfliegende Idealismus der Kriegszeit, in der der Student Schulter an Schulter auch mit dem ärmsten Sohn des Volkes im Schützengraben stand, verflogen und der Trieb zur Volksgemeinschaft durch Fanatismus vergiftet worden. Die „Deutsche Studentenschaft" hat in völkischer Verstiegenheit Nation mit Rasse verwechselt und Rassenhaß geschürt.

Wir lehnen diesen Geist gerade aus großdeutscher Gesinnung ab; denn die Tür ins deutsche Haus muß für alle Oesterreicher weit offen stehen.

Abg. **Bäcker** (Dnat.): „Wir wollen nur einen deutsch-christlichen Zusammenschluß!"

Abg. **Lauscher** (Z.) Wie stellen Sie sich diese Aussonderung praktisch vor? Ich fürchte, es kommt das letzten Endes auf die „Kreuzzeitung" hinaus, **die ja schon einmal den Anschluß Oesterreichs aus parteipolitischen Gründen als unerwünscht bezeichnet hat.** (Sehr gut!) Die deutsche Republik ist das geduldigste und langmütigste Wesen, das es in der politischen Geschichte je gegeben hat; aber irgendeine Grenze muß es auch für die Provokationen der Herren Studenten geben. Die Deutschnationalen haben die Abstimmung vom 30. November beinahe so überschwenglich gefeiert wie den Kapp-Putsch. (Sehr gut! links.) Aber sie können nicht verdecken, daß der Hochschulring deutscher Art auch die Deutschnationalen für Verräter an der gemeinsamen nationalen Sache erklärt hat und setzen sich nur erneut in ein übles Zwielicht der Zweideutigkeit. In seinem unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Wochenblättchen hat übrigens der deutschnationale Abgeordnete Dr. Spahn geschrieben, das Zentrum hätte in seinem Verrat an der Studentensache nie soweit gehen können, wenn Stresemann und Pinkerneil ihm nicht sekundiert hätten. (Große Heiterkeit.) In Wahrheit hat eine parteipolitische Hetze die deutsche Studentenschaft auf einen verderblichen Weg gelockt. Von demokratischer Freiheit soll der schweigen, der die Freiheit der Minderheiten so mit Füßen tritt, wie die Studentenschaft. (Stürmischer Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. **Pinkerneil** (D. Vp.): Wir verübeln es dem Minister, daß er hier von den Unterschlagungen gesprochen hat. In allen Verbänden, auch in den Gewerkschaften kommt dergleichen vor. Man hätte nicht nur auf Oesterreich sehen sollen, sondern auch auf die auslandsdeutschen Studenten, die sich doch nur nach dem nationalen Prinzip organisieren und an die deutsche Studentenschaft anschließen können. **Wir sind weit davon entfernt, alles zu billigen, was in der Studentenschaft geschehen ist,** aber die neue Verordnung des Ministers ist eine Karikatur auf den Gedanken der Selbstverwaltung. (Bravo rechts!)

Kultusminister Dr. **Becker**:

Das politische Moment ist nach dem Zeugnis eines hervorragenden Wirtschaftsführers von dieser Seite aus absichtlich in die Studentenschaft hineingetragen worden, weil man das Anwachsen der sozialistischen Studentenbewegung fürchtete. **Für mich ist politisch entscheidend, daß die studentischen Organisationen sich nicht in amtlicher Eigenschaft politisch festlegen dürfen.**

Abg. **Kerff** (Komm.) behauptet, bestimmt zu wissen, daß unlängst eine Studentendeputation in Doorn empfangen und vom Exkaiser mit einer Ansprache ausgezeichnet worden sei: **„Das in Mechtersfeld habt ihr famos gemacht. Ueberhaupt rechne ich auf die Studenten. An Frankreich müßt ihr noch mal ran. Im letzten Krieg sind wir viel zu anständig gewesen."**

Abg. Dr. **Bohner** (Dem.) verwahrt sich entschieden dagegen, daß die preußische Regierung und ihre Anhänger irgendetwas gegen den großdeutschen Gedanken getan hätten.

Abg. Dr. **Klamm** (Wirtschaftsp.): Das geistige und wirtschaftliche Element wird in der Republik unterdrückt. Die Professoren stehen geschlossen auf seiten der Studentenschaft, soweit sie nicht Minister oder Oberpräsidenten geworden sind. Wir solidarisieren uns restlos mit der unerschrockenen Haltung der deutschen Studenten.

Kultusminister Dr. **Becker** bestreitet entschieden, daß die Professorenschaft irgendwie Stellung gegen das Ministerium genommen hätte.

Abg. Dr. **Danicke** (Völk.): Der Kultusminister hat Verrat am Auslandsdeutschtum begangen. (Ordnungsruf.) Jede Demokratie verwandelt sich schließlich in einen Despoten von fabelhafter Grausamkeit. Die deutsche Studentenschaft kämpft einen guten Kampf gegen den allwelkischen Judengeist. — Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung Montag, den 12. Dezember, 13 Uhr: Ausbau des Stettiner Hafens, zweite Lesung der Besoldungsvorlage, zweite Lesung des Antrages auf Auflösung der Gutsbezirke.

MARKE SALAMANDER
TROTZ DER LEDERTEUERUNG
SALAMANDER
QUALITÄT: HOCH PREISE: NIEDRIG

Lohnsteuerzahler sollen geprellt werden.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung zur Senkung der Lohnsteuer.

Der Entwurf der Reichsregierung über die Senkung der Lohnsteuer ist fast zwei Monate nach Einbringung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs endlich dem Reichsrat zugeleitet worden. Auf dem Rücken der arbeitenden Massen sollen die Besitzsteuern gesenkt, den Lohnsteuerzahlern soll ihr gesetzliches Recht verkümmert werden!

Was will die Rechtsblockregierung?

Bei der **Lohnsteuer** soll das bisherige steuerfreie Existenzminimum von 1200 M. jährlich nicht erhöht, sondern der Steuersatz von 10 auf 9 Proz. herabgesetzt und die Familienermäßigungen erhöht werden: für die Ehefrau und das erste Kind von je 120 auf 180 M. jährlich, für das zweite Kind von 240 auf 360 M., für das dritte von 480 auf 600 Mark, für das vierte von 720 auf 840 M. und für das fünfte und jedes folgende Kind von 960 auf 1080 M. jährlich. Daneben sollen aber die prozentualen Familienermäßigungen beibehalten werden, die stets dann anzuwenden sind, wenn sie günstiger wirken als die festen Beträge.

Bei der **veranlagten Einkommensteuer** erklärt die Regierung eine allgemeine Senkung des Tarifs zurzeit mit Rücksicht auf die Finanzlage der Länder und Gemeinden als unmöglich. Nur für die kleinen Einkommensbezieher soll der Steuersatz für die ersten 8000 M. des Einkommens von 10 auf 9½ Proz. ermäßigt werden. Die Senkung ist also nur halb so groß wie bei der Lohnsteuer. Im Anschluß daran sollen auch die Tarifsätze für die Einkommen zwischen 8000 und 12 000 M. um etwa ein Zwanzigstel gesenkt und der Steuerabzug vom Kapitalertrag von 10 auf 9½ Proz. herabgesetzt werden.

Die Ermäßigung, die die kleinen veranlagten Steuerpflichtigen auf diese Weise erhalten, steht in keinem Verhältnis zu der großen Kompliziertheit der Neuregelung. Sie hätte sich wirkungsvoller und zugleich einfacher durch eine Erhöhung der steuerfreien Beträge erreichen lassen, wie sie in dem sozialdmokratischen Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Was will das Gesetz? — Die Lex Brüning.

Weit stärker tritt dieser Geist der Unsachlichkeit des Regierungsentwurfs bei den Vorschlägen zur Senkung der Lohnsteuer hervor. Durch die sogenannte Lex Brüning von 1925, die das Aufkommen auf der Lohnsteuer auf 600 Millionen halbjährlich begrenzt, ist die Regierung zur Einbringung dieser Vorlage verpflichtet. Die Regierung hat aber die Stirn, in der Begründung zum Entwurf auszuführen: „Die Reichsregierung ist entsprechend ihren wiederholt gegebenen Erklärungen bereit, dieses Gesetz jetzt auch durchzuführen." Die Regierung stellt es also so dar, als ob die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen in ihrem Belieben stände und als ob es ein besonderes Zeichen loyalen Verhaltens wäre, wenn sie die Lex Brüning jetzt ausführt. Aber die Regierung geht noch weiter.

Die Regierung will ihrer gesetzlichen Verpflichtung nur insoweit nachkommen, wie es ihr paßt und deshalb gibt sie der Lex Brüning eine Auslegung, die mit ihrem tatsächlichen Inhalt im schärfsten Widerspruch steht.

Sie fälscht kurzerhand die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes. Die Regierung stellt die Behauptung auf, daß das im Jahre 1925 bestehende Mißverhältnis zwischen den Erträgen der Lohnsteuer einerseits und der Einkommen-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer andererseits zur Lex Brüning geführt habe. Das ist nicht wahr. Die Lex Brüning ist entstanden, weil die Regierung im Sommer 1925 den sozialdemokratischen Forderungen auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 60 auf 100 M. monatlich durch die Erklärung ausweichen wollte, daß sie aus der Lohnsteuer nicht mehr als 1200 Millionen vereinnahmen wolle.

Tatsächlich war also die Lex Brüning als eine Vertröstung der Lohnsteuerpflichtigen auf eine Ermäßigung ihrer Steuerlast gedacht, während die Steuerbelastung der Besitzenden sofort um rund 1 Milliarde gesenkt wurde. Das Mißverhältnis zwischen den Erträgen der Lohnsteuer und den der Einkommen- und Körperschaftssteuer kann aber auch gar nicht der Grund für das Zustandekommen der Lex Brüning gewesen sein. Denn es hätte keinen Sinn gehabt, irgendein bestimmtes Verhältnis zwischen den Erträgen dieser beiden Steuern gesetzlich festzulegen. Das Verhältnis zwischen Massenbelastung und Besitzbelastung wird nicht allein durch die Lohnsteuer der breiten Massen und die veranlagten Steuern der Besitzenden bestimmt, sondern durch die Gesamtheit aller übrigen Steuern. Innerhalb der Massenbelastung nimmt aber die Lohnsteuer eine ganz andere Stellung ein als die veranlagten Steuern innerhalb der Besitzbelastung. Von den Erträgen der Besitzbelastung entfielen in den letzten Jahren drei Viertel bis vier Fünftel auf veranlagte Steuern, von den Erträgen der Massenbelastung stammten dagegen nur ein Viertel bis ein Drittel aus der Lohnsteuer. Schließlich ist die Aufstellung eines festen Verhältnisses zwischen den Erträgen der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuern deshalb nicht möglich, weil die Lohnsteuererträge aus dem Einkommen desselben Jahres, die Einkommensteuererträge aber aus dem Einkommen des Vorjahres stammen. Der Stand der Konjunktur wirkt sich daher bei der Lohnsteuer sofort, bei der Einkommensteuer dagegen erst bei der Veranlagung im nächsten Jahre aus.

Die Regierung will aber nicht nur der Lex Brüning eine solche Entstehungsgeschichte andichten und ihr einen unmöglichen Sinn unterschieben. Sie will

dieses Schutzgesetz der Lohnsteuerzahler auch im einzelnen nach ihrem Belieben auslegen.

Allerdings wird in der Begründung zum Regierungsentwurf zugegeben, daß nach der Lex Brüning „an sich in erster Linie der steuerfreie Lohnbetrag erhöht werden" müßte, wie es der sozialdemokratische Gesetzentwurf verlangt. Trotzdem will die Regierung die Lex Brüning in doppelter Hinsicht mißachten: 1. obgleich die Lex Brüning das Aufkommen aus der Lohnsteuer auf 1200 Millionen jährlich begrenzt, sollen 1300 Millionen herausgewirtschaftet werden. 2. Obgleich die Lex Brüning eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags vorschreibt, soll nur eine Senkung des Steuersatzes um 1 Proz. erfolgen.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung bringt also keine Erfüllung der Lex Brüning. Die Gründe, die die Regierung für ihren Vorschlag und gegen den sozialdemokratischen Antrag, der allein auf dem Boden der Lex Brüning steht, vorbringt, dienen nur der Täuschung. Ob gegenwärtig 10 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger lohnsteuerfrei sind, wie die Regierung behauptet, oder nicht, ist gleichgültig. Durch die bereits eingetretenen und die kommenden Lohnerhöhungen wird die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen wieder steigen. Außerdem ist zu beachten, daß die Zahl der Steuerfreien gerade durch die übermäßig hohen Familienermäßigungen nicht unbeträchtlich vermehrt wird, und daß schließlich die Befreiung der Landwirte von der veranlagten Einkommensteuer weniger eine Folge des steuerfreien Existenzminimums als der Begünstigung der mitarbeitenden eigenen Familienangehörigen ist.

Falsche Zahlen — verschleierte Tatsachen.

Die Regierung behauptet, es ständen nur 160 bis 170 Millionen Mark für die Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung. Das ist unzutreffend; erstens, weil die Lex Brüning verlangt, daß der Ertrag der Lohnsteuer nicht auf 1300, sondern auf 1200 Millionen gesenkt wird und zweitens weil die Aufkommensberechnung, die die Regierung ihrem Entwurf zugrunde gelegt hat, falsch ist. Die Aufkommensberechnung der Regierung baut sich auf der Berechnung auf, die dem Gesetzentwurf zur Senkung der Lohnsteuer vom Dezember 1925 beigegeben war. Sie unterscheidet sich aber von ihr durch drei ganz willkürliche Annahmen:

Durch falsche Berechnungen, unzulässige Abrundungen und Kürzungen wird das Aufkommen einmal um rund 50 Millionen zu niedrig errechnet. Während die Berechnung des Entwurfs zu einem Gesamtertrag der Lohnsteuer nach dem gegenwärtigen Stand von 1568 Millionen Mark kommt, ergibt eine sorgfältige Nachprüfung einen **Gesamtertrag von 1616,58 Millionen M.**

Ebenso willkürlich ist zweitens die Annahme, daß von dem errechneten Ertrag der Lohnsteuer etwa 55 Millionen zum Ausgleich der Konjunkturschwankungen abgezogen werden müßten. Ein Beweis für diese Zahlen wird nicht einmal versucht.

Die dritte unbewiesene Voraussetzung ist die Annahme, daß die Löhne bis Ende des Jahres im Vergleich zum Beginn des Jahres 1926 um durchschnittlich 13 Proz. gestiegen sein werden. Warum es 13 Proz. sein müssen und nicht 12 oder 15 Proz., dafür macht der Regierungsentwurf ebenfalls nicht einmal den Versuch einer Begründung.

Diese drei Mängel der amtlichen Aufkommensberechnung haben das eine gemeinsam, daß sie den Ertrag der Lohnsteuer niedriger erscheinen lassen als er tatsächlich sein wird. Wenn man sich die Fehler und Flüchtigkeiten der Aufkommensberechnung im einzelnen genauer ansieht, so drängt sich der Eindruck auf, als ob diese Fehler nicht zufällig entstanden, sondern bewußt in die Berechnung hineingebracht worden sind. Als ob diese Berechnung zurechtgemacht worden ist, um das zu beweisen, was die Regierung damit beweisen will, als ob die einzelnen Annahmen so gemacht worden sind, wie es ihr in den Kram paßt. Ist dem so, dann hat man die vorgeschlagene Senkung nicht auf Grund dieser Berechnung ermittelt, sondern man hat umgekehrt diese Berechnung frisiert, nachdem man aus anderen Gründen sich auf eine bestimmte Ermäßigung der Lohnsteuer festgelegt hatte.

Richtige Rechnung.

Scheidet man diese Fehler aus der Aufkommensberechnung aus, so ergibt sich, bei einem rechnungsmäßigen Gesamtertrag von 1616 Millionen, daß nicht nur 160 bis 170 Millionen, sondern mehr als 400 Millionen zur Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung stehen. Aber dann bleibt noch der Hauptfehler der amtlichen Berechnung richtigzustellen. Die Berechnung berücksichtigt nur die Lohnsteigerung, die bis zum Schlusse des Jahres 1927 mutmaßlich eingetreten sein wird und die sie auf 13 Proz. gegenüber Januar 1926 schätzt. Sie läßt dagegen alle weiteren Steigerungen außer acht, die im Laufe des Jahres 1928 eintreten werden. Gewiß läßt sich über das Ausmaß dieser Lohnsteigerungen nichts Bestimmtes sagen. Trotzdem müssen sie bei der Lohnsteuersenkung in Anschlag gebracht werden, wenn diese Senkung nicht schon nach wenigen Monaten durch die Lohnentwicklung überholt werden soll.

Wenn nach der letzten Senkung der Lohnsteuer im Dezember 1925 der Lohnsteuerertrag beträchtlich gefallen war, so hatte das hauptsächlich seinen Grund in der sprunghaft anschwellenden Arbeitslosigkeit. Sobald die Arbeitslosigkeit nachließ, hob sich der Ertrag automatisch und ging schließlich über das Aufkommen in den letzten Monaten des Jahres 1925 hinaus. Im Dezember 1925 betrug das Aufkommen bei einem steuerfreien Lohnbetrag von 80 M. monatlich rund 113 Millionen, im Oktober 1927 erreichte es dagegen bei einem steuerfreien Lohnbetrag von 100 M. sogar 124 Millionen. Da die Zahl der Erwerbslosen in beiden Monaten etwa gleich groß war, ist die Steigerung des Ertrags trotz der Ermäßigung der Belastung ausschließlich auf die Steigerung der Löhne zurückzuführen. Während aber die Löhne nur durchschnittlich um **8 Proz.** gestiegen sind, hat sich der Ertrag um **21,3 Proz.** gehoben.

Das ist ein Zusammenhang von grundsätzlicher Bedeutung: Infolge der in der Lohnsteuer enthaltenen Progression muß jede Lohnsteigerung zu einer weit stärkeren Erhöhung des Lohnsteueraufkommens führen. Darin liegt der Grund, daß bisher alle Ermäßigungen der Lohnsteuer zu gering waren und in unvorhergesehen kurzer Zeit von der Ertragsentwicklung überholt wurden. Deshalb muß bei der bevorstehenden Senkung daraus die Lehre gezogen werden, daß sie ihren Zweck nur dann erreichen und die Durchführung der Lex Brüning nur dann auf längere Zeit sicherstellen kann, wenn sie die voraussichtliche weitere Lohnentwicklung in hohem Maße berücksichtigt.

Was ist zu tun?

Von dieser Erkenntnis ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausgegangen, wenn sie ihrem Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 100 auf 140 Mark monatlich die Annahme zugrunde legte, daß im Durchschnitt des Jahres 1928 mit einer Lohnsteigerung um rund 20 Proz. gegenüber dem Ende des Jahres 1925 zu rechnen ist. Eine solche 20prozentige Lohnsteigerung wird den Ertrag der Lohnsteuer um 53,2 Proz. über das gesetzliche Höchstaufkommen von 1200 Millionen Mark erhöhen. Demnach muß bei der Senkung der Lohnsteuer nicht von einem Jahresertrage von 1560 Millionen ausgegangen werden, wie es die Regierung tut, sondern von einem jährlichen Aufkommen von 1824 Millionen Mark. Es stehen also insgesamt nicht 160 bis 170 Millionen, sondern mehr als 600 Millionen Mark für die Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung. An diesem Ergebnis zeigt sich am besten, wie kläglich das Almosen ist, das die Reichsregierung den Lohnsteuerpflichtigen anstatt der Erfüllung ihrer gesetzlich festgelegten Ansprüche geben will.

Paul Hertz.

Volle Hochspannung der Konjunktur.

Die neue Diagnose des Konjunkturinstituts. — Auf eine Vorhersage wird verzichtet.

In seinem dritten Vierteljahresheft für 1927 gibt das deutsche Institut für Konjunkturforschung für Ende November folgende Beurteilung der Konjunktur:

„Ende August wurde festgestellt, daß die Wirtschaft in eine Phase der Hochspannung eingetreten sei. Inzwischen hat sich die Hochspannung voll entwickelt. Krisenhafte Vorgänge liegen aber nicht vor. Die Kreditsicherheit ist im ganzen unangetastet, wie die Statistik der Konkurse und Wechselproteste zeigt. Der Kredit ist jedoch in hohem Grade angespannt. Namentlich sind die Wechselziehungen sehr stark gestiegen, und zwar über den Bereich der Banken hinaus: die Selbstfinanzierung der Wirtschaft hat zugenommen. Die Konstellation steigender Geldsätze, sinkender Effektenkurse und weiter anziehender Warenpreise fügt sich in dieses Bild ein. Die Aufwärtsbewegung der Warenpreise wird dadurch ermöglicht, daß der Binnenmarkt, obwohl Anzeichen beginnender Sättigung vorhanden sind, offenbar noch aufnahmefähig ist. Jedenfalls hat die Lagerhaltung bisher kein Uebermaß erreicht; die Produktionsmittelerzeugung ist in weiterer Ausdehnung begriffen. Die vorliegenden Auftragsbestände sind offensichtlich noch umfangreich. Zu beachten ist jedoch, daß in wichtigen Teilen der Industrie der Auftragseingang zurückgeht.

Aus alledem ist zu schließen, daß sich die wirtschaftliche Aktivität auf einem Maximum bewegt. Die Kreditspannungen im Zusammenhang mit den zurückgehenden Auftragseingängen zeigen an, daß mit einem Rückgang gerechnet werden muß. Die noch ungeschwächte Kreditsicherheit im Verein mit der noch ausdehnungsfähigen Lagerhaltung deutet aber darauf hin, daß bei vorsichtigen Dispositionen ein Umschwung noch aufgehalten oder jedenfalls in seinen Wirkungen sehr gemildert werden könnte."

In dieser Diagnose sind drei Momente besonders wichtig: das Fehlen krisenhafter Vorgänge trotz größter Hochspannung, die noch fortdauernde Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes trotz der vorliegenden Sättigungsanzeichen, die Möglichkeit, den Umschwung zur Krise bei vorsichtigen Dispositionen noch aufzuhalten oder jedenfalls in seinen Wirkungen sehr zu mildern. Mahnung zur Vorsicht in allen Maßnahmen, die überflüssigerweise die Fortdauer der gegenwärtigen Konjunktur verhindern oder beschneiden könnten, ist die wesentliche Schlußfolgerung aus der vom KJ. versuchten Diagnose. Von wesentlich ungesunden Elementen in unserer Wirtschaftslage berichtet die ausführliche Studie nichts. Das Vorgehen des Reichsbankpräsidenten, die vielfach schwarz malenden Urteile von Wirtschaftsführern erfahren hier also keine Stützung. Um so mehr darf darauf geschlossen werden, daß Sonderinteressen und Sonderwünsche einflußreicher Werks- und Gewerbegruppen die Ursachen der schweren Beunruhigung der Oeffentlichkeit in den letzten Wochen über die innere Gesundheit der Gesamtwirtschaft gewesen sind.

Im einzelnen krankt die Untersuchung des KJ. an alten Fehlern der Methode: obwohl wieder festgestellt werden muß, daß Deutschland eine von der übrigen Welt isolierte Konjunktur unter besonderen Bedingungen hat, wird das normale Konjunkturschema zur Auswahl und Beurteilung der statistischen Tatsachen verwendet. So müssen die Zusammenhänge zwischen den Börsenvorgängen und der Warenpreisentwicklung vergewaltigt werden — die wichtigsten Warenpreise sind nämlich Monopol- oder Weltmarktpreise und von konjunkturellen Vorgängen unabhängig — damit man nach dem vorgefaßten Schema zu den „richtigen" Schlüssen kommt. Bei den Darlegungen über die Kapitalbildung begegnet man leider noch immer dem Unsinn, daß zu der Vermehrung der Spareinlagen auch die von den Sparkassen usw. erworbenen Wertpapiere der Kapitalbildung hinzugerechnet werden, obwohl es sich nur um eine Anlage derselben Spargelder handelt. Eine Prognose (Vorhersage) der weiteren Entwicklung wird nicht versucht, obwohl man ihr, wenn das Normalschema der Konjunktur mit Recht angewandt wird, nicht ausweichen dürfte.

Merkwürdig verfährt das KJ. auch diesmal mit der Frage der öffentlichen Anleihen. Amüsant, wie auf Seite 12 den Auslandsanleihen der öffentlichen Wirtschaft ausgerechnet die Auslandsanleihen der Kirche (!) mit rund 95 Millionen hinzuaddiert werden. Und weiter Seite 7, die dunkle Bemerkung, daß Auslandsanleihen dazu beitragen könnten, daß die Krise, wenn sie in den mittleren Industrien ausbräche, „nicht auch in die bestgesicherten Kreise der Wirtschaft übergreift". Vielleicht sind mit den best„gesicherten" Kreisen beispielsweise der Ruhrmontantrust und die Großlandwirtschaft gemeint. Dann hätte das Konjunkturinstitut allerdings böse danebengehauen, wenigstens wirtschaftlich — politisch mag es stimmen.

Bis zum Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen wird es noch lange dauern. Die privaten Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Wirtschaftsinteressenten, über die wir berichtet haben, sind beendet. Dabei haben die polnischen Vertreter bei dem Auseinandergehen ihre deutschen Kollegen für die zweite Hälfte des Januar zur Fortsetzung der Besprechungen nach Warschau eingeladen. Es scheint also mit dem Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen noch lange dauern zu sollen.

In jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Resi" verlange man gratis den neuesten Band der Resi-Hausbücherei! Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Resi-Agentur, Berlin NO 43, Neue Königstr. 37. Tel.: Königstadt 1565, 1566, 1567.

Man hat ihn gekränkt.

Von B. Lewin (Moskau).

„Sie sind Kommunist, Genosse? Sehr angenehm. Rauchen Sie doch bitte... Hier... Ich heiße Lipuchin, bin seit 22. Februar 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion — Bolschewik — Parteikarte Nr. 50 399. Letztes bekleidetes Amt: Mitglied der Leitung des Salzsyndikats... Ich reise nach Moskau. Sie auch? Schön, also fahren wir zusammen. Gehen wir doch auf die Plattform hinaus, ich möchte mich über verschiedene Dinge offen aussprechen... So! Hier ist es wenigstens nicht schwül, und niemand belauscht uns. Ist das eine finstere Nacht! Nach dem Kalender haben wir Jahresende, und wirklich — hol's der Teufel — mir ist zu Mute, als befände auch ich mich am äußersten Ende...

Höre: ich begreife, unter uns gesagt, nicht, wohin die Karre geht. Sehen denn unsere Parteiführer es nicht, wie die gärende Masse der Parteilosen hochkommt und alle fetten Posten kapert? Wir, die Leute von der Partei, werden unterdrückt und weggedrängt. Lache nicht! Du lebst in Moskau und deshalb merkst du nichts. Schautest du nur ein einziges Mal das Treiben in der Provinz! Zum Beispiel — ich: Gehöre seit dem 22. Februar 1918 zur Partei, war vier Jahre in der Leitung des Salzsyndikats, früher — Bureauchef im Verpflegungsamt der 29. Division — immer an der Front, und in unserer lokalen Verwaltung ununterbrochen Mitglied des Ortsausschusses. Auf einmal bauz! pardauz! — die Sparsamkeitskampagne! Gut. Ich habe nichts dagegen. Einschränkung der Verwaltungskosten; ich lehne es nicht ab. Man kann ja einige Maschinenschreiber, Boten, ein paar Fachleute abbauen. Meinetwegen. Ich hatte regelmäßig selbst an den Sitzungen der Abbauausschüsse teilgenommen und bin immer gesund davongekommen. Unversehens aber — du wirst es kaum glauben — werden auch die sieben verantwortlichen Posten angegriffen und zwei davon gestrichen. Posten, auf denen Kommunisten saßen. Darunter auch meiner. Die Parteilosen blieben im Amt. Da siehst du, wie es in der Provinz zugeht! Weiter... Höre nur, was sich weiter begab.

Ich wurde zur Verfügung des Gouvernementsausschusses gestellt, suche ihn auf und werde dort gefragt: „Welches Geschäft verstehen Sie?" Ich zeige meine Parteikarte. „Ja," sagen sie, „das ist eine Parteikarte, aber was können Sie leisten?"

Ich halte es nicht aus und schreie: „Nichts!"

Frechheit, einen alten verdienten Kommunisten zu fragen, was er zu leisten vermag!.. Die ganze Revolutionszeit hindurch hat man auf verantwortlichem Posten gestanden. Plötzlich... Kurz, sie empfahlen mir im Gouvernementsausschuß, meine alte Berufstätigkeit wieder aufzunehmen — ich war vor dem Oktoberumsturz Buchhalter. „Was?" entgegne ich, „als Buchhalter? Ihr seid wohl übergeschnappt! Wollt ihr etwa, das irgendein parteiloser Strolch in der Kanzlei über mich gebietet?!"

In zwei Sätzen stob ich davon und fahre jetzt nach Moskau. Ich werde zu Stalin gehen, zu Bucharin und in die „Prawda" zu Scholetz; es müssen sofort außerordentliche Maßnahmen gegen den Sudelbrei der Parteilosen ergriffen werden, der alle fetten Pfründen zu überschwemmen droht.

Da hast du die Zustände bei uns in der Provinz. Ein ordentlicher Mensch sollte aus der Partei ausscheiden, dann fährt er besser."

(Aus dem „Rabotschi" übersetzt von S. Pisdite.)

Frühling im Winter.

Von Dr. W. Wächter.

Aus Paris wurde anfangs November deutschen Zeitungen gemeldet, daß in der Normandie Erdbeeren und Himbeeren blühten, daß also der Sommer infolge der milden Witterung wieder eingezogen sei. — Man braucht nicht erst in die Normandie zu fahren, um den scheinbaren Saltomortale der Natur beobachten zu können. Vor mir auf meinem Schreibtisch steht ein großer Strauß selbstgepflückter Schlüsselblumen und Maßliebchen — anfangs Dezember, und draußen liegt Schnee und die Bäume prangen im Schmucke des Rauhreifs. — In einer Dorfschenke in den bayerischen Vorbergen standen noch vor acht Tagen große Sträuße Margariten, roter Lichtnelken, prachtvollem Weiß- und Rotklee und selbst die kleinen Frühlingsenziane erfreuten das Auge durch ihre lichtblaue Farbe. Die Blumen waren kurz vor einem starken Schneefall gepflückt worden und hielten sich ganz prächtig im Zimmer. Meine Schlüsselblumen wuchsen auf einer etwa 700 Meter hochgelegenen, gegen Süden sich erstreckenden Wiese, von der die warmen Sonnenstrahlen eine 30 Zentimeter hohe Schneeschicht weggeschmolzen hatten.

Es ist durchaus keine Ausnahmeerscheinung, daß im Spätherbst die Frühlingsblumen wieder auftauchen; man kann solche Freude in jedem Herbst erleben, wenn nicht gar zu arger Frost das Wasser im Boden gefrieren und die Blätter steif werden läßt. Es sind selbstverständlich nur die sogenannten ausdauernden krautigen Pflanzen, die ihren Winterschlaf so frühzeitig aufgeben. Einjährige Pflanzen, deren Entwicklungsgang vom Samen bis zur Frucht sich in einem Sommer abspielt, kommen hier nicht in Betracht. Aber auch hier gibt es Ausnahmen, wenigstens was das Wachstum anbetrifft. Jedermann kennt das sogenannte Wintergetreide, das im Herbst ausgesät wird und die Aecker mit frischem Grün überzieht. Die jungen Pflänzchen überwintern unter der warmen Schneedecke, stellen ihr Wachstum ein und entwickeln sich im Frühjahr weiter. Auch in der freien Natur wird man hier und da Pflanzen finden, die sich wie das Getreide verhalten, aber zur Blüte wird man sie nicht bringen können.

Bekanntlich machen alle ausdauernden Pflanzen eine kürzere oder längere Winterruhe durch; sie besitzen irgendwelche sogenannten Speicherorgane, in denen die Nahrung aufgespeichert wird für die Zeit, in der die Pflanzen, noch blattlos, keine neue Nahrung produzieren können. Ist die Winterruhe beendet, so bedarf es nur des nötigen Wassers und der genügenden Wärme, um die Lebenstätigkeit wieder anzufachen. Das „Erwachen" der Natur ist also keineswegs an den Kalender gebunden, und das wissen unsere Gärtner schon lange. Sie „treiben" gewisse Pflanzen, und jeder kennt so die Hyazinthen und den blühenden Flieder im Winter. Merkwürdigerweise wird von dem blumenliebenden Publikum von der Möglichkeit, auch schon im Dezember und Januar frisches Grün und Frühlingsblumen zu bewundern, äußerst wenig Gebrauch gemacht, und auch die Gärtner nutzen diese Möglichkeit lange nicht genug aus. Man sieht in den Blumenläden nirgends Töpfe mit blühenden Schlüsselblumen, obwohl im Frühjahr Primelsträuße massenhaft im Straßenhandel abgesetzt werden. Die Gärtner gehen anstatt dessen darauf aus, zu versuchen, die bekannten Pflanzen immer früher zur Blüte zu bringen, was ihnen ja Dank der wissenschaftlichen Forschung in den letzten Jahrzehnten auch gelungen ist. Neben dem Winterschlaf, aus dem die Pflanzen durch Wärme erweckt werden können, gibt es auch noch einen tieferen Schlaf, der dem leichteren vorangeht. Um die Pflanzen aus jenem aufrütteln zu können, muß man sie mit Aetherdämpfen behandeln oder durch Warmwasserbäder, durch Blausäure oder Radium reizen, bevor sie der üblichen Treibmethode unterworfen werden. Das ist natürlich alles mit Kosten verbunden, und nicht jeder kann es sich leisten, zu Weihnachten einen Blumenflor ins Haus zu bringen. Was aber jeder kann, lehren meine Schlüsselblumen, und wer sich rechtzeitig im Herbst Primeln, Gänseblümchen, Frühlingsenzian und anderes in Töpfe pflanzt, wird die gleiche Freude wie an blühendem Flieder haben. — Auch Baumzweige kann man jetzt ins Zimmer bringen; die meisten Bäume haben ihre feste Winterruhe längst hinter sich, und es ist durchaus nicht nötig, Tannenzweige als „Ersatzgrün" in die Blumenvasen zu stecken.

Man hört bisweilen gegen die Verwendung getriebener Pflanzen den Einwand erheben, es sei gegen die Natur, die Kinder Floras frühzeitig aus ihrem Schlaf zu wecken, aber wiederum sind es meine Schlüsselblumen, die unter den „natürlichsten" Bedingungen von der Welt zur Blüte gekommen sind, nur durch das Tauwetter und die Sonnenstrahlen, die uns lehren, daß auch das frühzeitige Erwachen aus dem Schlummer ebenso „natürlich" ist wie das lange Schlafen.

Unser gefährlicher Vetter aus dem Tierreich.

Der Gorilla steht nach der Anschauung vieler Anthropologen unter den Menschenaffen dem Menschen am nächsten, aber in seinem Wesen ist er von einer Wildheit, die uns diesen Vetter nicht gerade sympathisch macht. Er ist das gefährlichste Tier unter all den wilden Bestien des tropischen Afrika, wie Dr. Dyce Sharp in einem Aufsatz hervorhebt. Dieser Gelehrte, der sich lange Zeit mit dem Studium dieses noch so wenig bekannten Tieres beschäftigt hat, hält den Gorilla für den furchtbarsten Feind des Menschen. „Er ist wohl die einzige Bestie, die sofort den Menschen angreift, wenn sie seiner ansichtig wird," schreibt er. „Ein Löwe wird im allgemeinen davonrennen, aber ein Gorilla ergreift sofort die Offensive, vielleicht, weil er noch etwas von der entfernten Verwandtschaft ahnt und im Menschen einen Nebenbuhler riecht, der in seinen Harem eindringen will. Dieser Harem besteht in der Regel aus sechs Weibchen, die er Tag und Nacht bewacht und beobachtet. Er schickt seine Frauen des Abends auf Bäume zum Schlafen, und sie liegen hier in Betten, die aus Zweigen und Laub bereitet sind. Aber das Männchen selbst schläft auf dem Boden mit dem Rücken gegen einen Baum und die Augen sozusagen immer nach oben gerichtet, wo seine Frauen ruhen. Wenn der männliche Gorilla wütend wird, dann stößt er ein Gebrüll aus, das das furchtbarste aller Töne im Urwald ist. Man kann es in ruhigen Nächten kilometerweit hören. Das Gebrüll eines Löwen ist lange nicht so schrecklich. Aber wie man sich an alles gewöhnt, so beachten auch die Bewohner der Dörfer in den Gorillagebieten sein schauriges Brüllen nicht. Selbst die Kinder achten gar nicht darauf, während einer meiner Träger, der diese Laute noch nie gehört hatte, bei dem Schrei eines Gorillas aus der Ferne seine Ladung abwarf und davonlief.

Der Gorilla ist normalerweise Pflanzenfresser. Er greift den Menschen an und tötet ihn. Er frißt auch von seinem Fleisch, aber das ist nur Ausnahme, und er wird niemals zu seinem Opfer zurückkehren, um die Beute zu holen. Seine Lieblingsnahrung ist Zuckerrohr. Er ist eine schreckliche Bestie mit riesigen Armen und unglaublich kräftigen Fingern, aber seltsamerweise sind seine Daumen sehr schwach. Sie sind von der Hand so weit abgespreizt, daß er nichts fest packen kann, und das ist eine Eigenschaft, für die schon so mancher Gorillajäger der Natur dankbar gewesen ist. Die Gorillajagd ist in Kamerun eine Lieblingsbeschäftigung der Eingeborenen. In manchen Dörfern des Mamfe-Gebietes ist jeder kräftige Mann ein Gorillajäger, da das Fleisch dieser Tiere für sehr schmackhaft gilt. Aber es ist immer ein gefährlicher Sport, wegen der außerordentlichen Stärke und Behendigkeit des Tieres und seiner sofortigen Bereitschaft, den Menschen anzugreifen.

Man hat die Zahl der Gorillas, die sich in dem breiten tropischen Gürtel Afrikas von Nigeria bis Uganda befinden, auf etwa 10 000 Stück geschätzt. Aber diese Schätzung ist wahrscheinlich viel zu niedrig. In dem Mamfe-Gebiet von Kamerun, mit dem ich genau bekannt bin, habe ich eine ungefähre Zählung der Gorillas vorgenommen, und in dieser Gegend, die nicht mehr als 50 Quadratkilometer groß ist, traf ich gegen 230 Tiere. Die Gorillas bewohnen die Urwälder und Gebirge in kleinen Familiengruppen. Ein ausgewachsenes Männchen hat eine etwa acht- bis zehnköpfige Familie. Es scheint, daß sie jahrelang in demselben Gebiet bleiben; daher können die eingeborenen Jäger den Aufenthalt einer solchen Gorillafamilie innerhalb von wenigen Stunden feststellen. Ein männlicher Gorilla, der sieben Fuß groß wird, ist ein riesiges Tier, das einen ganz mächtigen Körper auf seinen Armen über den Boden schwingt; die Weibchen sind bedeutend kleiner, zwischen 4 und 4½ Fuß groß und nicht so schwer. Man weiß bisher nur wenig über diesen menschlichen Verwandten, weil bisher nur wenige Weiße Gelegenheit hatten, seine Lebensweise aus nächster Nähe zu studieren."

Ungezogene Kinder.

Von Dr. K. Weitzel.

„Ihr Kinder seid schon wieder ungezogen!" — so ruft die Mutter warnend ins Zimmer, und „die ungezogenen Kinder!" — das ist das erste, was den heimkehrenden Mann an der Schwelle seiner Wohnung empfängt! Wer hätte das nicht früher oder später einmal erlebt? Wer hätte es nicht erlebt, wie Vater und Mutter ratlos hin- und herschwanken, wie sie mit Ermahnung und Güte, dann wieder mit Ernst und Strenge, mit Versprechungen oder Schlägen gegen die Ungezogenheit der Kinder zu Felde ziehen, aber nur wenig ausrichten, wie sie froh sind, wenn sie „vor den Kindern einmal Ruhe haben", ja wie sie die Kinder oft geradezu als Last empfinden? Verdrängen in kinderreichen Familien nicht oft Mißmut, Zank und Streit jede Harmonie des Alltags und jedes gegenseitige Verstehen, die unser Leben doch warm und reich machen sollten?

Man könnte behaupten, daß es einer der Prüfsteine für das Erziehungswerk der Eltern ist, ob sie der Ungezogenheiten ihrer Kinder Herr zu werden vermögen oder nicht. Wie oft versagt hier aber die Erziehung! Die Gründe können mannigfach sein: Krankheit der Eltern, Mangel an Energie, an Erkenntnis kindlichen Wesens und kindlicher Eigenart, Durchkreuzung von Erziehungsmaßnahmen durch Großeltern oder andere Verwandte, Zwiespalt zwischen väterlicher und mütterlicher Erziehungsweise, gedankenloses Haften an überlieferten Erziehungsgrundsätzen, wie sie in der eigenen Jugend gehandhabt wurden, vor allem aber: Schematisierung. Daß diese der Todfeind wahrer Erziehung ist, zeigt sich nirgends so wie hier! Wer die verschiedenartigen Ungezogenheiten bei jedem Kinde nur mit Schlägen oder nur mit Ueberredung bekämpfen will, wird für sein Allerweltsrezept nur Mißerfolge ernten! Es genügt auch nicht, daß Vater und Mutter sich über das jeweilige Strafmittel verständigen, mit dem dieser oder jener Ungezogenheit zu begegnen ist: erst die Erkenntnis der Quelle, aus der das Uebel entspringt, kann dieses beseitigen!

Erziehung ist der Kulturberuf der Frau. Sie, die ja meist in engerer täglicher Berührung mit dem Kinde lebt als der Mann, muß es als ihre Aufgabe betrachten, in das Innere ihres Kindes hineinzulauschen, als stiller Hüter hinter ihm zu gehen und aus der Erkenntnis seiner Eigenart und der Quellen seiner Unarten den richtigen Erziehungsweg zu finden.

Da gibt es Kinder, deren Ungezogenheiten in einem angeborenen Temperament, in angeborener Ausgelassenheit ihre Quelle haben! Das Verkehrteste wäre, derartigen „Kraftüberschuß", der häufig der Vorbote einer starken Individualität ist, mit Härte und Gewalt bekämpfen zu wollen. Hier gilt es vielmehr, Tag für Tag eine Gelegenheit zum Austollen zu schaffen; doch soll das Kind sich dabei stets unter Beobachtung fühlen. Zanken und Schelten verfängt bei derartigen Kindern nur selten. Ueberhaupt: „Täglich mit Schelten und Tadeln hemmst du dem Armen allen Mut in der Brust" sagt in „Hermann und Dorothea" die einsichtige Mutter zum Vater. Man kommt viel ehr zum Ziel, wenn man unaufdringlich, aber systematisch das Empfinden für die einzuhaltenden Grenzen weckt, für die erwachsenden Folgen, für das, was erlaubt und was unerlaubt ist und warum es so sein muß. Damit erzielt man am sichersten den Abbau derartiger Ungezogenheiten.

Ein schwieriges Problem ist der Dickkopf, der aus Launenhaftigkeit Ungezogene! Meist ist er das Produkt elterlicher Erziehungsfehler. Wer dem kleinen Kinde heute gewährt, was er ihm gestern verboten hat, wer es in Essen und Trinken, in seiner Beschäftigung fortwährend vor die eigene Wahl stellt, obgleich das kleine Kind Vorteile und Nachteile noch gar nicht abschätzen und sich daher nur aufs Geratewohl entscheiden kann, wer ganz verkennt, daß die Natur eines gesunden Kindes eine gewisse Führung und Anlehnung an den elterlichen Willen verlangt — der wird sich einen launenhaften Tyrannen erziehen. Leider ist hier mit der späteren Erkenntnis der gemachten Erziehungsfehler nicht viel gewonnen, und eine intensive erziehliche Einwirkung, sei es auf gütlichem Wege oder „hart auf hart!", bleibt bei einem Dickkopf meist ohne Ergebnis oder führt zu Verbissenheit. Durch eigenen Schaden klug werden lassen — das heilt Dickköpfe noch am ehesten. Erst wenn das Kind selbst die „Nase angerannt hat", wird es mehr und mehr von seiner Art lassen. Die Erziehung, die Frau Regel Amrain in Gottfried Kellers gleichnamiger Novelle ihrem Fritz angedeihen läßt, könnte hier wie überhaupt im Gebiet der Ungezogenheiten mancher Mutter als Richtschnur dienen!

Eine ganze Reihe von Ungezogenheiten hängt damit zusammen, daß die Kinder sich über die von den Eltern gegebenen Anordnungen einfach hinwegsetzen, sobald diese ihnen nicht gelegen kommen, ja sie mit gutem Vorbedacht umgehen oder ihnen zuwiderhandeln. Sind die Eltern hier nicht auf der Hut, so wachsen ihnen die Kinder bald über den Kopf. Es gilt daher, schon dem Versuche richtig zu begegnen und nicht etwa aus Bequemlichkeit ein Auge zuzudrücken, vielmehr ohne große Worte auf vorbehaltlose Durchführung des Befehls zu dringen. Hier ist Gewöhnung von klein auf das Wichtigste, Gewöhnung an Gehorsam als etwas Selbstverständliches! Eine wohltuende Ergänzung findet diese Gewöhnung in dem guten Beispiel, das die Eltern geben müssen und das für jede Seite der Erziehung etwas Bezwingendes in sich birgt! „Das bedeutsame Wort Goethes: „Man könnt' erzogene Kinder gebären, wenn die Eltern erzogen wären" sollte zu denken geben!

Leichter zu bekämpfen sind äußere Verstöße der Kinder gegen die Umgangsformen. Vor allem nehme man diese nicht tragisch! Liegen doch hier häufig nur Unüberlegtheit und Unbedachtsamkeit zugrunde. Man bedenke auch, daß diese Dinge für ein Kind noch etwas Hohles, Leeres sind, was noch des Inhalts entbehrt, und wenn Maßlosigkeiten und starke Ausdrücke aus seinem Munde kommen, so vergegenwärtige man sich, daß ein Kind alles unbedingt empfindet, daß Abstufungen, Bedingheiten, Konzessionen in seiner Anschauung und seinem Urteil noch keine Rolle spielen. Aufklärende Belehrung kann hier viel Gutes wirken, zumal wenn im Charakter des Kindes ein natürlicher Herzenstakt ruht.

Schließlich der Ausbund aller Ungezogenheiten, der Flegel, der Schrecken der Eltern und Lehrer! Doch merkwürdig! Ich habe gerade an einem Flegel noch niemals irgendeine sympathische Seite vermißt. Der eine war anstellig und hilfsbereit und übertraf darin manchen Musterknaben, der zweite ein vielversprechender Praktikus, der dritte in verfänglichen Situationen die Offenheit und Ehrlichkeit selbst, der vierte mitleidig und gebefreudig! So ging es weiter, und aus jedem der Flegel, die ich kannte, ist etwas Tüchtiges geworden. Verhüllen die Unarten der Kinder nicht oft nur die Keime späterer Kräfte und späterer vielseitiger Selbstentfaltung? Hat Goethe nicht doch recht, wenn er die Unarten der Kinder mit den Stengelblättern einer Pflanze vergleicht, die nach und nach von selbst abfallen, und wenn er z. B. an Jakobi schreibt: „Von Deinem Georg habe ich immer das Beste gehofft und war unzufrieden mit Euch, daß Ihr immer unzufrieden mit dem Kinde waret. Ein Blatt, das groß werden soll, ist voller Runzeln und Knittern, ehe es sich entwickelt; wenn man nicht Geduld hat und es gleich glatt haben will wie ein Weidenblatt, dann ist es übel!"

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

3. **Kreis Wedding.** Freitag, 9. Dezember, 19 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes an bekannter Stelle.
5. **Kreis Friedrichshain.** Freie Schulgemeinde: Arbeitslose Mitglieder melden sich heute, Donnerstag, 8. Dezember, um 19 Uhr bei Krumphardt, Paul-Singer-Str. 40, zur Materialverteilung für die weltliche Schule. Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.
6. **Kreis Kreuzberg.** Freitag, 9. Dezember, 19½ Uhr, bei Krüger, Grimmstraße 1, erweiterte Kreisvorstandssitzung. Wichtige Tagesordnung.

Heute, Donnerstag, 8. Dezember.

4. **Abt.** Die Monatsschrift „Unser Weg" kann von Brandis, Stralauer Straße 10, abgeholt werden.
11. **Abt.** Die Bezirksführer holen die Monatsschrift „Unser Weg" vom Genossen Lampel ab.
04. **Abt.** Achtung! Umständehalber findet die Sitzung der Weihnachtskommission mit den Gruppenführern am Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, bei Römer, Immanuelkirchstr. 23, statt.
86. **Abt.** 20 Uhr bei Goldschrift, Stolpische Str. 36, Zusammenkunft aller Mitglieder der Freien Schulgemeinde. Die Anträge für die weltliche Schule sind mitzubringen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
33. **Abt.** In der heute Abend bei Lydack, Bremerstr. 8, stattfindenden Sitzung müssen die Bezirksführer die Namen der arbeitslosen Genossen dem Kassierer angeben. Kein Bezirk darf fehlen. Eventuell Vertreter entsenden.
32. **Abt.** 20½ Uhr bei Bartusch, Friedenstr. 88, Funktionärsitzung.
Schöneberg. 78. Abt. 20 Uhr bei König, Feurigstr. 51, Sitzung sämtlicher Funktionäre. — 79. Abt. Pünktlich 20 Uhr bei Rendt, Bayerner Str. 10, wichtige Funktionärsitzung. Erscheinen aller dringend erforderlich.

Morgen, Freitag, 9. Dezember.

68. **Abt.** 20 Uhr bei Günther, Ritterstr. 94, Funktionärsitzung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen dringend erforderlich.
Neukölln. 89. Abt. 19½ Uhr bei Grommeck, Sandestr. 10, wichtige Vorstands- und Funktionärsitzung. Erscheinen unbedingt erforderlich. — 90. Abt. 19½ Uhr bei Schabelitz, Weichselstr. 5, Funktionärsitzung. — 91. Abt. 19½ Uhr bei Lüdecke, Karlsgartenstr. 12, Funktionärsitzung. Erscheinen dringend erforderlich. — 95. Abt. 20 Uhr bei Keil, Prinz-Handjery-Str. 38, Sitzung des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre mit den Kommissionsmitgliedern, Genossenschaftsfragen, Materialausgabe. Jeder Bezirk muß vertreten sein. — 96. Abt. 19½ Uhr bei Lohann, Bipperstr. 18—19, wichtige Funktionärsitzung.
Lichtenberg. 115. Abt. 19½ Uhr bei Gosse, Finow-, Ecke Scharnweberstraße, Funktionärsitzung. — 118. Abt. 19 Uhr bei Mix, Friedrich-, Ecke Margaretenstraße, Funktionärsitzung.
120. Abt. Friedrichsfelde. 19½ Uhr bei Schwerz, Caprivialleee 104, wichtige Funktionärsitzung. Pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.
123. Abt. Karlsdorf. 20 Uhr im Lokal Hübner wichtige Funktionärsitzung.
124. Abt. Mahlsdorf. 20 Uhr bei Breiden, Hönower Str. 49, wichtige Funktionärsitzung.
128./130. Abt. Pankow. 19½ Uhr bei Meeks, Berliner Straße, Ecke Lindenpromenade, Funktionärsitzung. Erscheinen unbedingt notwendig.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Die Genossinnen und Genossen, die an dem Kursus der Genossin Luise Schröder teilgenommen haben, werden gebeten, sich an der Arbeitsgemeinschaft des Bezirksjugendamtes heute, Donnerstag, 8. Dezember, 19½ Uhr, im Bezirksamt, Danziger Str. 64, Zimmer 29, zu beteiligen.
17. **Kreis Lichtenberg.** Heute, Donnerstag, 8. Dezember, 19½ Uhr, im Rathaus Lichtenberg, Obleutekonferenz.

Jungsozialisten.

Gruppe Mitte: Umständehalber findet die Mitgliederversammlung nicht am Freitag, sondern heute, Donnerstag, 8. Dezember, 20 Uhr, in der Schule Gipsstraße 20a statt. Erscheinen ist Pflicht. — **Gruppe Prenzlauer Berg:** Heute, Donnerstag, pünktlich 20 Uhr, im Jugendheim Danziger Str. 62, Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß zur Stelle sein.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

37. **Abt.** Unsere Genossin Emilie Prillwitz, Kochhannstr. 24, ist verstorben. Ehre ihrem Andenken! Einäscherung heute, Donnerstag, 8. Dezember, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung bittet der Vorstand.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Keine wesentliche Aenderung des bestehenden Witterungscharakters. — **Für Deutschland:** Im äußersten Westen Temperaturen über Null, sonst Frost. Keine Niederschläge.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr:

Norden: Heim Lortzing-, Ecke Brunnenstraße. Lichtbildervortrag: „Der Wedding in der Vergangenheit und Gegenwart." — **Falkplatz:** Schule Oberswalder Str. 10. „Bursche und Mädel in der Jugendbewegung." — **Schöneberg III:** Heim Hauptstr. 15. Literarischer Abend. — **Wilmersdorf:** Heim Wilhelmaue 123. „Jugend und Politik." — **Lankwitz:** Gemeindeschule Schulstraße. „Fahrtenabenteuer." — **Steglitz:** Heim Albrechtstr. 47. „Kirche und Sozialismus." — **Zehlendorf:** Südschule, Wilhelmstraße. „Wie gestalten wir Feste und Feiern?" — **Treptow:** Heim Grätzstr. 30. „Buchhauserlebnisse." — **Wittenau:** Heim Fosenthaler Str. 15. Satirischer Abend. — **Neukölln V:** Heim Böhmische Straße. Funktionärschulungskursus. Genossen anderer Abteilungen können auch daran teilnehmen.

Werbebezirk Schöneberg: Heim Hauptstr. 15 (Pommerzimmer). Pünktlich 20 Uhr Werbebezirksvorstandssitzung.

Peterskunger Viertel: Sonnabend, 10. Dezember, Comenius-Säle, Memeler Straße 67, **Winterfest.** Programm, Gesang, Tanzgruppe, Musik. Eintritt 50 Pf. Einlaß 19 Uhr. Beginn 20 Uhr.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Sonntag, 11. Dezember, 19 Uhr, im Heim Danziger Str. 62, Werbebezirksmitgliederversammlung mit dem Vortrag: „Der religiöse Sozialismus."

Um wieder ordnungsmäßige Verdauung zu erlangen

nehmen Sie einfach nach den Mahlzeiten einen halben Kaffeelöffel Biserirte Magnesia in etwas Wasser. Biserirte Magnesia neutralisiert den Säureüberschuß, der so häufig die Ursache von Magenbeschwerden ist. Sie beseitigt Sodbrennen, Säureaffektionen, Blähungen, Brechreiz, Magenschwere usw. usw. Biserirte Magnesia hat sich schon viele Jahre lang bewährt und ist in allen Apotheken erhältlich.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestehen Sie darauf, nur die echte Biserirte Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Verwaltungsmitglieder!

Am Freitag, dem 9. Dezember, findet keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung statt.

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelufer 24/25

Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer.

Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Janke über „Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge". 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Kollegen pünktlich und zahlreich erscheinen.

Achtung! Betrifft: Wirtschaftsschule in Dürrenberg.

In unserer Wirtschaftsschule wird in der Zeit vom 30. Januar bis 18. Februar 1928 ein Kursus für Verbandsmitglieder, die in der Heizungsindustrie beschäftigt sind, abgehalten. Die Teilnehmer treffen am Sonntag, d. 29. Januar, in Dürrenberg ein.

Für unsere Ortsverwaltung kommen zwei Bewerber in Betracht.

Kollegen, welche beabsichtigen, an dem Kursus teilzunehmen, müssen ihre selbstgeschriebene Bewerbung bis zum 19. Dezember der Ortsverwaltung einreichen. Das Bewerbungsschreiben muß enthalten: Angaben über die bisherige Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter-Verband, Tätigkeit im Verbande und in der Arbeiterbewegung, gegenwärtige Funktion im Deutschen Metallarbeiter-Verband oder als Betriebsrat usw., ob verheiratet. Alter des Bewerbers, ob und inwieweit bereits an Kursen teilgenommen und sonstige zweckdienliche Angaben.

Die Bewerber müssen geistig regsam und aufnahmefähig sein und sollen in der Regel das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Weitere zweckdienliche Mitteilungen sind im Zimmer 4 unseres Verbandes einzusehen.

Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 8.12.27 — Staats-Oper, Am Pl. d. Republ., 8 Uhr: **Fidelio**

Donnerst., 8.12.27 — Städtische Oper, Bismarckstr., Anf. 8: **Ariadne auf Naxos**

Staatl. Schauspielh. (Gr. Haus), 8 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig**

Staatl. Schillerth., Charlottenburg, Anf. 8 Uhr: **Weh dem der lügt**

Volksbühne Theater am Bülowplatz, 8 Uhr: **Hinkemann**

Th. am Schiffbauerdamm, 8 Uhr: **Schieber des Ruhms**

CASINO-THEATER Lothringer Str. 37, 8 Uhr. Neu! **Klein-Kleckersdorf!** Neu! Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

8 Uhr SCALA — **Drei (original) Fratellini** und andere weltberühmte, zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars

Deutsches Theater Norden 10334—37, 8 U., Ende 11 U. Darstellende Kunst von Max Reinhardt: **Broux-Expreß**

Kammerspiele Norden 10334—37, 8½ Uhr, Ende nach 10 Uhr: **Broux-Expreß**

Die Komödie Bismarck 2414/7310, 8½ U., Ende 10½ U.: **Die Ehe von Welt**

Berliner Theater Direktion Kuhnert, Charlottenstr. 90, Tel. Dönh. 170, Täglich 8 Uhr: **Max Adalbert** in „Knock out" Hans Brausewetter.

Piscatorbühne heut. 8 Nollendorfplatz, Kurfürst 2091/93, Anf. 8, Ende nach 11: Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand von Alexej Tolstoi und Schtschegolew, Inszenierung Erwin Piscator

Großes Schauspielhaus. Tägl. 8 U., Ende 11 U.: **DER MIKADO** Die neue CHARELL-Inszenierung mit Max Pallenberg, Rita Georg, Bendow, Jenkuhn, Szöke Szakall, Werkmeister, Westermeier, Jackson Boys, Sunshine Girls, Ausst. Prof. Stern, Dirig. Dr. Römer. Mittw., Sonnab., Sonntag nachm. 3½ Uhr Kinderrevue: **Kapitän Funk** mit Alfred Braun. Kleine Preise. Vorverkauf 10—6 Uhr

Trianon-Th. Tägl. 8½ Uhr, Gastspiel Erika Gläßner in **Gretchen** (Für Jugendliche nicht zugelassen)

Thalia-Theater 8 Uhr: **Der rote Hahn**

Lessing-Theater Th. Königgrätzer St. Bergm. 2110. Heute geschlossen! Freitag z. 1. Male 7½ Uhr: **Schloß Wetterstein** von Wedekind. Regie Max Reinhardt

Komödienhaus Norden 6404, 8.15—10.40 Uhr: **Hokuspokus** von Curt Götz

8 Uhr Komische Oper 8 Neuartiges Revue-Stück: **Alles Nackt!** Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu". 200 Mitwirkende! Original-Pariser Kostüme. Sonnt. 3½ Uhr: Vollständige Vorstellg. zu kleinen Preisen. Jeder Erwachs. 1 Kind frei. Parkett 3.50 Mk. Theaterkasse ununterbr. geöffn.

Renaissance-Theater Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr: **Die Schule von Uznach.**

8 Uhr Winter-Garten Variete Rauchen gestattet. Das gr. Weihnachtsprogramm!

CIRCUS BUSCH Allabendlich 8 Uhr: Das neue Programm und „Der bayrische Hiesel" Sonnabend u. Sonntag 3 Uhr: Nachmittags halbe Preise: die 20 Märchenrevue.

PPP PRIMUS-PALAST POTSDAMER STRASSE 10

Ein heiterer Zillei. m — Heute letzter Tag

Schwere Jungen — Leichte Mädchen mit Lissi Arna / Gustav Fröhlich / Fritz Kampers. Regie: CARL BOESE. Auf der Bühne: Claire Waldoff

Heinrich Zille und die Hauptdarsteller sind um 7 und 9 Uhr persönlich anwesend und geben Autogramme.

5, 7, 9 Uhr

Neues Theater am Zoo Täglich 8 Uhr: **Die Hotelratte** Operette v. Bromme

Theater des Westens Täglich 8¼ Uhr: **Frasquita** Operette von Lehár

Metropol-Th. Tägl. 8½ Uhr: **Paganini** Operette von Franz Lehár

Circus Kapt. Alfred Schneider 100 Löwen 100. Sonnabend nachm. 3 Uhr, abends 8 Uhr, Sonntag 3 Uhr. Letzte Vorstellungen in Berlin. Köpenicker- Ecke Brommystr. Tel.: Moritzplatz 6329

Theater am Kottbusser Tor Kottbusser Straße 6. Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U.: **Elite-Sänger** Wundervolles Weihnachtsprogramm. Volkspreise von 50 Pf. bis 2.50 M. Stgs. u. 1. u. 2. Feiertag nchm. 3 U. große Familien-Vorstellung. Volles Programm. — Kleine Preise.

Reichshallen-Theater Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U.: **Stettiner Sänger** nachm. halbe Preise, volles Programm. Dönhoff-Brettl: Varieté, Kabarett mit Carl Bruno u. Ernst Walter — Tanz

Residenz-Theater 8½ Uhr. Der Sensationserfolg! **Schön sein wir aus** 30 lustige Bilder mit Henry Bender. Sonntag nachm. 4 Uhr Weihnachtsmärchen: Lügenmäuchen dazu: Zauberkünstler Bellachini. Jedes Kind erhält ein Geschenk

Rose-Theater 8½ Uhr: Einer von unsere Leut.

Theater-Bühne Inh. Künstler-Th. 8½ Uhr: **Chicago**

Lessing-Theater 8 Uhr: **Schinderhannes**

Lustspielhaus 8½ Uhr: **„Zaza"**

Walhalla-Th. 8½ Uhr: **Wie Du küßt keine** Spezialität Pfirsichner. Vorz. für Park, auch Sonntags 60 Pf. Sonntag nchm. 4 U. Rumpelstilzchen. Parkett v. 30 Pf. an.

Planetarium am Zoo Fasanenstr. (nach Meinhardt Straße) Noll. 1879. Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator. Vorführungen 4½, 6, 7½, 9 Uhr. Eintritt 1 M. Kinder unt. 15 Jahren 0,50 M.

Th. im Admiralspalast Täglich 8½ Uhr: **GALLER-REVUE „Wann und wo?"** 2 Sonntag Vorstellung, 3 Uhr u. 8½ Uhr. Jedes Kind die ganze Vorstellung zu halb. Preis. Jeden Sonnab. u. Mittwoch 3½ Uhr: Märchen-Revue „Aschenbrödel" Kleine Preise.

Wo speist man gut u. billig? Nur Groß-Berlin Alexanderplatz

Krause-Pianos zur Miete W 30, Ansbacherstr. 4

100 Jahre

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. geschützt. Fertigzeit 48 Jahre als Spezialität. **Conrad Müller** Leipzig-Schkeuditz

Soweit Vorrat reicht! Frischgeschlachtete junge, zarte Fett-**Gänse 1.20** 12 b. 18 Pfd. schwer, einzig i. Geschmack. Wegner, Berlin SO, Mariannenstraße 34 im Gänsekeller.

KLEINE ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Unerreicht in Qualität, äußerst ergiebig, von köstlicher Frische und mäßig im Preis – dies sind die besonderen Kennzeichen der Feinkostmargarine:

½ Pfund 50 Pfennig.